Sozialraum

Sozialräume verstehen, gestalten, verteidigen | Am Sozialraum arbeiten | Drogenpolitische Steuerung | Erhältlichkeit von Alkohol | Leben im Transitquartier | Platzda?! | Jugendliche im öffentlichen Raum | Gassenarbeit | Sozialraumorientierung und Sicherheit | Regionales Netzwerk REGSAM | SuchtAkademie |

SuchtMagazin

6|2012

Therapie von Alkoholabhängigkeit

Naltrexin

(Naltrexon HCl)

Reduktion des übermässigen Verlangens nach Alkohol (Craving)

Fordern Sie Ihre persönliche Weiterbildung, sowie vollumfängliche Informationen und Patientenpässe an:

OrPha Swiss

OrPha Swiss GmbH
Untere Heslibachstrasse 41a, 8700 Küsnacht
Tel: +41 44 910 33 33, Fax: +41 44 910 34 54
info@orpha.ch, www.orpha.ch

Naltrexin Filmtabletten
Z: Naltrexon (HCl). Filmtabletten (teilbar): 50 mg. **I:** Medikamentöse Unterstützung der Entwöhnungsbehandlung Alkohol- oder Opiatabhängiger. **D:** Alkoholabhängigkeit: 50 mg/Tag. Opiatabhängigkeit: Nach erfolgter Entgiftung am 1. Tag 25 mg, wenn keine Entzugssymptome, nach 1 h weitere 25 mg einnehmen. Danach 50 mg pro Tag oder alternativ: Montag und Mittwoch 100 mg/Tag, Freitag 150 mg/Tag. **KI:** Opioidgabe bzw. opioidpositive Urinprobe, schwere Leberinsuffizienz, Schwangerschaft. **UW:** Schlafstörungen, gastrointestinale Störungen sowie Symptome der Entwöhnung. **IA:** Es sollten keine opioidhaltigen Medikamente gegeben werden. **P:** Naltrexin Filmtabl 28; Abgabekategorie A, kassenzulässig. Für weiterführende Informationen siehe Arzneimittel-Kompendium der Schweiz resp. www.swissmedicinfo.ch.

Anzeige

Inhaltsverzeichnis

DOSSIER: SOZIALRAUM

4 **Sozialräume: verstehen – gestalten – verteidigen**
Tanja Klöti, Carlo Fabian, Matthias Drilling

12 **Am Sozialraum arbeiten – Soziale Arbeit, Stadtentwicklung und Kontingenz**
Patrick Oehler, Nicola Thomas, Patricia Frei

15 **Topologie der drogenpolitischen Steuerung**
Esteban Piñeiro

19 **Alkohol – Erhältlichkeit, Konsum, Probleme: Ein Modell**
Emmanuel Kuntsche, Mariana Astudillo, Béat Windlin

27 **Wie lebt es sich im Transitquartier?**
Nadine Käser

31 **Platzda?! in Wädenswil: Aneignung öffentlicher Räume durch Jugendliche**
Raimund Kemper, Michael Bänninger

36 **Jugendliche im öffentlichen Raum – eine Bestandesaufnahme**
Manuel Fuchs, Elena Konstantinidis

39 **Sozialräumliche Gassenarbeit – Anspruch oder Utopie?**
Andreas Wyss, Tobias Hochstrasser

43 **Sozialraumorientierung und Sicherheit im öffentlichen Raum**
Silvio Flückiger

48 **REGSAM – Regionale Netzwerke für soziale Arbeit in München**
Martina Hartmann

51 **SuchtAkademie: Erfahrungen teilen, vernetzt handeln**
Jakob Huber, Iwan Reinhard, Lukas Vögeli
Beispiel Winterthur: Toni Berthel, Françoise Vogel

30,47,57 Bücher zum Thema

58 Fotoserie «Elsässerstrasse»
Christian Jaeggi

59 Artikelverzeichnis 38. Jahrgang (2012)

60 Neue Bücher

61 Veranstaltungen

63 Newsflash

Bilder dieser Ausgabe

Christian Jaeggi

Liebe Leserin, lieber Leser

Sozialraum und Sozialraumorientierung. Zwei oft verwendete Begriffe. Sie sind vielsagend, dennoch ist nicht immer klar, was damit gemeint ist und wie sie zu verstehen sind. In den Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit, der Gesundheitsförderung und Prävention oder der Stadtentwicklung spielen sie immer häufiger eine wichtige Rolle.

Warum ein SuchtMagazin zum Thema?

Gesundheit ist mehrdimensional, nicht fix gegeben, nicht stabil und entsteht prozesshaft. Sie entsteht aus einer Wechselwirkung zwischen Individuum und Umwelt. Diese Umwelt umfasst die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und organisatorischen Bedingungen, die Individuen aber auch Gruppen vorfinden und selbst zur Verfügung stellen. Die Ressourcen und Potentiale einer Person und ihrer Umwelt stehen genauso wie die damit einhergehenden Risiken im Zentrum dieser Wechselwirkungen.

Aktuell betont der Gesundheits-Fachdiskurs die Determinanten der Gesundheit. Dabei sind u.a. Faktoren wie die Lebensweise einer Person oder die sozialen und kommunalen Netzwerke zu nennen. Gelingt die soziale Integration in Netzwerke wie Nachbarschaften, Freundeskreis oder Familiensystem, ist das ein unterstützender Faktor für die Erhaltung aber auch für die Förderung oder Wiederherstellung von Gesundheit. Dadurch wird zugleich das Risiko durch externe gesundheitsschädigende Einflüsse gesenkt. Weitere Determinanten sind bspw. die individuellen Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Wohnsituation, die Angebote für die Bevölkerung und die sozialen Ungleichheiten.

Die gleichen oder sehr ähnlichen Faktoren wie die eben genannten determinieren den Sozialraum. Das Verständnis eines Sozialraums ist ein relationales. Das bedeutet, dass ein Raum nicht nur ein «Behälter» ist und somit nicht unabhängig von gesellschaftlichen Phänomenen besteht, sondern durch die Beziehungen – die Wechselwirkungen – zwischen den Menschen und dem physischen (gebauten) Raum gebildet wird. Der Sozialraum betont die Handlungen, Interaktionen und Beziehungen zwischen den Menschen. Netzwerke, Nachbarschaften und das Wohlbefinden im Sozialraum sind zentrale Themen.

So gesehen ist der Sozialraum der entscheidende Ort, an dem Gesundheit und Krankheit entstehen oder Sucht sich entwickeln und bewältigt werden kann. Das vorliegende SuchtMagazin will dieser Bedeutung des Sozialraums nachgehen.

Der erste, einführende Beitrag liefert die Grundlagen zum Verständnis des Begriffs Sozialraum und seiner Bedeutung im Kontext von Gesundheit.

Die folgenden Beiträge setzen sich mit verschiedenen Fragen rund um den Sozialraum auseinander. Es geht zunächst um die Aufgabe der Sozialen Arbeit im Sozialraum, namentlich betreffend Teilhabe von marginalisierten Personenkreisen im Rahmen der Stadtentwicklung. Die beiden darauffolgenden Artikel befassen sich mit der Regulierung von bzw. in Sozialräumen, ersterer anhand einer Analyse der politischen Gestaltung der Drogenszene, letzterer am Beispiel der Alkoholregulierung im öffentlichen Raum.

In einem zweiten Teil werden lebensweltorientierte Ansätze und Projekte vorgestellt. Im ersten Beitrag geht es um Formen der Aneignung und Handlungsoptionen der BewohnerInnen in einem benachteiligten Quartier. Die beiden folgenden Artikel setzen sich mit der Bedeutung des öffentlichen Raums für die Jugendlichen auseinander. Es geht um die Frage, welche Schlussfolgerungen sich daraus für die Offene Jugendarbeit ableiten lassen und darum, wie verschiedene Ansprüche im öffentlichen Raum gleichermassen berücksichtigt werden können.

Die sozialräumliche Methode der aufsuchenden Sozialen Arbeit steht in den folgenden beiden Beiträgen im Fokus. Bei beiden ist der öffentliche Raum das zentrale Interventionsfeld und damit die Frage, wie in diesem eine Vielfalt von Nutzungsmöglichkeiten geschaffen und gesichert werden kann. Zum Schluss werden Denkanstösse hinsichtlich funktionierender Netzwerke präsentiert, die einen Wissensaustausch und gemeinsames Handeln ermöglichen sollen.

Eine ausführlichere Einführung zu den verschiedenen Artikeln ist im ersten Beitrag nachzulesen.

Wir wünschen eine angeregte und interessante Lektüre.

Carlo Fabian, Matthias Drilling, Marcel Krebs

Impressum

Erscheinungsweise:
6 Ausgaben pro Jahr
38. Jahrgang
Druckauflage: 1'400 Exemplare
Kontakt: SuchtMagazin,
Redaktion, Konstanzerstrasse 13,
CH-8280 Kreuzlingen,
Telefon +41 (0)71 535 36 14,
info@suchtmagazin.ch,
www.suchtmagazin.ch
Herausgeber: Infodrog, Eigerplatz 5,
Postfach 460, CH-3000 Bern 14
Abonnemente:
Infodrog, Telefon +41 (0)31 376 04 01,
abo@suchtmagazin.ch
Inserate: www.suchtmagazin.ch/
mediadaten.pdf
Inserateschluss Ausgabe 1|2013:
25. Januar 2013
Redaktionsleitung: Marcel Krebs
Redaktionskomitee:
Toni Berthel, Carlo Fabian,
Ruth Hagen, Charlotte Kläusler-Senn,
Marianne König, Corina Salis Gross,
Sandra Wüthrich
Gestaltung dieser Nummer:
Carlo Fabian, Matthias Drilling,
Marcel Krebs
Lektorat: Marianne König,
Gabriele Wolf
Layout: Roberto da Pozzo
Druck: SDV GmbH,
D-66793 Saarwellingen
Vertrieb: Stiftung Wendepunkt,
CH-4665 Oftringen
Jahresabonnement:
Schweiz CHF 90.–, Europa € 75.–,
Gönnerabonnement ab CHF 120.–,
Kollektivabonnement ab 5 Stück
CHF 70.–, Schnupperabonnement
(3 Ausgaben) CHF 30.–, Europa € 25.–
Einzelnummer:
Schweiz CHF 18.–, Europa € 13.–
Kündigungsfrist:
1 Monat, Kündigung jeweils auf Ende
Kalenderjahr
Bankverbindung: Gesundheits-
stiftung Radix, Infodrog, CH-8006
Zürich, Swiss Post, PostFinance,
Nordring 8, CH-3030 Bern
Kto-Nr. 85-364231-6
IBAN CH9309000000853642316
BIC POFICHBEXXX
Clearing: 09000
ISSN: 1422-2221

Sozialräume: verstehen – gestalten – verteidigen

Der Raum als wissenschaftliche Kategorie umfasst nicht nur geografische Orte, sondern besteht vor allem aus Beziehungen zwischen den Menschen, die sich in ihm befinden. Deshalb wird in den Sozialwissenschaften und mittlerweile auch in verschiedenen Handlungsfeldern der Begriff des Sozialraums verwendet, wobei sich unterschiedliche Ansätze der Sozialraumorientierung etabliert haben. Für die Gesundheitsförderung und Prävention bedeutet dies, soziale Netzwerke und Lebensbedingungen als zentrale Determinanten der Gesundheit verstärkt zu berücksichtigen und so zu gestalten, dass sich neue Handlungsmöglichkeiten ergeben.

Tanja Klöti
MA Sozialarbeit und Sozialpolitik, Wiss. Assistentin, Institut für Sozialplanung und Stadtentwicklung, Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, Thiersteinerallee 57, CH-4053 Basel, tanja.kloeti@fhnw.ch, www.fhnw.ch/sozialearbeit/iss/

Carlo Fabian
Lic. phil., Sozialpsychologe & Gesundheitspsychologe FSP, Wiss. Mitarbeiter, ISS, carlo.fabian@fhnw.ch

Matthias Drilling
Dr. phil., MAS Raumplanung, Institutsleiter, ISS, matthias.drilling@fhnw.ch

Schlagwörter:
Sozialraum | Raumsoziologie | Soziale Arbeit | soziale Ungleichheit | Gesundheitsförderung | Gesundheitsdeterminanten |

Mit dem seit den 1990er Jahren etablierten Diskurs zur Sozialraumorientierung lässt sich Suchtprävention und Suchtarbeit auch in sozialräumlichen Dimensionen denken. Die Erforschung von gesundheitsrelevanten Umweltfaktoren betont neben verhaltensorientierten ebenso verhältnisorientierte. Hierzu gehören sozialräumliche Aspekte und Strategien. Aus diesem Grund widmet sich die vorliegende Ausgabe des SuchtMagazin dem Sozialraum und seinen Bezügen zu einer sozialraumorientierten Suchtarbeit. Während die einzelnen Beiträge konkrete Handlungsfelder thematisieren, will diese thematische Einführung den unterschiedlichen Diskursen zum Sozialraum[1] nachgehen und kritisch reflektieren.

Der Raum als sozialwissenschaftliche Kategorie

Ein Blick in die Theoriegeschichte des Raumes macht deutlich, dass aktuell zwei gänzlich verschiedene Vorstellungen von Raum debattiert werden: Aus der Perspektive eines absoluten (eigentlich absolutistischen) Verständnisses erscheint der Raum als Behälter oder Container, welcher unabhängig von seinen gesellschaftlichen und sozialen Inhalten existiert. Eine solche Raumkonzeption, die aus der Physik stammt und die Grundlage nahezu aller sich mit Raum beschäftigenden Disziplinen (z.B. Architektur, Geographie, aber auch der Sozialen Arbeit) darstellte, eignet sich dazu, Raumgliederungen, Positionen, Entfernungen und Bewegungen im Raum zu erfassen und bestenfalls auch zu messen. Heute nutzen wir dieses Verständnis immer dann, wenn wir gewisse Stadtteile oder Quartiere als besonders benachteiligt definieren, um dort spezifische Massnahmen zu implementieren. Der Stadtteil wird als geografisch abgrenzbarer «Behälter» verstanden, in welchem überdurchschnittlich viele exklusionsgefährdete Menschen oder eine Anzahl auf Sozialhilfe angewiesener Personen leben und deshalb das Stadtgebiet auf zusätzliche Unterstützung angewiesen ist (s.u. Sozialräume als administrative Steuerungsräume). Wann immer wir von Segregation oder sozialer Differenzierung in einer Stadt oder Gemeinde sprechen oder Konzepte wie die Versorgung mit Gassenzimmern oder Institutionen der sozialen Infrastruktur entwerfen, beziehen wir uns auf dieses Verständnis mit seinen spezifischen Methoden der Sozialplanung.
Auf das soziale Verhalten oder die sozialen Beziehungen in einem Raum wird in diesem Verständnis wenig rekurriert, die gesellschaftlichen Aspekte des Raumes werden aus dieser Perspektive meist nicht berücksichtigt. Um diesen Anspruch einzulösen, ist von einem relationalen Raumverständnis auszugehen.[2] Aus dieser Perspektive existiert der Raum nicht unabhängig von Gegenständen oder Personen, sondern wird erst durch die Beziehungen (Relation) zwischen den Menschen und Gütern, die sich darin befinden, gebildet. Eine relationale Raumkonzeption hat weitreichende Konsequenzen für das generelle Verständnis von Räumen, deshalb hat es auch Einzug in nahezu alle Disziplinen gehalten, deren Fundament auf dem Behälter-Konzept ruhte. Im Zusammenhang mit dieser Umorientierung erfolgte dann in der Sozialen Arbeit auch die vermehrte und konsequentere Verwendung der Begriffe «Sozialraum» und «Sozialraumorientierung».

Prämissen einer relationalen Raumtheorie

Folgende Prämissen sind für eine raumorientierte Denk- und Arbeitsweise und somit auch für die Sozialraumorientierung von Relevanz:

Raum ist relational

Raum existiert nicht unabhängig von den Menschen und Dingen. Seine besonderen Merkmale lassen sich nur über die sozialen Beziehungen und Interaktionen zwischen Menschen (und Gütern) im Raum erkennen.

Die Konstitution von Raum ist als Prozess zu verstehen

Verändern sich die sozialen Beziehungen und Interaktionen zwischen den Menschen und Gütern, verändert sich auch der Raum. Somit wird der Raum und die Art und Weise, wie wir ihn definieren und wahrnehmen, immer durch den Prozess gesellschaftlicher Entwicklungen und ihre Diskurse beeinflusst.

Raum ist sozial produziert

Raum ist keine Naturgegebenheit, sondern ein Produkt aktiven menschlichen Handelns und gesellschaftlicher Verhältnisse. Er ist das Ergebnis von Aushandlungsprozessen, die sowohl auf der materiellen Ebene der Raumplanung als auch auf der symbolischen Ebene des Raumdiskurses stattfinden. Aber auch das konkrete Verhalten der sozialen Gruppen in Räumen beeinflusst ihren Charakter.[3] Das ist z.B. dann der Fall, wenn Orte gemieden werden, in denen sich randständige oder Suchtmittel konsumierende Personen aufhalten. Von diesen Orten geht grundsätzlich keine höhere Gefährdung aus, doch werden solche Orte im Alltag zu «No-Go-Areas» deklariert.

Raum ist mental konstruiert

Räume sind kein rein materielles Phänomen, sondern werden als solche bedeutsam, wenn sich der konkrete Ort mit gedanklichen Vorstellungen über den Ort verbindet. So kann bspw. derselbe Raum für verschiedene Menschen eine unterschiedliche subjektive Bedeutung haben und es existieren gänzlich unterschiedliche Arten räumlicher Praxis von jeweils verschiedenen AkteurInnen.[4] Aus diesem Grund verwenden einige VertreterInnen der Sozialen Arbeit auch den Begriff der Lebenswelt, um auf die subjektive Wahrnehmung und Bedeutungszuschreibung von Räumen hinzuweisen. Öffentliche Plätze sind solche unterschiedlichen mentalen Konstruktionen, wenn bspw. ältere Menschen Sitzgelegenheiten, Kinder eine Spielwiese und Obdachlose eine hinreichende Schlafgelegenheit mit einem schützenden Dach erwarten. Für sie alle hat der Ort eine je eigene Bedeutung.

Raum ist ein Plural

Während man in der theoretischen Diskussion von einem Raum als abstraktes Konstrukt sprechen kann, existiert der Raum in der Empirie nur im Plural. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es sich beim Raum um keine objektive Variable handelt, sondern dass er durch die Vorstellungen und Beziehungen der Menschen konstruiert wird. An einem Ort können sich so unterschiedliche Wahrnehmungen und Bedeutungen von Räumen überlappen.

Folgt man diesen Prämissen, ist leicht nachvollziehbar, weshalb heute v.a. in den Sozialwissenschaften nicht mehr nur vom «Raum» sondern meistens von «Sozialräumen» gesprochen wird.

Sozialräume entstehen aus der wechselseitigen Beeinflussung von Handlungen und Strukturen

Geht man davon aus, dass Räume mental und sozial produziert sind, ist es naheliegend, dass sie durch das menschliche Handeln auch verändert und gestaltet werden können. Um Sozialräume zu verstehen, muss aus dieser Perspektive am menschlichen Handeln angesetzt werden. Der Raum ist in diesem Zusammenhang als Kontext oder Situation des Handelns zu verstehen.[5]

Andererseits wäre es zu einseitig zu glauben, Menschen könnten Räume nach ihren Interessen und Bedürfnissen frei

gestalten. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sich gesellschaftliche Verhältnisse in den Sozialräumen «einschreiben» und diese somit das menschliche Handeln in diesen Sozialräumen massgeblich beeinflussen. Am offensichtlichsten wird dies etwa bei Verbotsschildern oder bei Videoüberwachungen; eher unbewusst wirken normative Vorstellungen vom «anständigen» Verhalten oder Aussehen.
Sozialräume sind demnach sowohl dem Handeln vorgängig als auch Folge des Handelns, sie entstehen in der wechselseitigen Beeinflussung von menschlichem Handeln und sozialräumlichen Strukturen.[6]

Sozialräume als Orte der Macht und des Ausgleichs

Sozialräume spiegeln immer auch gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse wider, soziale Ungleichheiten schreiben sich in ihnen ein. Sozialräume sind deshalb einerseits das Abbild gesellschaftlicher Verhältnisse und prägen andererseits die realen Lebens- und Handlungschancen der Menschen. Gemäss der Machtverteilung in der Gesellschaft können Sozialräume das menschliche Handeln beschränken, aber auch Handlungsmöglichkeiten kreieren.[7] So müssen bspw. randständige Personengruppen im öffentlichen Raum mit repressiven Massnahmen gegen ihren Alkoholkonsum rechnen, während weniger sozial auffallende Personenkreise alkoholische Getränke unbehelligt im Strassencafé nebenan konsumieren können. Die kontinuierliche Gestaltung und Veränderung von Sozialräumen kann dabei als Kampf um die Vorherrschaft in der Gesellschaft als Ganzes wie in einzelnen Sozialräumen verstanden werden.
Für die Disziplin wie für die Profession der Sozialen Arbeit ergibt sich aus einer machttheoretischen Analyse von Sozialräumen der zentrale Ansatzpunkt: Die Soziale Arbeit interessiert sich in erster Linie für die gesellschaftlichen (Ungleich-)Verhältnisse, die sich in Sozialräumen widerspiegeln, und nutzt Sozialräume als Ausgangspunkt zur Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragestellungen von Teilhabe und Ausschluss. In der Sozialen Arbeit hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass sozialräumliche Strukturen – wie bspw. der Zugang zu Infrastrukturen oder zu sozialen Netzwerken – entscheidend dafür sind, welche Handlungsspielräume die Menschen haben, um ihr Leben autonom und positiv zu gestalten. Im Fokus sozialräumlicher Sozialer Arbeit steht deshalb die Aktivierung und Eröffnung von neuen Handlungsperspektiven für Individuen und soziale Gruppen.[8]
Eine sozialräumlich orientierte Soziale Arbeit interessiert sich nicht nur für Territorien (Orte, Plätze, Stadtteile), sondern eben auch für die Beziehungen, Interaktionen und sozialen Verhältnisse zwischen den Menschen in den Sozialräumen. Sozialräumliche Interventionen setzen deshalb an den Menschen an und zielen auf die Förderung und Eröffnung von individuellen wie kollektiven Handlungsoptionen und Strategien, ohne aber die «Spielregeln der Stadtplanung» zu übersehen.

Sozialraumorientierung in Theorie und Praxis Sozialer Arbeit

Sozialraumorientierung stellt in der Sozialen Arbeit eine Neuorientierung dar, mit welcher sich das Denken und Handeln in der sozialen Arbeit neu strukturieren lässt. Unter dem Motto «Vom Fall zum Feld» wurden seit den 1990er Jahren Handlungsansätze generiert, die sich weniger auf etablierte Institutionen und Einzelpersonen, sondern auf Sozialräume und die Beziehungsstrukturen der AdressatInnen fokussieren. Mit der fallunspezifischen Arbeit bspw. sollen Ressourcen des Sozialraumes erschlossen werden, welche zu einem späteren Zeitpunkt für den Einzelfall genutzt werden können. Durch die Kooperation zwischen BürgerInnen, Sozialdiensten, Schulen und gemeinnützigen Institutionen sowie auch politischen Entscheidungsträgern wird ein sozialräumliches Netzwerk geschaffen, an welches möglichst viele unterschiedliche soziale Gruppen anknüpfen können. Mit Hilfe der fallübergreifenden Arbeit können Bedürfnisse von Einzelpersonen in einem Angebot gebündelt oder ihre Bedürfnisse über Ressourcen im Sozialraum befriedigt werden.[9] Zusammenfassend will eine sozialraumorientierte Soziale Arbeit die Lebenswelten der AdressatInnen stärker berücksichtigen und vorhandene sozialräumliche Infrastrukturen in das eigene Leistungsgefüge integrieren.[10]
Seit dem «Aufstieg» der Sozialraumorientierung in der Sozialen Arbeit wurden gleichsam zahlreiche neue bzw. neu entdeckte sozialarbeiterische Handlungsprinzipien populär, die man mit einer sozialraumorientierten Denk- und Arbeitsweise zu koppeln versuchte. Beispiele dafür sind Partizipation am Hilfeprozess, Empowerment der AdressatInnen, Ressourcen- oder Bedarfsorientierung. Je nach konzeptioneller Ausrichtung äussert sich die Sozialraumorientierung in der Praxis der Sozialen Arbeit in einer Vielzahl von organisatorischen, methodischen und konzeptionellen Ausgestaltungen (z.B. aufsuchende Gassenarbeit, sozialraumorientierte Familienhilfen, soziale Unterstützungsleistungen in einem benachteiligten Stadtteil, etc.). Aus diesem Grund wird die Kritik an einem Übermass an sozialräumlicher Praxis ohne einheitlichen konzeptionellen Hintergrund sowie an einer generellen Unübersichtlichkeit in der Sozialraumlandschaft immer lauter.[11] Der Diskurs habe bis heute keine einheitliche Praxis hervorgebracht, so der Einwand. Im Gegensatz dazu zeigt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Theorie, dem Diskurs und der Praxis der Sozialraumorientierung auf, dass verschiedene Sichtweisen auf den Sozialraum voneinander unterschieden werden können. Mit einer Systematisierung der aktuell vorhandenen theoretischen wie empirischen Ausprägungen des Sozialraumkonzepts lassen sich somit drei zentrale Ansätze[12] erfassen und beschreiben.

Sozialräume als administrative Steuerungsräume – Gestaltung durch strukturelle Steuerungsprozesse

Im Vordergrund dieses Ansatzes steht die Annahme, dass soziale Verhältnisse statt durch voneinander unabhängig agierende Institutionen oder Verwaltungseinheiten (z.B. Jugendarbeit, Altenarbeit, Sozialhilfe, etc.) besser durch die territoriale Ausrichtung von Ressourcen und Interventionen bearbeitet werden können. Sozialräume werden aus dieser Perspektive als geografisch definierte Administrations- oder Steuerungsräume verstanden; Sozialraumorientierung stellt in diesem Zusammenhang eine neue Steuerungsstrategie der Verwaltung dar. Konkret bedeutet dies, dass mit Hilfe von quantitativen (und teilweise auch qualitativen) Sozialindikatoren voneinander abgrenzbare räumliche Einheiten definiert und diesen entsprechende Organisationsstrukturen, Kompetenzen und Ressourcen zugewiesen werden, die wiederum zu auf den Sozialraum zugeschnittene Interventionen im entsprechenden Gebiet führen. Ziel der Ausrichtung sozialer Unterstützungsleistungen an administrativen Sozialräumen ist es, die Notlagen der Menschen ganzheitlich, institutionsübergreifend und im lokalen Wohnumfeld der Betroffenen zu bearbeiten und dadurch Effektivität wie Effizienz der Sozialen Arbeit zu erhöhen. So sollen soziale Prozesse besser planbar und ggf. sogar besser kontrollierbar werden.[13]

Sozialräume als subjektive Lebenswelten – Arbeit mit sozialen Systemen

Ausgangspunkt dieses Ansatzes ist, dass Menschen ihre Sozialräume selbst gestalten und prägen. Aus diesem Grund verläuft der Zugang zum Sozialraum nicht über ein geografisch

definiertes Territorium, sondern über soziale Systeme (Familien, Gruppen, Nachbarschaften, etc.) und die jeweils subjektiven Lebenswelten ihrer Mitglieder. Der Begriff der Lebenswelt, wie er heute in der Sozialen Arbeit seine Verwendung findet, wurde massgeblich von Alfred Schütz in die sozialwissenschaftliche Debatte eingeführt[14] und beschreibt die subjektive Welt eines Menschen, wie er sie wahrnimmt und mit sinnhafter Bedeutung versieht. Konkret besteht die Lebenswelt eines Menschen aus den subjektiven Aspekten seines Alltages (Wohnen, Freizeit, Arbeit, etc.) sowie der sozialen Wirklichkeit, mit welcher er oder sie im Alltag konfrontiert wird und interagiert (Netzwerke von sozialen Beziehungen und Sozialräumen). Ein zentrales Konzept in diesem Zusammenhang ist auch das der sozialräumlichen Aneignung, wie es v.a. in der Kinder- und Jugendarbeit Verwendung findet.[15] Aneignung beschreibt die jeweils subjektiven Wahrnehmungs-, Deutungs- und Handlungsprozesse von Menschen, um sich die eigene Umwelt zu erschliessen, d.h. für die eigene Lebensgestaltung nutzbar zu machen. Aus lebensweltlicher Perspektive setzt die Sozialraumorientierung bei den subjektiven Erfahrungen, Bedürfnissen und Handlungskompetenzen der AdressatInnen an und nutzt oder fördert diese, um neue Aneignungsmöglichkeiten für die Betroffenen zu generieren. Im Zentrum dieses Ansatzes stehen die Aktivierung nahräumlicher Ressourcen sowie die Befähigung der Betroffenen zu einer aktiven Gestaltung ihrer Lebenswelt mit Hilfe von sozialen Netzwerken und anderen Formen der Selbstorganisation. Sozialräume sollen so zu Möglichkeitsräumen werden.[16]

Sozialräume als Aktions- und Nutzungsräume – Gestaltung von Orten

Das Konzept des Aktionsraumes geht davon aus, dass menschliche Handlungen immer an einen spezifischen Ort gebunden sind. Neben den jeweiligen individuellen Motivationen, Denkweisen und Rollenzuschreibungen wird das Handeln der Menschen massgeblich durch die Verfügbarkeit von Gelegenheiten in Sozialräumen und der Wahrnehmung ihrer Qualitäten beeinflusst. Im Gegensatz zum Lebensweltkonzept, das sich auf die Wahrnehmung, Deutung und Aneignung von Sozialräumen konzentriert, stehen beim Konzept des Aktions- oder Nutzungsraumes der Ablauf und die konkrete Gestaltung des Lebensalltages im Bezug zu deren konkreten Örtlichkeiten im Mittelpunkt. Soziale Arbeit, welche den Sozialraum als Raum von alltäglichen Aktivitäten und Nutzungen definiert, nähert sich dem Sozialraum deshalb über die materiell-physische Umwelt der Betroffenen. Ihr Ausgangspunkt ist der geografische Ort der Nutzungen und Aktivitäten, in ihrem Fokus steht die Veränderung des dazugehörenden Sozialraumes, mit dem Ziel, seine Qualitäten und Nutzungsoptionen und dadurch auch die sozialen Verhältnisse für die Menschen zu verbessern. Durch die Gestaltung der sozialräumlichen Bedingungen wie bspw. eine dichtere Versorgungsinfrastruktur, barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Räumen oder auch Überwachungskameras für mehr Sicherheit sollen auch die Lebensbedingungen der Nutzenden zum Positiven verändert werden.

Kritik an sozialraumorientierten Ansätzen

Die drei skizzierten Ansätze zeigen auf, dass der unterschiedlichen Ausgestaltung sozialraumorientierter Praxis jeweils auch unterschiedliche Raumbilder zu Grunde liegen: Sozialräume als Administrations- und Interventionsräume zu betrachten, macht vor allem dann Sinn, wenn man die sozialräumlichen Strukturen in den Blick nehmen will. Eine solche Sichtweise fokussiert in erster Linie auf die strukturellen Faktoren (d.h. die Verteilung sozioökonomischer Faktoren) und ihre Wirkung auf die Lebenschancen der Menschen. Kritisch wird in diesem Zusammenhang auch von einer «Verräumlichung sozialer Probleme» oder einer «Territorialisierung des Sozialen»[17] gesprochen, weil soziale Probleme in spezifische problematische Quartiere oder Stadtteile verortet und dadurch auch festgeschrieben werden. Gegen eine solche Strategie ist einzuwenden, dass dadurch soziale Probleme einseitig als Probleme von bestimmten Sozialräumen oder sozialen Gruppen betrachtet werden und nicht auf gesamtgesellschaftlicher Ebene bearbeitet werden. Negative Folge davon ist die zunehmende Stigmatisierung so genannter Problemquartiere, deren materielle Lebensbedingungen nur geringfügig verbessert werden können.

Anders gestaltet sich die lebensweltorientierte Sichtweise auf Sozialräume, welche die soziale und prozessuale Konstituiertheit von Räumen stärker in den Blick nimmt. Hier liegt der Fokus auf den Handlungsmöglichkeiten der Menschen und

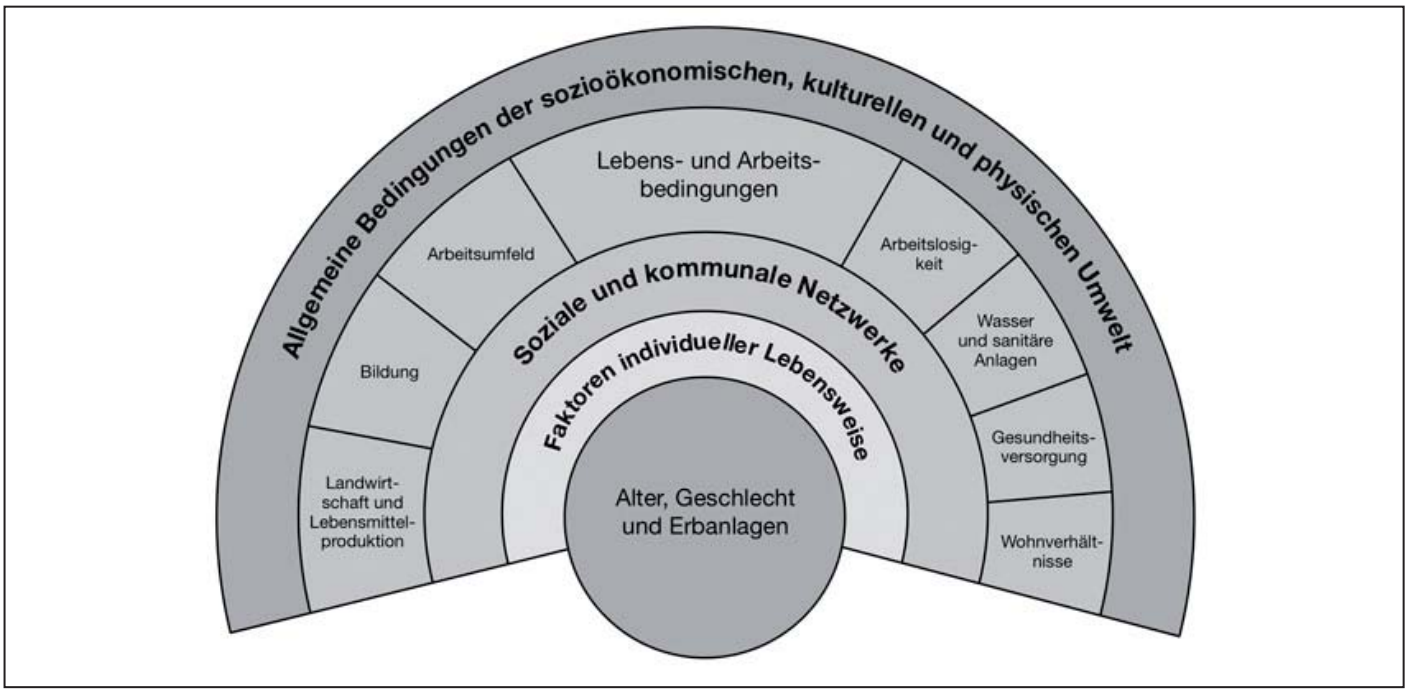


Abb. 1: **Determinanten der Gesundheit.**[22]

dementsprechend auf Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren im Sozialraum. Eine kritische Reflexion dieses Ansatzes zeigt auf, dass solche Verfahrensweisen in erster Linie die subjektive Zufriedenheit und das Wohlbefinden der beteiligten Personen steigern können, wohingegen Verbesserungen der konkreten Lebenslage der Menschen nicht im Vordergrund stehen. In der Praxis kann die Lebensweltorientierung im Sozialraum auch dazu führen, dass sozialstrukturelle Hindernisse in der Lebensgestaltung zu wenig berücksichtigt werden und die AdressatInnen zu stark auf sich selbst und ihre eigene Problemlage zurückgeworfen werden.

Ein nutzungs- oder aktionsräumliches Verständnis von Sozialräumen schliesslich orientiert sich in erster Linie an den physisch-materiellen Aspekten von Räumen. Eine Optimierung der räumlichen Strukturen, insbesondere das Schaffen von optimalen Nutzungsbedingungen, soll zu verbesserten Nutzungsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Nutzer-Innengruppen führen. Sozialarbeitende können in ihrer Arbeit auf diesen Ansatz zurückgreifen, wenn sie in der Gestaltung von Orten einen Anknüpfungspunkt zur Lösung sozialer Probleme sehen.

In der Praxistätigkeit wird deshalb häufig eine Kombination der genannten Ansätze angestrebt, wie dies die Artikel des vorliegenden SuchtMagazin aufzeigen. Das pragmatische Ansinnen, die Stärken unterschiedlicher Sozialraumkonzepte miteinander zu verknüpfen, führt zwar wie weiter oben beschrieben zu einer relativen Unübersichtlichkeit, fördert gleichzeitig aber auch integrierte und ganzheitliche Sichtweisen auf den Gegenstand der Sozialen Arbeit.

Adressaten und Arbeitsfelder einer sozialraumorientierten Sozialen Arbeit

Da mit der Sozialraumorientierung bereichs- oder zielgruppenspezifische Angebote in den Hintergrund rücken, richten sich sozialraumorientierte Tätigkeiten vermehrt auf vielfältigere AdressatInnengruppen. Typisch ist dafür die Orientierung an breiteren Anliegen oder Lebenslagen, die nicht nur für eine einzelne Gruppe, sondern für viele unterschiedliche Personenkreise von Relevanz sind. Sozialraumarbeit soll nicht Probleme von Einzelpersonen bearbeiten, sondern Angebote schaffen, an die möglichst viele Personen anknüpfen können. Abgesehen davon kann sich sozialraumorientierte Arbeit an jegliche Alters-, Geschlechts- oder Bedarfsgruppe richten; meist handelt es sich aber vor allem um Personengruppen, die sich in ihren lebensweltlichen Bezügen vor allem auf kleinräumigere Strukturen beziehen, wie bspw. Kinder und Jugendliche, ältere Menschen oder marginalisierte Personen. Ausserdem können aber auch Organisationen AdressatInnen sozialraumorientierter Tätigkeiten werden, nämlich dann, wenn sozialräumliche Unterstützungsnetzwerke aufgebaut und/oder aktiviert werden sollen. Schliesslich richtet sich die Sozialraumorientierung häufig auch an geografischen Einheiten aus, wie bspw. Stadtquartiere oder öffentliche Räume.

Grundsätzlich können alle Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit auch unter sozialräumlichen Vorzeichen bearbeitet werden. Die Prinzipien der Sozialraumorientierung legen aber nahe, dass sozialräumliche Tätigkeiten nicht ein bestimmtes Tätigkeitsfeld fokussieren, sondern Arbeitsfelder übergreifend konzipiert sein sollten.[18] Während arbeitsfeld-fokussierte Soziale Arbeit soziale Probleme isoliert bearbeitet (z.B. finanzielle Hilfe für SozialhilfeempfängerInnen über die Sozialhilfe, gesundheitliche Versorgung von älteren Personen über die Spitex, Lernförderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Spritzentausch für intravenös konsumierende Personen), will die sozialraumorientierte Soziale Arbeit die Lebenslagen ihres Klientels ganzheitlich und integriert betrachten. Typische Arbeitsfelder der Sozialraumorientierung sind deshalb die Gemeinwesenarbeit, die Stadtteilarbeit, das Quartiermanagement oder die soziale Netzwerkarbeit. Aber auch in der Einzelfallarbeit oder der Gruppenarbeit kann die Sozialraumorientierung Anwendung finden, bspw. wenn die sozialen Netzwerke oder Kontexte der Subjekte in die Problembearbeitung mit einbezogen werden.

Gesundheitsförderung und -prävention im Sozialraum

Anknüpfungspunkte für eine sozialraumorientierte Arbeit im Bereich der Gesundheitsförderung und -prävention ergeben sich durch das mehrdimensionale wie prozessuale Gesundheitsverständnis: Als Zustand umfasst Gesundheit nicht nur das körperliche, sondern auch das psychische und soziale Wohlbefinden und ergibt sich aus der Wechselwirkung zwischen dem Individuum und seiner sozialräumlichen Umwelt (Gesundheit als Prozess).[19] Ländervergleichende Studien[20] konnten aufzeigen, dass die alltäglichen Lebensbedingungen die gesundheitliche Entwicklung sowie die gesundheitsbezogenen Werte, Einstellungen und Verhaltensweisen massgebend prägen und die Umweltfaktoren teilweise sogar eine höhere Erklärungskraft für die Gesundheit einer Person besitzen als ihr Gesundheitsverhalten allein.

Aus diesem Grund wird in der Gesundheitsförderung und Prävention von einer Vielzahl von Determinanten von Gesundheit ausgegangen (Vgl. Abb.1). Es werden fünf übergeordnete Bereiche voneinander unterschieden, die in einer wechselseitigen Beziehung zueinander stehen und ein Netz verschiedener Einflüsse auf die Gesundheit bilden.[21]

Eine sozialräumliche Gesundheitsförderung und Prävention orientiert sich nun vor allem an den sozialen und kommunalen Netzwerken sowie den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung: Bspw. kann eine gute Einbettung in unterschiedliche soziale Netzwerke (Familie, Freundeskreis, Nachbarschaft, Gemeinde) für den Erhalt oder die Wiederherstellung von Gesundheit unterstützend wirken. Aus diesem Grund sind Massnahmen zur Förderung gesundheitsbezogener Gemeinschaftsaktionen in Nachbarschaften und sozialen Netzwerken wichtige Strategien der Gesundheitsförderung und Prävention (z.B. die Angebote von gsünder basel).[23] Belastungen am Arbeitsplatz oder in der Schule, Lücken in der Gesundheitsversorgung oder der fehlende Zugang zu gesundheitsrelevantem Wissen können sich hingegen negativ auf die Gesundheit auswirken. Hier setzen Interventionen an, die sich auf die Schaffung von gesundheitsfördernden Lebenswelten wie Wohnung, Schule oder ganze Städte konzentrieren (vgl. z.B. die gemeinde- und schulorientierten Ansätze von RADIX).[24]

Für eine Gesundheitsförderung und Prävention, die sich auch auf die Umweltdeterminanten fokussieren will, gelten ähnliche Prinzipien wie in der Sozialraumorientierung: Um Ungleichheiten in der Gesundheits- und Lebenserwartung zu reduzieren und die Chancen auf eine gesunde Lebensführung zu erhöhen, müssen die Ausgangsvoraussetzungen und Handlungsmöglichkeiten der AdressatInnen gestärkt werden. Handlungsleitende Prinzipien sind deshalb Partizipation, Empowerment, Ressourcenorientierung und Intersektoralität. Der Ansatz gesundheitsfördernder Umwelten, wie ihn auch die Ottawa-Charta der WHO[25] fordert, fokussiert dabei vor allem den Sozialraum als geografisch abgrenzbare Einheit (Kommune, Stadtteil, Quartier) und integriert Gesundheit als Querschnittsthema in alle Bereiche des sozialräumlichen Alltags der Menschen.

Die Beiträge im vorliegenden SuchtMagazin

Die Beiträge der vorliegenden Ausgabe des SuchtMagazin zum Thema Sozialraum sind vielfältig. Einige sind eher allgemeiner und theoretisch gehalten, andere gehen auf konkrete Angebote und Projekte ein. Im Folgenden soll versucht werden,

SCHWÄGALP
07000858

diese in die wissenschaftliche sowie empirische Diskussion zur Sozialraumorientierung einzuordnen.

Der Beitrag von Patrick Oehler, Nicola Thomas und Patrizia Frei beschäftigt sich mit dem sozialräumlichen Diskurs auf gesamtstädtischer Ebene. Ihre Analyse der Beziehung zwischen Sozialer Arbeit und Stadtentwicklung zeigt auf, dass Soziale Arbeit als Disziplin und Profession sowohl eine vermittelnde Rolle zwischen der Bevölkerung und Verwaltung als auch eine advokatorische Position für bestimmte soziale Gruppen inne hat. Ihre Aufgabe ist es deshalb, Einfluss auf den Diskurs der Stadtentwicklung zu nehmen und dabei sowohl den Dialog zwischen den Anspruchsgruppen als auch die Teilhabe marginalisierter Personenkreise zu stärken.

Die Beiträge von Pineiro und Kuntsche/Astudillo/Windlin befassen sich mit der Regulierung in bzw. von Sozialräumen.
Esteban Pineiro veranschaulicht in seiner sozialhistorischen Analyse der Drogenszene in der Schweiz, wie über die politische Gestaltung von Sozialräumen die Möglichkeit zur individuellen Lebensgestaltung beeinflusst wird. Während zur Zeit der offenen Drogenszenen in den 1980er Jahren der Sozialraum der Drogenszene öffentlich sichtbar war und die Konsumierenden im Spannungsfeld zwischen autonomer Lebensführung, karitativer Hilfe vor Ort und polizeilicher Repression lebten, ist der Drogenkonsum heute durch die Institutionalisierung des Versorgungsnetzwerkes sozialräumlich diszipliniert worden. Das «Gassenzimmer» ist dabei paradoxerweise sowohl zu einem Ort der politischen Steuerung als auch der individuellen Selbstverwaltung geworden.
Im Beitrag von Emmanuel Kuntsche, Mariana Astudillo und Béat Windlin werden internationale Studien vorgestellt, die belegen, dass die Einschränkung der Erhältlichkeit von Alkohol, die Anhebung der Kosten für Alkohol sowie eine stärkere gesellschaftliche Sanktionierung von Alkoholkonsum mass-geblich zu einer Senkung des Alkoholmissbrauchs führen können. Da Jugendliche Alkohol vor allem über soziale Netzwerke beziehen, sind Sensibilisierungsmassnahmen im sozialen Umfeld, insbesondere bei den Eltern, erfolgsversprechend.

Beispiele zum lebensweltlich orientierten Zugang zu Sozialräumen können in den Beiträgen von Käser, Kemper/Bänninger und Fuchs/Konstantinidis nachgelesen werden. Nadine Käser zeigt in ihrer Studie auf, dass sich die Bewohnenden eines benachteiligten Quartiers in Bern trotz Erfahrungen von Desintegration und Stigmatisierung teilweise sehr stark mit ihrem Wohnort identifizieren und sich durch unterschiedliche Formen der Aneignung auch Handlungsoptionen erschliessen können. Das Quartier dient ihnen als sozialer, funktionaler und integrativer Referenzpunkt im Alltag.
Raimund Kemper und Michael Bänninger erforschen im Rahmen des Projektes «Platz da!» die Bedeutung öffentlicher Räume für die Lebenswelt von Jugendlichen. Sie machen deutlich, dass öffentliche Räume umkämpfte Sozialräume sind, in welchen die Jugendlichen stetig die Raumansprüche der Erwachsenen konfrontieren und in Frage stellen. Sozialraumarbeit in öffentlichen Räumen soll ihrer Meinung nach deshalb jugendliche wie erwachsene Bedürfnisse gleichermassen berücksichtigen und auf die Aushandlung zwischen Erwachsenen und Jugendlichen setzen.
Manuel Fuchs und Elena Konstantinidis diskutieren in ihrem Beitrag die Ergebnisse der kürzlich erschienen Juvenir-Studie und stellen fest, dass die Jugendlichen sowohl Freiräume als auch Kontrolle in öffentlichen Räumen fordern. Diese Resultate erscheinen auf den ersten Blick zwar paradox, lassen sich aber darauf zurückführen, dass Jugendliche ebenfalls dem aktuellen Sicherheitsdiskurs zu öffentlichen Räumen unterworfen sind. Auch die offene Jugendarbeit läuft Gefahr, sich angesichts des öffentlichen Drucks verstärkt ordnungspolitisch zu betätigen und dabei die lebensweltorientierte Arbeit mit Jugendlichen zu vernachlässigen. Die Autoren fordern deshalb von der offenen Jugendarbeit, die verpflichtenden Prinzipien des Handlungsfeldes nicht aus dem Blick zu verlieren und stattdessen die Partizipation Jugendlicher in der Stadt- und Raumplanung weiter voranzutreiben.

Die beiden Beiträge von Wyss/Hochstrasser und Flückiger setzen sich mit der sozialräumlichen Methode der aufsuchenden Sozialen Arbeit auseinander. Für beide Artikel stellt der öffentliche Raum das zentrale Interventionsfeld dar. Öffentliche Räume sind vor dem Hintergrund der Sozialraumdiskussion als eine mögliche Ausprägung von Sozialräumen zu verstehen; was für Sozialräume gilt, ist auch für öffentliche Räume von Bedeutung. Konkret heisst dies, dass die Merkmale eines öffentlichen Raumes vor allem von den sozialen Beziehungen und Interaktionen zwischen den Nutzenden geprägt werden. Aufgrund der Vielfalt an Nutzungsmöglichkeiten und Anspruchsgruppen sind öffentliche Räume besonders konfliktbehaftet. In ihnen spiegeln sich die gesellschaftlichen Unterschiede und Pluralitäten sowie die daraus resultierenden Herausforderungen besonders stark wider.
Silvio Flückiger diskutiert ausgehend vom Berner Angebot PINTO, wie aufsuchende Arbeit auf den vorherrschenden Diskurs zum Aufenthalt von randständigen Personengruppen in öffentlichen Räumen Einfluss nehmen kann. Einerseits will sie auf der räumlich-konkreten Ebene des öffentlichen Raumes die Kommunikation zwischen den Nutzenden sowie eine gemeinsame Gestaltung der Sozialräume fördern. Genauso wichtig ist aber die Einflussnahme auf den gesellschaftlichen Diskurs: In der Rolle einer allparteilichen Interessenvertretung sollen die Fachleute auf gegenseitige Toleranz und gleichberechtigte Teilhabe hinarbeiten und dabei von allen Beteiligten auch Eingeständnisse einfordern. In diesem Sinne handelt es sich beim Ansatz einer aufsuchenden Sozialraumarbeit um eine vielversprechende Kombination eines lebensweltlichen Zugangs zu den KlientInnen mit einer beharrlichen Einflussnahme auf die symbolische Ebene von Sozialräumen, d.h. auf den gesellschaftlichen Diskurs.
Ähnlich argumentieren Andreas Wyss und Tobias Hochstrasser in ihrem Artikel über das Basler Projekt Schwarzer Peter für die Öffnung von Sozialräumen: Menschen in marginalisierten Lebenslagen dürfen nicht sich selbst überlassen werden, sondern brauchen den Zugang zu entsprechenden Unterstützungsleistungen. Im Idealfall sollen die Hilfsangebote jedoch so ausgestaltet sein, dass sie nicht die AdressatInnen noch stärker von der Gesellschaft isolieren und sie in ihren Sozialräumen einschliessen, sondern dass sozialraumorientierte Angebote für die Gesamtbevölkerung etabliert werden, die auch für marginalisierte Gruppierungen zugänglich sind. Auch in diesem Fall setzt die Arbeit am und im Sozialraum voraus, dass bestehende Macht- und Raumordnungen hinterfragt werden können.

Der Artikel von Martina Hartmann beschäftigt sich mit dem Sozialraum in erster Linie als Steuerungs- und Interventionsraum. Unter dem Netzwerk der REGSAM sollen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales institutionsübergreifende Angebote bereitgestellt werden, die auf die spezifischen Bedingungen so genannter Sozialregionen zugeschnitten sind. So können auch für die Gesundheitsförderung und Suchtprävention in der jeweiligen Sozialregion Ressourcen gebündelt und Synergien geschaffen werden.

Die Artikel von Huber/Reinhard/Vögeli und Berthel/Vogel befassen sich mit dem Transfer von Theorie- und Fachwissen in die alltägliche Praxis der Suchtarbeit. Zu diesem Zweck organisiert die SuchtAkadamie bspw. Dialogforen, um den Erfahrungsaustausch zu fördern und ein gemeinsames Problembewusstsein anzuregen. Das von der EWS erarbeitete

Diskussionspapier dient dabei als Grundlage. Ebenso wichtig scheint den Autoren aber auch die Nutzung bereits vorhandener Netzwerke, um die Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Suchtfachleuten zu ermöglichen. Generell gilt, dass trotz überregionale und interdisziplinäre Vernetzung der lokale Fokus berücksichtig werden muss.

Auftrag sozialraumorientierter Arbeit

Die beschriebenen Ansätze der Sozialraumorientierung wie auch die Beiträge in diesem Heft machen deutlich, dass die Sozialraumorientierung eine Vielfalt an Ansatzpunkten liefert, die Lebenslagen des Klientels zu verbessern. Sozialräume können konkrete Orte sein, den individuellen Handlungsspielraum der Menschen meinen, sich auf den gesellschaftlichen Raum politischer Aushandlungsprozesse beziehen oder auf öffentliche Diskurse verweisen. Für eine sozialraumorientierte Gesundheitsförderung und Prävention sind all diese Ebenen von gleicher Relevanz. Welche Perspektive man als Fachperson in der Praxis einnimmt, hängt von der Bedarfslage des Klientels sowie den vorhandenen Ressourcen und strukturellen Möglichkeiten ab. Von Bedeutung ist vielmehr die Reflexion der eigenen räumlichen Haltung,[26] also aus welchen Gründen und mit welchem Ziel man auf welche Art und Weise sozialräumlich handelt.●

Literatur

Böhnisch, L./Schröer, W. (2005): Sozialpolitik. S. 129-141 in: F. Kessl/C. Reutlinger/S. Mauerer/O. Frey (Hrsg.), Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Deinet, U./Reutlinger, C. (Hrsg.) (2004): «Aneignung» als Bildungskonzept der Sozialpädagogik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kessl, F./Otto, H.-U. (2005a): Territorialisierung des Sozialen. Regieren über soziale Nahräume. Leverkusen.

Kessl, F./Maurer, S. (2005b): Soziale Arbeit. S. 111-128 in: F. Kessl/C. Reutlinger/S. Mauerer/O. Frey(Hrsg.), Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kessl, F./Reutlinger, C. (2007): Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kessl, F./Reutlinger, C. (2008): Zur Archäologie der Sozialraumforschung – eine Einleitung. S. 9-21 in: Kessl, F./Reutlinger, C. (Hrsg.), Schlüsselwerke der Sozialraumforschung. Traditionslinien in Text und Kontexten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kessl, F./Reutlinger, C. (2010): Sozialraum. S. 247-255 in: C. Reutlinger/C. Fritsche/E. Lingg (Hrsg.), Raumwissenschaftliche Basics. Eine Einführung für die Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Lefèbvre, H. (1974): La production de l'espace. Paris: Gallimard.

Löw, M. (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Lussault, M./Stock, M. (2010): «Doing with space»: towards a pragmatics of space. Social Geography 5: 11-19.

Reutlinger, C./Kessl, F./Mauerer, S. (2005): Die Rede vom Sozialraum – eine Einleitung. S. 11-27 in: F. Kessl/C. Reutlinger/S. Mauerer/O. Frey(Hrsg.), Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Reutlinger, C./Wigger, A. (2010): Das St. Galler Modell – eine Denkfigur zur Gestaltung des Sozialraumes. S. 13-54 in: Christoph Reutlinger/Annegret Wigger (Hrsg.), Transdiziplinäre Sozialraumarbeit. Grundlegungen und Perspektiven des St. Galler Modells zur Gestaltung des Sozialraums. Berlin: Frank & Timme GmbH Verlag für wissenschaftliche Literatur.

Richter, M./Hurrelmann, K. (2010): Determinanten von Gesundheit. http://tinyurl.com/bbyw8a4, Zugriff 10.11.2012.

Schrödter, M. (2007): Soziale Arbeit als Gerechtigkeitsprofession zur Gewährleistung von Verwirklichungschancen. Neue Praxis 1: 3-28.

Schütz, A. (2003): Strukturen der Lebenswelt. Stuttgart: UTB.

Sibley, D. (1995): Geographies of Exclusion. London: Routledge.

Thole, W. (Hrsg.) (2002): Grundriss Soziale Arbeit: Ein einführendes Handbuch. Opladen: Leske & Budrich.

Werlen, B. (2004): Sozialgeographie. Bern: UTB Haupt.

World Health Organization (1946): Verfassung der Weltgesundheitsorganisation vom 22. Juli 1946. http://tinyurl.com/8mbju92, Zugriff 10.11.2012.

World Health Organization (1986): Ottawa Charta zur Gesundheitsförderung. http://tinyurl.com/alwup4j, Zugriff 10.11.2012.

Endnoten

1 Vgl. Reutlinger et al. 2005.
2 Vgl. Löw 2001.
3 Vgl. Lefèbvre 1974.
4 Vgl. Lusseault et al. 2010.
5 Dieser handlungstheoretische Ansatz wurde im deutschsprachigen Raum vor allem von Benno Werlen 2004 geprägt.
6 Dieser Ansatz wird als Dualität von Raum bezeichnet. Vgl. dazu Löw 2001.
7 Vgl. Sibley 1995.
8 Vgl. Schrödter 2007.
9 Vgl. Kessl et al. 2007.
10 Vgl. Kessl et al. 2010.
11 Vgl. Reutlinger et al. 2010.
12 Vgl. Reutlinger et al. 2010; dies. 2005.
13 Viel diskutiertes Beispiel dafür ist das deutsche Bundesprogramm «Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt.» www.tinyurl.com/b4knlwu, Zugriff 10.11.2012.
14 Vgl. Schütz 2003.
15 Vgl. Deinet et al. 2004.
16 Dieser Ansatz wird sehr häufig in der Kinder- und Jugendarbeit angewandt. Vgl. dazu Kemper et al. in dieser Ausgabe.
17 Vgl. Kessl et al. 2005a.
18 Vgl. Thole 2002.
19 Vgl. WHO 1948.
20 Vgl. Richter et al. 2010.
21 Ebd.
22 Ebd.
23 Vgl. www.gsuenderbasel.ch
24 Vgl. www.radix.ch
25 Vgl. WHO 1986.
26 Vgl. Kessl et al. 2007.

Am Sozialraum arbeiten – Soziale Arbeit, Stadtentwicklung und Kontingenz

Aktuell werden viele Städte wieder mehr als vor Jahren als attraktive Arbeits-, Wohn- und Lebensräume wahrgenommen. Die Stadtregierungen spielen in diesem Wandel eine entscheidende Rolle, da sie «Ihre» Städte momentan als Beteiligte an einem internationalen Standort-Wettbewerb begreifen und entsprechend neu (an)ordnen. Ein für diesen Umbau strategisch wichtiges Steuerungsinstrument sind die neu geschaffenen Abteilungen, Fach- und Arbeitsstellen für Stadtentwicklung. In diesen Kontexten finden sich auch AkteurInnen der Sozialen Arbeit wieder, speziell wenn es um «soziale» Themen der Stadtentwicklung geht.

Patrick Oehler
M.A. Community Development, Wiss. Mitarbeiter, Institut Sozialplanung und Stadtentwicklung ISS, Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz, Thiersteinerallee 57, 4053 Basel, patrick.oehler@fhnw.ch, www.fhnw.ch/sozialearbeit/iss

Nicola Thomas
M.A. Urban Studies, Wiss. Assistentin, ISS, nicola.thomas@fhnw.ch

Patricia Frei
B.A. Soziale Arbeit, Wiss. Assistentin, ISS, patricia.frei@fhnw.ch

Schlagwörter:
Sozialraum | Stadtentwicklung | Soziale Arbeit | unternehmerische Stadt | Praxisforschung |

Einleitung – Das Revival der Städte in der Schweiz

Nach einer Phase mit der Tendenz zur «Flucht aufs Land» erleben wir heute in der Schweiz eine wiedererstarkte Anziehungskraft der Städte als Arbeits-, Wohn- und Kulturräume. In der Stadt, d.h. in städtischen Sozialräumen zu leben, ist wieder über die verschiedenen Generationen hinweg interessant, beliebt und angesagt; und dies trotz – oder gerade aufgrund? – einer zunehmenden «Verdichtung» in den Städten. Mit der Verdichtung kommt es zu einer intensivierten Auseinandersetzung um die (knappen) Ressourcen Wohnraum, öffentlicher Raum, Grünraum und (soziale) Infrastruktur. «Betroffen» von diesen Dynamiken sind in erster Linie die bereits ansässigen EinwohnerInnen. Darin verstrickt sind jedoch auch die städtischen Regierungen und die vollziehenden Verwaltungsstellen, die «ihre» Städte zwecks Steuereinnahmen offensichtlich «dynamisieren».

Dabei stellt die konsequente Inszenierung und Steuerung von Stadtentwicklungsprozessen im Hinblick auf eine Stärkung des «Standortvorteils» einen Paradigmenwechsel dar, der in den Sozialwissenschaften unter dem Begriff «Unternehmerische Stadt» diskutiert wird;[1] Städte verstehen sich zunehmend als Akteure in einem internationalen Standortwettbewerb. Bezeichnend für diesen Paradigmenwechsel ist die Lancierung von Städten und Kantonen als «Marke» (so z.B. in Basel, Bern, Winterthur und Zürich) – also deren Kommerzialisierung – sowie die parallel dazu entstehenden spezifischen Abteilungen für Stadtentwicklung, die eine Departements übergreifende Ergänzung zu den eher auf die baulichen Aspekte fokussierten Städtebaudepartementen einnehmen sollen. Eine zielgerichtete, geplante und auf die jeweilige Stadtpolitik abgestimmte «Stadtentwicklung» wird dabei über die Hinwendung zu den eher «weichen Standortfaktoren» zu einem strategisch wichtigen Instrument einer umfassenden Entwicklung.

Soziale Arbeit: zwischen intermediärer und avdokatorischer Positionierung

In diesem neuen Kontext einer aktiven Stadtentwicklungspolitik finden sich auch die stadtentwicklungsbezogenen Akteure und Akteurinnen der Sozialen Arbeit wieder, und zwar in der Regel an zwei idealtypischen Ausgangspunkten:

Intermediäre Positionierung: Aus der Logik der «Stadtentwicklung» werden quartier- und stadtteilbezogene Koordinations- und Anlaufstellen geschaffen und mit Fachpersonen aus der Sozialen Arbeit besetzt. Ihre zentralen Aufgaben und Kompetenzen sind, die AkteurInnen im und ums Quartier miteinander zu vernetzen, Quartierinteressen zu sammeln und sichtbar zu machen, die Kommunikation zwischen dem Quartier und der städtischen Verwaltung herzustellen und zu unterstützen sowie bei konkreten Bau- und Planungsprojekten zwischen den verschiedenen Logiken zu übersetzen als auch Informations-, Anhörungs- und Partizipationsveranstaltungen zu moderieren, um eine «Mitwirkung» der Quartiersbevölkerung zu «ermöglichen». Vereinzelt zählen zu dem erweiterten Aufgabenfeld auch noch soziokulturell-animatorische Tätigkeiten dazu, doch rücken diese in der Praxis immer mehr in den Hintergrund.

Advokatorische Positionierung:[2] Die Sozialarbeitenden treten auf der Basis einer (Selbst-)Mandatierung advokatorisch im Interesse «ihrer» Gruppe oder Klientel (z.B. Kinder und Jugendliche, Armutsbetroffene,

Suchtmittelkonsumierende etc.) und vor dem Hintergrund spezifischer Themen wie «Verdrängung aus dem öffentlichen Raum» oder «Wohnen für alle» in den lokalen Stadtentwicklungs-Diskurs ein, etwa wenn es um die Nutzung von öffentlichen Plätzen oder um die Erhaltung bzw. Schaffung günstigen Wohnraums geht.

Kennzeichnend für den intermediären Zugang ist die Annahme, eine weitgehend «neutrale» Position vertreten zu können, die sich im Handeln an den Vereinbarungen mit den Auftraggebenden und an den Interessen des Quartiers als Ganzes orientiert. Die faktisch divergierenden Interessen im Quartier und die bestehenden Unterschiede in der Möglichkeit, lebenslagen-spezifische Interessen und Bedürfnisse artikulieren bzw. in den Diskurs einbringen zu können werden dabei oftmals zu wenig berücksichtigt. Im Gegensatz dazu ist der advokatorische Zugang explizit parteilicher: gehandelt wird im Interesse einer definierten und oftmals benachteiligten Gruppe – was nicht ausschliesst, dass die bewusste Berücksichtigung der Interessen einer eher benachteiligten Gruppe auch zu einer Verbesserung der Qualität des Quartiers insgesamt, also für alle Gruppen führen kann. Allerdings stellt sich hier in der Praxis oft die Frage, wie weit die «Parteilichkeit» geht, d.h. auch von der offiziellen Stadt-Politik abweichen darf, für wen genau eigentlich Partei ergriffen wird und wie das Handeln «im Interesse von …» jeweils gerechtfertigt oder legitimiert werden kann.

Ungeachtet dieser bei beiden Positionierungen bestehenden offenen Fragen ist der eindeutige Trend erkennbar, dass parallel zu den städtischen Bemühungen um eine aktive Stadtentwicklung immer mehr AkteurInnen der Sozialen Arbeit in Prozesse der Quartier- und Stadtentwicklung, also der Arbeit an Sozialräumen, involviert sind. Neben diesem quantitativen Aspekt ist das qualitativ Neue daran, dass es jetzt für die Soziale Arbeit nicht mehr nur darum geht bereits bestehende «Planungssünden», die vielfach zu einer (räumlichen) Verdichtung sozialer Probleme führ(t)en, «aufzufangen» und Menschen bei einem «gelingenden Alltag» zu unterstützen. Vielmehr wird jetzt der Anspruch erhoben, frühzeitiger, bereits schon bei der Planung und (baulichen) Gestaltung der Stadt zu «intervenieren». Der Aufgaben- und Arbeitsbereich der Sozialen Arbeit erstreckt sich zeitlich und inhaltlich auf eine weiter gefasste Zuständigkeit: er fängt bereits bei der Ideenentwicklung, Planung und Gestaltung von Sozialräumen an und (nicht erst bei deren Nutzung) und beinhaltet damit zunehmend auch planerisch-bauliche Aspekte.

Stadtentwicklung und Kontingenz

Eine Soziale Arbeit, welche die Entwicklung von Sozialräumen (z.B. die Gestaltung eines Quartierentwicklungsprozesses) inklusive deren Planung zu einem ihrer Aufgabengebiete erklärt, sollte u.a. ein Bewusstsein für die Kontingenz städtischer Prozesse haben. Der Begriff Kontingenz weist grundsätzlich erst einmal auf ein mögliches Anderssein von dem, was ist und was sich realisiert: «Kontingent ist etwas, was weder notwendig ist, noch unmöglich ist; was also so, wie es ist (war, sein wird), sein kann, aber auch anders möglich ist. Der Begriff bezeichnet mithin Gegebenes (…) im Hinblick auf mögliches Anderssein; er bezeichnet Gegenstände im Horizont möglicher Abwandlungen.»[3] Neben dieser Handlungsoptionen eröffnenden Dimension verweist der Begriff aber auch auf eine Begrenzung der Handlungswirksamkeit: In einem Prozess realisieren sich neben (intentionalen) Handlungen immer auch «Zufälle».[4] Die «Zufälle» wiederum können Nebenfolgen des eigenen intentionalen Handelns, beabsichtig-te und unbeabsichtigte Folgen der Handlungen anderer sein oder ganz anderen Quellen, wie z.B. der Natur entspringen. In dem Sinne verweist der Begriff Kontingenz auf die Erfahrung, «dass die Wirklichkeit durch Handlungen auch anders möglich ist. Auf der anderen Seite sei Kontingenz etwas, das sich unserer Planung entzieht.»[5] Die Stadt und deren Entwicklungen, als Resultat von zugleich geplanten und kontingenten Prozessen, ist weder «nicht anders» als in der realisierten Variante möglich, noch vollständig plan- bzw. steuerbar.

Diese Grundvoraussetzung der Kontingenz von Stadtentwicklung stellt auch für die Akteure und Akteurinnen der Sozialen Arbeit eine zentrale Herausforderung in Bezug auf ihr professionelles Denken und Handeln dar. Die Herausforderung wird noch verschärft, da es bis anhin kaum systematisch aufbereitetes und miteinander vernetztes Wissen und Ausbildungsmöglichkeiten zu dem Komplex «Soziale Arbeit, Stadtentwicklung und (Umgang mit) Kontingenz» gibt. Die Praxis in diesem Bereich ist also über weite Strecken auf der Grundlage von «Versuch und Irrtum» bzw. auf autodidaktische Art und Weise unterwegs.

Wege zu einer planungsbezogenen Sozialen Arbeit

Im Anschluss an diese Kontextanalyse lassen sich drei miteinander zu verbindende «Herangehensweisen» für die Disziplin und Profession Soziale Arbeit skizzieren, die einen Beitrag zur Etablierung stadtentwicklungs- bzw. planungsbezogener Formen Sozialer Arbeit als Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit leisten können:

- Aneignung und Vermittlung eines Fundus an Wissen aus Disziplinen, welche die Diskurse der Stadtentwicklung massgeblich prägen – um deren Begriff, Konzepte und Logiken angemessen nachvollziehen zu können (Aus- und Weiterbildungsangebote, Lehrmaterial).
- Verbesserung der historischen, praxistheoretischen und methodische Fundierung stadtentwicklungsbezogener Sozialen Arbeit. Diese trägt zur Orientierung des professionellen Handelns, zur Stärkung der professionellen Identität und zur Anerkennung der Sozialen Arbeit in diesem Handlungsfeld bei.
- Eine Intensivierung des (inter)nationalen Erfahrungs- und Wissensaustausches zwischen Fachpersonen aus der Praxis und Forschung der Sozialen Arbeit im Bereich Quartier- und Stadtentwicklung (Netzwerkbildung), um die ersten beiden Punkte zu stützen und die Anzahl der Akteure bzw. die Soziale Arbeit generell in diesem Feld erkennbar(er) zu machen.

Eine konsequente Arbeit an diesen «Baustellen» trägt bestimmt zur Etablierung der Sozialen Arbeit in den Bereichen Stadtplanung und Stadtentwicklung bei. Trotzdem bleibt auch in diesem Fall die Schwierigkeit des professionellen Umgangs mit Kontingenz und Ungewissheit, die zu den komplexen Prozessen der Stadtentwicklung fraglos dazugehören, als potentielles konkret zu lösendes Handlungsproblem bestehen. Denn das «Reich des Praktischen ist die Region des Wandels, und der Wandel ist immer kontingent; er hat ein Element des Zufalls in sich, das nicht eliminiert werden kann».[6] Die Akteure der Profession Soziale Arbeit sind angeregt, Ideen für einen intelligenten Umgang mit Kontingenz und Ungewissheit zu entwickeln. Ein möglicher Weg soll kurz angedeutet werden.

Intelligenter Umgang mit Kontingenz

Grundlage eines intelligenten Umgangs mit Kontingenz ist ein geeignetes Rationalitätsverständnis. Dahingehend verdeutlicht Harald Wenzel, «dass ein produktiver Umgang mit Kontingenz und Unsicherheit von einer kognitiven Rationalität abhängig ist, die nicht in die dekontextualisierte Form der einen richtigen Lösung gebracht werden kann, sondern einen Frei-

heitsspielraum insbesondere hinsichtlich der klugen Wissensanwendung eröffnet».[7] Ein Verständnis einer derart offenen und anwendungsbezogen Rationalität oder Intelligenz finden wir etwa bei John Dewey in dem Buch «Die Suche nach Gewissheit». Ausganspunkt seiner Überlegungen und Schlussfolgerungen sind eine quasi positive Umdeutung von Kontingenz als «eine notwendige (…) Voraussetzung für Freiheit»[8] und ebenso eine Wertschätzung der im Feld der «Alltagspraxis» bestehenden Bemühungen nach Handlungssicherheit bzw. nach der Herausbildung und Verstetigung «passender» Handlungsgewohnheiten.[9] Einen rationalen Umgang mit Kontingenz im Sinne von Dewey bedeutet, mit Unsicherheit kreativ und experimentell umzugehen; also Situationen der Kontingenz und Handlungsunsicherheit letztlich als «Chancen» für einen (kollektiven) Lern-, Forschungs- und Bildungsprozess zu begreifen, mit dem man, zusammen mit anderen, zu neuen Erkenntnissen und praktikablen Lösungen kommen kann. Dieser rationale Umgang mit Kontingenz impliziert ein Verständnis von Stadtentwicklung als intersubjektiven Forschungs- und Lernprozess: Auftretende Handlungsprobleme und Konflikte werden zu «kognitiven Rätseln» für die in Form von sozialen Erfindungen (wie Kompromisse, soziale Reformen, gesetzliche Regelungen etc.) Lösungen gefunden werden können. Zwei wichtige Voraussetzung für diese experimentale Vorgehensweise sind wechselseitiges Vertrauen zwischen den verschiedenen AkteurInnen der Stadtentwicklung und verständigungsorientierte Kommunikation, bei der es um ein Einverständnis auf der Basis von Interessenausgleichen geht. Für diese Aufgabenstellungen im Kontext von Stadtentwicklung bringt die Soziale Arbeit notwendige Eigenschaften und Kompetenzen mit.

Somit ist an dieser Stelle ein Aspekt von Sozialer Arbeit und Stadtentwicklung etwas ausgeführt worden, nämlich der vom Umgang mit Kontingenz. Gleichwohl darf die Soziale Arbeit und ihre Arbeit am Sozialraum keinesfalls auf diesen einen Aspekt oder Aufgabenbereich reduziert werden. Vielmehr gilt es weitere Aspekte zu entdecken und in intersubjektive «Forschungsthemen» zu übersetzen.●

Literatur

Brumlik, M. (2004): Advokatorische Ethik. Zur Legitimation pädagogischer Eingriffe. Berlin: Philo&Philo.

Dewey, John (2007): Die Suche nach Gewissheit: Eine Untersuchung des Verhältnisses von Erkenntnis und Handeln. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heeg, S./Rosol, M. (2007): Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. 37(4): 491-509.

Habermas, J. (1998): Wie sich der amerikanische Philosoph John Dewey 1929 auf die «Suche nach Gewissheit» machte. Die Zeit. Nr. 31/98, 23.07.1998: 27.

Holzinger, M. (2007): Kontingenz in der Gegenwartsgesellschaft. Dimensionen eines Leitbegriffs moderner Sozialtheorie. Bielefeld: transcript.

Luhmann, N. (1987): Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Makropoulos, M. (1997): Modernität und Kontingenz. München: Wilhelm Fink.

Wenzel, H. (2005): Profession und Organisation. Dimensionen der Wissensgesellschaft bei Talcott Parsons. S. 45-71 in: T. Klatetzki, T./V. Tacke (Hrsg.), Organisation und Profession. Wiesbaden: VS Verlag.

Endnoten

1 Heeg/Rosol 2007: 492ff.
2 Brumlik 2005: 161: «Eine advokatorische Position verpflichtet sich u.a. Interessen von Menschen zu vertreten, die nicht oder nur sehr eingeschränkt in der Lage sind, diese Interessen selber zu vertreten.»
3 Luhmann 1987: 152.
4 Makropoulos 1997: 14f.
5 Holzinger 2007: 30.
6 Dewey 2007: 23.
7 Wenzel 2005: 66.
8 Dewey 2007: 249.
9 Habermas 1998: 27.

Topologie der drogenpolitischen Steuerung

Befragt man die Schweizer Drogenpolitik auf ihre sozialräumlichen Bezüge, so wird man zuallererst auf die inzwischen verschwundenen offenen Drogenszenen verwiesen. Mit der Entwicklung der Überlebenshilfe transformierten sie sich zu professionell substituierten Milieus. Der Sozialraum bildet ein entscheidendes Relais der drogenpolitischen Steuerung. Er konditioniert die Art und Weise, wie die Drogenproblematik sich entfaltet.

Esteban Piñeiro
Lic. phil., Dozent, Institut für Sozialplanung und Stadtentwicklung, Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, Thiersteinerallee 57, CH-4053 Basel, Tel. +41(0)61 337 27 28, esteban.pineiro@fhnw.ch

Schlagwörter:
Sozialraum | offene Drogenszene | substituierte Milieus | Überlebenshilfe | Selbstverwaltung |

Verräumlichung der Drogenproblematik

Folgt man der offiziellen Geschichtsschreibung, so existierten in der Schweiz bis in die 1970er Jahren keine wesentlichen Probleme mit Betäubungsmitteln. Sie wurden vornehmlich in Mediziner- und KünstlerInnenkreisen konsumiert und öffentlich kaum wahrgenommen. 1972 registrierte man die ersten Drogentoten infolge von Überdosierungen.[1] Erstmals wurden auch kleine Mengen von Heroin beschlagnahmt, 1974 Kokain in die Polizeistatistik aufgenommen.[2] Erst aber, als sich die Drogenproblematik in den öffentlichen Raum verschob und damit eine spezifische räumliche Qualität erhielt, akzentuierte sich die drogenpolitische Agenda. Nun zeigte sich das Problem in Form jener offenen Drogenszenen, die sich der öffentlichen Wahrnehmung unerbittlich aufdrängten – emblematisch der Zürcher Platzspitz und wenig später auch die Szenen in Bern, Basel, St. Gallen, Luzern oder Olten. Die öffentliche Wahrnehmung des Drogenkonsums führte zu heftigen Kontroversen, die zunehmend den Takt der Drogenpolitik prägten. Von offizieller Seite stellte sich ein vornehmlich juridisches Problem, das es mit Repression zu lösen galt. Es wurden verbotene Substanzen konsumiert, die Zahl der Heroin- und Kokainabhängigen stieg kontinuierlich, die registrierten Drogendelikte nahmen unaufhörlich zu.[3] 1975 wurde das Betäubungsmittelgesetz revidiert, der Konsum von Drogen unter Strafe gestellt. Geahndet wurde bereits der Besitz von Spritzen.[4] Auf Strassen und Plätzen trieb die Polizei eine wachsende Menge von FixerInnen von Ort zu Ort, in einschlägigen Lokalen wurden regelmässig Drogenrazzien durchgeführt. Mit dem Auftauchen der Drogenproblematik im öffentlichen Raum war ein politischer Handlungsdruck entstanden.[5] Die Erfahrung sollte aber schon bald zeigen, dass der Drogenmissbrauch durch Verbote und Strafverfolgung nicht zu verhindern war.

In-Szene-Setzung der Drogenabhängigen

Augenfällig war der Konsum und Handel von Drogen bereits im Umfeld der Anfang der 1980er Jahre in Zürich, Bern und Basel eröffneten Autonomen Jugendzentren (AJZ) geworden.[6] Galten illegale Drogen in der öffentlichen Wahrnehmung noch als ein Ausdruck der Jugendunruhen,[7] so änderte sich dies nach der Schliessung der AJZ. Während die Jugend- und Kulturbewegung sich illegal oder legal zugestandene Räume aneignete, wurden die Drogenabhängigen zu einer abgespaltenen, frei flottierenden Menge. Aufgrund der polizeilichen Vertreibungstaktik entstanden in Zürich zunächst kleinere «volatile Gassenszenen»,[8] deren polizeiliche Auflösung scheiterte. Ab 1986 setzten sich die Süchtigen vermehrt auf dem Platzspitz fest und wuchsen zur weltweit grössten offenen Drogenszene heran. Nachdem die Drogenabhängigen diesen wenig beachteten, aber doch so zentralen Platz für sich entdeckt hatten, kippte die erfolglose Vertreibungspolitik in ein permissives Dulden. Von der Öffentlichkeit zunächst als flüchtiger Schatten wahrgenommen, erlangte die Drogenszene in ihrer Ver-Ortung am Zürcher «Needle-Park» ihre eigene unrühmliche Autonomie. War sie im Rahmen der polizeilichen Vertreibung als ein permanent zerfallendes Moment erschienen und drogenpolitisch eine Menschenmenge «ohne realen Ort»[9] und damit auch eine gesellschaftliche Dystopie gewesen, so avancierte sie nun in ihrer sozialräumlichen[10] Dimension zu einer realen Szene. Mit dem Platzspitz wurden die FixerInnen zu einer öffentlich wahrnehmbaren Relationsmenge von Menschen und Dingen, von Beziehungen und materiellen Elementen. Die Multiplizität der UserInnen nahmen eine neue Szenenqualität an. Nicht der Konsum von Drogen, sondern ihre sozialräumlich vermittelte Sichtbarkeit liess die verstreute Risk Community[11] zu einer eigentlichen Szene werden.

Offene Drogenszene als öffentlicher Sozialraum

Mit dem «toten Gebiet des Platzspitzes»[12] verwachsen, nahm die Drogenszene eine fixe Gestalt an. Zum ersten Mal wurde einer breiten Öffentlichkeit der Alltag von Drogenabhängigen medial und in vivo vorgeführt. Das Ausmass des Elends war erschreckend: die Anhäufung von Menschen, die stehen, rennen, sitzen oder liegen, die stechen, kratzen, dealen oder «filterlen», die alleine berauscht oder in Gruppen feilschend den Platz bevölkerten; ihre Kleidung, ihre Körper, Drogen- und Überlebensutensilien, ihre improvisierten Schlafplätze, Gebrechen und offenen Wunden, die solidarische Unterstützung und das nervöse Streiten. Unvermittelt zeigte sich hier die soziale Wirklichkeit der Drogenabhängigen: das schier undenkbare Elend dieser meist jungen Menschen, die furchtbare Verwahrlosung, ihr prekärer gesundheitlicher Zustand. Jetzt war die Szene keine schwindende Menschenmasse mehr,

die hin- und hergetrieben in den Gassen auseinanderdriftete. Sie erlangte Stabilität, indem sie sich über einen räumlichen Knotenpunkt konstituierte. Das FixerInnenleben wurde in räumlich verdichteter Form sichtbar, es bildete ein lokalisierbares Zentrum. Was sich zuvor im städtischen Raum verstreut und chaotisch entfaltet hatte, fand nun seine Mitte, einen – in geographischer Hinsicht – geordneten Raum zur Entfaltung dieser zivilen Krisenhaftigkeit.

«Zonen der souveränen Ausnahme»

Hier geschah, was anderswo nicht möglich war, nicht möglich sein sollte, aber trotzdem sein musste. Die FixerInnenrealität erhielt einen Ort, wofür die Gesellschaft keinen Ort vorsah, ein «Anderswo», ein «Nirgendwo». Mit dem Platzspitz entstand ein «Gegenort», ein zugleich mythischer und realer Gegensatz zu jenen anderen Parkanlagen, in denen wir ansonsten flanieren und uns erholen.[13] Der Park wurde zu einem heterotopen Ort, wie Foucault sagen würde, zu einem Ort, der eigentlich ausserhalb des Gesellschaftlichen lag, obwohl man ihn durchaus lokalisieren konnte. Die «Krisenheterotopie»[14] hatte deshalb nichts Irreales. Als Zone der «souveränen Ausnahme»[15] entstanden, funktionierte sie allerdings nicht als ein «Raum der Ausschliessung».[16] Die Ordnungsfunktion des Raumes folgte nicht dem historischen Prinzip der Aussetzung der Lepra vor die Tore der Stadt; keine gewaltsame Verwerfung, kein souveränes Exklusionsritual, keine repressive Verbannung.[17] Statt die Süchtigen hinter eine territorial definierte Grenze zu bringen, lebten sie mitten unter uns, sichtbar und in unmittelbarer Nähe der Zürcher Bahnhofsstrasse, des Berner Bundesplatzes, der Basler Rheinpromenade. Die offenen Szenen waren auch keine in sich abgeschlossenen autarken Enklaven, sondern durchlässige und dynamische Soziotope. Zwischen ihnen und dem herrschenden Draussen zirkulierten Menschen und Güter. Es handelte sich eben um «offene» Szenen. Der «Needle-Park» wurde polizeilich observiert, die «schlimmsten Auswüchse» verhindert, ohne dass aber die Szene aufgelöst wurde.[18] Die Polizei gab Schutz, damit der Platz gereinigt werden konnte, sie führte Ausweiskontrollen durch und nahm verdächtige Dealer mit. Die FixerInnen liess man aber zumeist in Ruhe. Hier wurde die Sucht nicht domestiziert, sondern räumlich begrenzt ausgelebt.

Offene Drogenszene als Ansteckungs- und Überlebensraum

Erst die sozialräumliche Qualität der Szene veranlasste die Politik, die Drogenproblematik zu einem gesellschaftspolitischen Brennpunkt zuzuspitzen. Gleichzeitig geriet dadurch der Lebensraum der Drogenabhängigen als eine eigentliche politische Planungs- und Steuerungsgrösse in den Blick. Der Polizei bot sich ein konzentrischer Ort der Überwachung und des repressiven Eingriffs (Razzien und Teilräumungen von improvisierten Installationen, Filterli-Tischen oder nicht bewilligten Containern). Sichtbar wurde aber nicht nur die juridische Herausforderung, sondern auch die sozialmedizinische Katastrophe. Die Zahl der Drogentoten stieg bis Mitte der 1990er Jahre auf jährlich über 400 an, die Neuansteckungen mit HIV bei injizierendem Drogenkonsum erreichten bis 1989 über 900 Fälle pro Jahr.[19] Auch wenn die vierte Säule der Überlebenshilfe[20] offiziell erst mit dem vom Bund 1991 lancierten ersten Massnahmenpaket formuliert wurde, hatten Initiativen aus der Praxis schon früh auf die prekäre Gesundheitssituation reagiert.[21] Seit 1982 bekämpften ÄrztInnen mit Gassenimpfaktionen die drohende Hepatitis-B-Epidemie unter den Drogenabhängigen.[22] Jetzt liess sich die präventivmedizinische Versorgung gleich in der Szene nieder. Auf Initiative des Roten Kreuzes und des Universitätsspitals Zürich und von den Behörden toleriert startet 1988 auf dem Platzspitz das Spritzenaustausch-Programm Zipp-Aids. Das Kiosk- und das Toilettenhaus wurden zur medizinischen Versorgungsstation umfunktioniert (Abgabe von Spritzen, Nadeln, künstliche Beatmungen und gesundheitliche Notversorgung). In einem Bus des Zürcher Sozialdepartementes fanden vor Ort Beratungen und Überweisungen an soziale Institutionen statt.[23] Der Platzspitz bot den illegal Fixenden einen Lebensraum, er war ein juridischer Raum der polizeilichen Intervention und zugleich ein sozialmedizinischer Raum der Überlebenshilfe.

Institutionalisierung der offenen Drogenszenen

Anfang der 1990er Jahre wurde die Situation um den Platzspitz untragbar. Die Sogwirkung hatte zu einer Zunahme des Drogenhandels geführt, der von professionellen Banden dominiert wurde. Die kriminelle Bedrohung verschärfte sich, in den Quartieren formierte sich der Widerstand gegen die offene Szene.[24] Die Krisenheterotopie war politisch nicht mehr tragbar. Als der Platzspitz am 6. Februar 1992 geräumt wurde, konnte noch kein genügend tragfähiges dezentrales Überlebenshilfenetz die «vertriebene Fixerszene» auffangen. Hunderte von Süchtigen, schildert Grob,[25] suchten nach ihrer Gasse, fanden sich zunächst verstreut im Gebiet der Langstrasse, inmitten von Geschäften, Wohnungen und Schulen, was eine grosse Belastung für die Bevölkerung darstellte. Die Geschichte wiederholte sich: Die Drogenabhängigen wurden von Ort zu Ort getrieben, bis sie sich zunehmend auf dem Gelände des ehemaligen Lettenbahnhofs installierten, das wiederum 1995 geschlossen wurde. Überhaupt begann der Staat in der ersten Hälfte der 1990er Jahre die offenen Drogenszenen flächendeckend aufzulösen. Auswärtige Drogenabhängige wurden zwangsweise in ihre Gemeinden zurückgeführt. Inzwischen hatte sich aber eine ganze Reihe von dezentralen niederschwelligen Auffangangeboten der Überlebenshilfe gebildet, die sich um die Vertriebenen kümmerten. In der ganzen Schweiz entstand eine umfassende «Kette» von schadensmindernden Institutionen, die aktuell über 250 Einrichtungen umfasst und rund 15'000 KlientInnen erreicht.[26] Anstelle der bisherigen informellen Szenen trat eine Serie von Versorgungsinstitutionen, die ein räumliches «Kontinuum der Inklusivität»[27] herstellte: Gassenküchen und niederschwellige Methadonversorgung, Obdachlosentreffs, Notschlafstellen und begleitetes Wohnen, Arbeits- und Beschäftigungsprogramme.[28] Als dem öffentlichen Raum das Drogenelend wieder «ausgetrieben» wurde, hatte die Drogenpolitik die Bedeutung des sozialräumlichen Horizonts erkannt. Sie setzte bei der Strukturierung der Milieus an. Jetzt wurden die FixerInnen enträumlicht, um ihnen neue, nunmehr professionell gestaltete Entfaltungsräume anzubieten. Genau genommen wurden die Drogenszenen nicht aufgelöst, sondern deren topographisches Terrain reorganisiert. Jetzt galt Nulltoleranz für öffentlichen Drogenkonsum bei weitgehender Toleranz für den Konsum im privaten und institutionellen Bereich.[29]

Professionell substituierte Milieus

Das institutionelle Herzstück, das die Strassenpräsenz der FixerInnen am nachhaltigsten reduzierten sollte, waren die damaligen Gassenzimmer, die heutigen Kontakt- und Anlaufstellen K&A.[30] In Bern wurde 1986 von privater Seite der weltweit erste offiziell zugelassene Injektionsraum eingerichtet, ein Jahr später folgten Zürich und kurz darauf Basel. Erst aber mit den staatlich subventionierten Gassenzimmern Anfang der 1990er Jahren gelang es, die Szenen institutionell einzubinden. Das im Juni 1991 eröffnete Basler Gassenzimmer war schon bald völlig überlastet und musste 1992 durch zwei wei-

tere ergänzt werden.[31] Der Name war Programm: die Drogenabhängigen erhielten eine tolerierte Gasse; keine Parkanlage und kein Haus, sondern ein Zimmer. Statt der Krise Entfaltungsraum zu bieten, wurde nun die Abweichung mit staatlich regulierten Drogenszenen gezielt bearbeitbar. Zwischen Repression gegen öffentliches Fixen und privatem Rausch im Geheimen schob sich nun dieser höchst funktionale Gassenraum. Weder Repression (keine Szene) noch Toleranz (offene Szene) standen hier als Regulative im Vordergrund, sondern die normierende Kontrolle: die Körper vegetierten nicht mehr hilflos dahin, sondern sie wurden jetzt als gelehrige betrachtet. Der Kontrollverlust der Konsumierenden liess sich jetzt eingrenzen. Die Szene drohte nicht mehr ausser Kontrolle zu geraten, sie liess sich nun beobachten, wissenschaftlich evaluieren, optimieren und vor allem: gezielter lenken. Das Steuerungsmodell, das hier wirkte, war die Disziplin, ihr strategisches Milieu der Disziplinarraum, ihr technologisches Prinzip die Besserung.[32]

Räumliche Modellierung der Szene

K&A sind Orte, die das Szenenverhalten absorbieren und die Szene gleichsam räumlich optimal proportionieren. Sie konzentrieren die Süchtigen auf eindeutig parzellierte und zweckmässig strukturierte Orte, die bestimmten Raumanordnungen, Raumverteilungen, Raumaufteilungen folgen:[33] Der von aussen kaum einsehbare Vorplatz (Eingangsbereich) rahmt die Szenenaktivitäten securitas-gestützt auf eine überschaubare Grösse; drinnen bietet der Konsumraum eine medizinisch überwachte Injektionsapparatur an, die die Einnahme von Drogen nach hygienischen Grundsätzen organisiert. Davon abgetrennt findet sich mit der Cafeteria ein rekreativer Sozialtreff mit Verpflegungsmöglichkeit. Der ehemalige Sozialraum der offenen Drogenszene reproduziert sich hier, allerdings unter sorgfältig geregelten Bedingungen: Der Süchtige erhält seinen Platz zugewiesen,[34] sein Verhalten wird infrastrukturell gelenkt, sein suchtbedingter Kontrollverlust medizinisch, sozialarbeiterisch, pädagogisch flankiert. Die K&A sind «Orte der Verkörperung von Normen».[35] In actu schulen sie den risikoärmeren Konsum, formen Suchthaltungen und Konsumverhalten, optimieren die Bewegungsabläufe der Szene. Anders als die früher geduldeten offenen Szenen, bieten sie aber keinen umfassenden Lebensraum mehr an. FixerInnen können sich hier nicht einnisten, lebensweltliche Aneignungsversuche würden permanent funktional durchkreuzt. Anders als der Platzspitz, hat die Szene jetzt Öffnungszeiten, ihre Hausordnung und einen geregelten Ablauf. Sie bleibt fragmentierte Lebenswelt. Die K&A organisieren weniger das Leben, als vielmehr den szenischen Drogenkonsum, das Überleben trotz Drogenabhängigkeit.

Selbstverwaltetes süchtiges Leben

Ausserhalb der K&A bieten niederschwellige Institutionen Lebensangebote aller Art: Wohnen, Essen, Arbeit, Freizeit, Gesundheit, Beratung, Begleitung, Drogenersatz. Sie helfen, den Alltag umfassend zu rhythmisieren. Statt sich in der einen Krisenheterotopie zu entfalten, können sich die Drogenabhängigen nun vom einen professionellen Lebenshilfeangebot zum anderen bewegen. Aus der offenen Drogenszene wurden die vielen fraktalen Szenen, die immer wieder neu institutionell zusammengesetzt werden. Substituiert wurden auch die Drogen, Methadonprogramme nahmen exponentiell zu.[36] Der 1994 gestartete wissenschaftliche Versuch einer heroingestützten Behandlung wurde 1999 vom Souverän gutgeheissen und ist mittlerweile im Betäubungsmittelgesetz verankert.[37] Die vorprogrammierte Massenverelendung der FixerInnen wurde durch all diese Einrichtungen und Programme gestoppt. Vielleicht wurde sie auch zu einem leisen Elend in Raten, zu einer erträglicheren Verelendung. Auf jeden Fall wurde der illegale Drogenkonsum risikoärmer.[38] Lauert nun die Gefahr darin, wie Flotiront[39] schreibt, dass die Drogenabhängigen «nur noch verwaltet» werden, dass sie «sämtlicher Perspektiven» beraubt werden? Die Antwort fällt leicht, wenn wir erkennen, dass die wirksamste Lösung zur Drogenfrage in der Etablierung einer räumlich-administrativen Verwaltungsapparatur bestand. Statt die Sucht zu unterdrücken und die Süchtigen wegzusperren (Repression), wurde ihre gesellschaftliche Entfaltung neu konfiguriert. Der Sozialraum spielte dabei eine kardinale Rolle, wie wir sehen konnten. Von Anfang an war die Drogenpolitik topologisch strukturiert, ihr Zugriff sozialräumlich orientiert. In den neu professionell hergerichteten Milieus nahm die Disziplin aber liberale Züge an: freiheitliche Gestaltung der Konsumführung, Stärkung der Selbstverantwortung, Förderung durch Einsicht. Statt Einsperrung und autoritärer Normierung wird heute die persönliche Selbstverwaltung vorangetrieben. Methadongestützt soll auch eine Lebensführung ausserhalb der informellen Szene und der institutionellen Versorgungsstruktur möglich werden. Die Regierung der Süchtigen folgt dem Ideal der Selbststeuerung, des kompetenten Sichverhaltens in den normierten Räumen, die die Sucht akzeptierende Gesellschaft bereithält. Seit Mitte der 1990er Jahre scheint sich bei den Drogenabhängigen jene politische Programmatik zu bewähren, die sich mittlerweile auch einer breiten Bevölkerung annahm: Eine politische Führung der Selbstführung der Menschen, die über die Bereitstellung strategischer Freiheitsräume operiert und uns gleichsam glauben lässt, frei zu sein.[40] Werden wir heute nicht durch jene gesellschaftlich hergestellten Sozialräume gelenkt, die uns in die Lage versetzen, genau dies zu tun: uns selbst zu führen?[41] Gerade diese vielleicht perfekteste Form der Verwaltung wird an der Regierung der Süchtigen idealtypisch sichtbar – eine Verwaltung, die wir uns als eine Form der Selbstverwaltung vorzustellen haben, die im Kern bei der Gestaltung unserer Entfaltungs- und Sozialräume ansetzt.●

Literatur

Aebersold, Peter (1990): Überlebenshilfeangebot und Grundversorgung Basel, Bern und Zürich im Vergleich. S. 5-12 in: Dieter Ladewig (Hrsg.), Drogen und Alkohol. Folgeschäden und Überlebenshilfe. Lausanne: ISPA-PRESS.

BAG (2005): Die vielen Facetten der Vierten Säule. Bundesamt für Gesundheit. Spectra 2005 (53): 1-8.

BAG (2006): Die Drogenpolitik der Schweiz. Drittes Massnahmenpaket des Bundes zur Verminderung der Drogenprobleme (MaPaDro III) 2006-2011. Bundesamt für Gesundheit: Bern.

BBl (2001): Botschaft über die Änderung des Betäubungsmittelgesetztes vom 9. März 2001. www.admin.ch/ch/d/ff/2001/3715.pdf, Zugriff 30.10.2012.

Eidgenössische Kommission für Drogenfragen (EKDF) (2006): Von der Politik der illegalen Drogen zur Politik der psychoaktiven Substanzen. Bern: Huber.

Foucault, Michel (1979): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Foucault, Michel (2005): Von anderen Räumen. S. 931-942 in: Michel Foucault, Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits, Band IV 1980-1988. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Foucault, Michel (2006): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Flotiront, Evelyne/Bürge, Ines/Hendry, Paolo (2008): Vom Fixerstübli zur Kontakt- und Anlaufstelle K&A. SuchtMagazin (1): 16-23.

Früchtel, Frank/Cyprian, Gudrun/Budde, Wolfgang (2007): Sozialer Raum und Soziale Arbeit. Textbook: Theoretische Grundlagen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Grob, Peter J. (2009): Zürcher «Needle-Park». Ein Stück Drogengeschichte und -politik 1968-2008. Zürich: Chronos.

Hansjakob, Thomas/Killias, Martin (2012): Repression in der Drogenpolitik. S. 59-72 in: Eidgenössische Kommission für Drogenfragen (EKDF) (Hrsg.), Drogenpolitik als Gesellschaftspolitik. Ein Rückblick auf dreissig Jahre Schweizer Drogenpolitik. Zürich: Seismo.

Infodrog/Fachverband Sucht (2011): Standards Kontakt- und Anlaufstellen (2. überarbeitete Version, 2011).

http://tinyurl.com/8jml6v2, Zugriff 30.10.2012.
Krasmann, Susanne (2003): Die Kriminalität der Gesellschaft. Zur Gouvernementalität der Gegenwart. Konstanz: UVK.
Krasmann, Susanne/Opitz, Sven (2008): Regierung und Exklusion. Zur Konzeption des Politischen im Feld der Gouvernementalität. S.127-155 in: Susanne Krasmann/Michael Volkmer (Hrsg.), Michel Foucaults «Geschichte der Gouvernementalität» in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge. Bielefeld: transkript.
Menzi, Peter (2012): Schadensminderung – unverzichtbarer Teil einer kohärenten Suchtpolitik. Suchtmagazin (2): 27-33.
Opitz, Sven (2007): Eine Topologie des Aussen – Foucault als Theoretiker der Inklusion/Exklusion S. 41-57 in: Roland Ahorn/Frank Bettinger/Johannes Stehr (Hrsg.), Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandesaufnahme. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Ronco, Carmen/Spuhler, Gregor/Coda, Paola/Schöpfer, Ruth (2002): Evaluation der Gassenzimmer I, II und III in Basel S. 200-210 in: Bundesamt für Gesundheit (Hrsg.), Evaluation des BAG im Suchtbereich. Bern.
Rose, Nikolas (2000): Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. S. 131-167 in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hrsg.), Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Uchtenhagen, Ambros (2012): Die Rolle formeller und informeller Koalitionen beim Entstehen einer neuen Drogenpolitik. S. 31-41 in: Eidgenössische Kommission für Drogenfragen (EKDF) (Hrsg.), Drogenpolitik als Gesellschaftspolitik. Ein Rückblick auf dreissig Jahre Schweizer Drogenpolitik. Zürich: Seismo.

Endnoten

1 BBl 2001: 3720ff.
2 Grob 2009: 22.
3 BBl 2001: 3720ff.
4 Vgl. Hansjakob/Killias 2012; Es herrschte die Meinung, dass die Abgabe sauberer Spritzen die Drogensucht fördere, weshalb Mitte der 1980er Jahre noch ein striktes Spritzenabgabeverbot galt (Grob 2009: 22ff.). Die Polizei hatte den Auftrag, Spritzen zu konfiszieren.
5 BAG 2006: 10f.
6 Im Zürcher AJZ wurde ein erster Fixerraum eingerichtet.
7 Uchtenhagen 2012: 34.
8 Grob 2009: 23.
9 Foucault 2005: 935.
10 Vgl. Früchtel et al. 2007.
11 Rose 2000: 79ff.
12 Aebersold 1990: 5.
13 Foucault 2005: 935f.
14 Foucault 2005: 936.
15 Krasmann/Opitz 2008: 135.
16 Foucault 1979: 255.
17 Foucault 1979: 255.
18 Uchtenhagen 2012: 35; Grob 2009: 79.
19 BAG 2006: 25f.
20 Bereits Anfang der 1970er Jahre existiert eine Drei-Säulen-Politik bestehend aus Repression, Prävention und Therapie, die 1991 mit der vierten Säule der Überlebenshilfe und Schadensminderung erweitert wird. 1994 bekräftigt der Bund die Vier-Säulen-Politik, die nach wie vor die Grundlage für die Drogenpolitik des Bundes bildet (BAG 2006: 13; BBl 2001: 3723ff.).
21 Die Trends wurden in der Drogenpolitik nicht vom Gesetzgeber gesetzt, sondern gingen von Fachleuten aus der medizinischen und sozialarbeiterischen Praxis aus (EKDF 2006: 30ff.;Hansjakob/Killias 2012: 63).
22 Grob 2009: 33f.
23 Grob 2009: 41ff.
24 Grob 2009: 83ff.
25 Grob 2009: 93ff.
26 Menzi 2012: 28.
27 Opitz 2007: 48.
28 Uchtenhagen 2012: 38f.
29 Uchtenhagen 2012: 39.
30 Vgl. Flotiront et al. 2008.
31 Ronco et al. 2002: 201.
32 Vgl. Foucault 1979.
33 Vgl. Infodrog/Fachverband Sucht 2011.
34 Foucault 1979: 181ff., 253.
35 Opitz 2007: 47.
36 Die Anzahl Personen mit Methadonsubstitution stieg von 1'800 im Jahr 1987 auf 14'000 im Jahre 1994 (SFA 1997: 106f.) und erreichte im Jahre 2000 einen Höchstwert von über 18'000 (BAG 2006: 20). Angabe SFA fehlt.
37 Laut BAG (2012) wurden 2010 in der Schweiz durchschnittlich über 1'300 PatientInnen in 21 ambulanten Zentren und in zwei Gefängnissen behandelt.
38 Vgl. BAG 2005; Ronco et al. 2002: 207ff. Der Gesundheitszustand der Drogenabhängigen verbesserte sich deutlich, die Infektionsprophylaxe zeigte ihre Wirkung (Benützung von gebrauchten Spritzen nahm ab).
39 Flotiront et al. 2008: 19.
40 Vgl. Foucault 2006.
41 Krasmann 2003: 137.

Alkohol – Erhältlichkeit, Konsum, Probleme: Ein Modell

Wissenschaftliche Studien belegen, dass risikoreiches Trinken und damit verbundene Probleme umso geringer sind, je eingeschränkter die Erhältlichkeit von Alkohol ist. Zur Verdeutlichung der Rahmenbedingungen und vermittelnder Faktoren wird ein theoriegeleitetes Modell vorgestellt. Aus der Sicht evidenzbasierter Prävention sollte die Besteuerung angehoben, die Einhaltung von Alters- und Ortsbeschränkungen überprüft und Öffnungszeiten eingeschränkt werden. Erwachsene und ältere Jugendliche sollten motiviert werden, keinen Alkohol an unter 16-Jährige abzugeben. Darüber hinaus sollten Eltern restriktive Regeln aufstellen.

Emmanuel Kuntsche[1]
Dr. phil., Sucht Schweiz, Forschung, Postfach 870, CH-1001 Lausanne,
Tel. +41 (0)21 321 29 52, ekuntsche@suchtschweiz.ch

Mariana Astudillo
M.sc., Sucht Schweiz, Forschung,
Tel. +41 (0)21 321 29 47, mastudillo@suchtschweiz.ch

Béat Windlin
lic. rer. soc., Sucht Schweiz, Forschung,
Tel. +41 (0)21 321 29 49, bwindlin@suchtschweiz.ch

Schlagwörter:
Alkohol | Jugendliche | Erhältlichkeit |

Das Verhalten von Menschen im sozialen Raum hängt wesentlich von sozialen Normen (basierend auf dem wahrgenommenen Verhalten anderer) und gesetzlichen Rahmenbedingungen ab. Diese beiden Determinanten sind auch von zentraler Bedeutung für die Verfügbarkeit von Alkohol, einem ausschlaggebenden Faktor dafür, dass es zu risikoreichem Alkoholkonsum und den damit verbundenen Problemen kommt. Einen Erklärungsansatz hierfür liefert die Theorie des überlegten Handelns[2] bzw. deren Erweiterung, die Theorie des geplanten Verhaltens.[3] Vereinfacht gesagt, geht letztere davon aus, dass Menschen bestrebt sind, ein bestimmtes Verhalten auszuführen, wenn sie

- den erwarteten Nutzen höher einschätzen als die zu erwartenden Kosten,
- dieses Verhalten als sozial akzeptabel oder erwünscht erscheint,
- die Ausführung prinzipiell möglich ist.

Angewandt auf das hier zu behandelnde Thema ist gemäss der Theorie des geplanten Verhaltens zu erwarten, dass risikoreicher Alkoholkonsum und die damit verbundenen Probleme abnehmen,

- wenn, etwa durch stärkere Besteuerung, die Kosten für dieses Verhalten steigen,
- wenn, z.B. durch eine Verringerung der Kneipendichte und der Abnahme des Alkoholtrinkens in der Öffentlichkeit oder in der Familie, die subjektive Wahrnehmung des Alkoholkonsums als sozial normales oder gar erwünschtes Verhalten verringert wird und
- wenn für bestimmte Altersgruppen (d.h. 15-Jährige und jüngere) oder an bestimmten Orten (z.B. Sportstadien), kein Alkohol erhältlich ist.

Das Zusammenspiel zwischen Rahmenbedingungen (Besteuerung, Alters- und Ortsbeschränkungen, Öffnungszeiten), den verschiedenen Bezugsquellen von Alkohol (Verkaufsstellen mit und ohne Ausschank und soziale Bezugsquellen, z.B. die Eltern), vermittelnden Faktoren (wahrgenommene Verfügbarkeit, Normen) und dem risikoreichen Alkoholkonsum sowie den daraus entstehenden Problemen werden in dem in Abbildung 1 dargestellten Modell verdeutlicht. Unserem Modell zufolge wirkt sich die Höhe der Besteuerung (und damit der Verkaufspreis alkoholischer Getränke), die Gestaltung, Einhaltung, Überprüfung, und Ahndung gesetzlicher Abgabebestimmungen, die Dichte der Verkaufsstellen und die Regelung der Öffnungszeiten auf das Ausmass bzw. den Schwierigkeitsgrad aus, Alkohol in Verkaufsstellen mit und ohne Ausschank erhalten zu können. Ferner besteht ein über die Verkaufsstellen vermittelter, indirekter Zusammenhang zwischen den erwähnten Rahmenbedingungen und den sozialen Bezugsquellen. Sind bspw. an einem bestimmten Ort keine oder nur wenige Verkaufsstellen vorhanden, haben diese nur selten geöffnet, teure Preise oder setzen Altersbeschränkungen rigoros um, wird es für Minderjährige auch schwieriger sein, Alkohol durch ältere Jugendliche oder Erwachsene zu erhalten.

Ferner stehen Alters- und Ortsbeschränkungen, sowie Dichte und Öffnungszeiten der Verkaufsstellen mit Ausschank (Bars, Restaurants usw. – da hier der Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit stattfindet) und der Konsum bzw. die Abgabe durch soziale Bezugspersonen mit der subjektiv wahrgenommenen Verfügbarkeit von Alkohol in Zusammenhang, d.h. mit der Wahrnehmung, dass Alkoholkonsum normal, also sozial

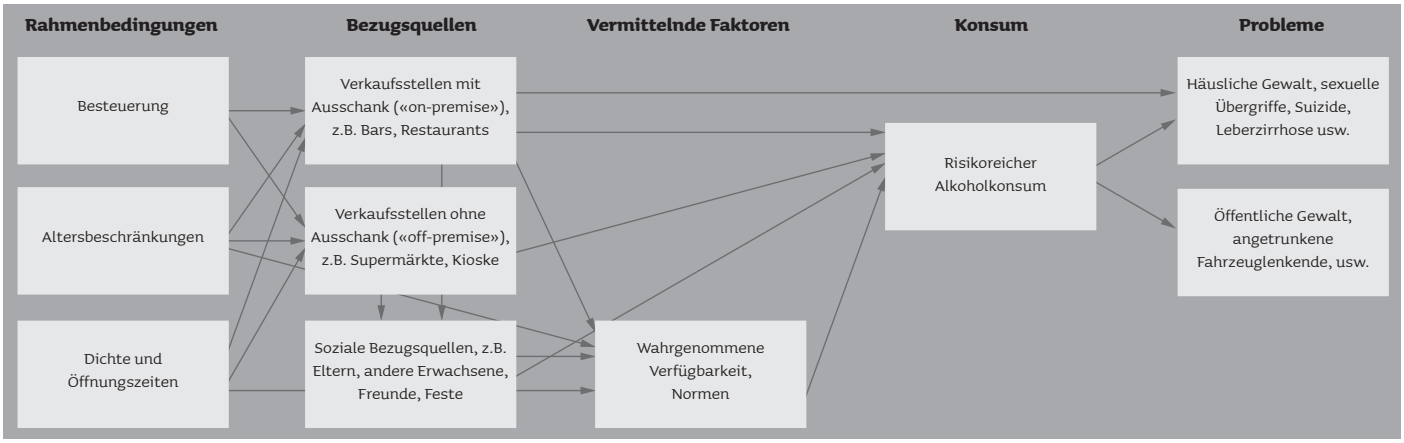


Abb. 1: **Modell des Zusammenspiels zwischen Rahmenbedingungen, Bezugsquellen, vermittelnden Faktoren, risikoreichem Alkoholkonsum und alkoholbezogener Probleme.**

weit verbreitet oder sogar erwünscht ist. Häufigkeit und Ausmass des persönlichen Alkoholkonsums hängen wiederum von den Bezugsquellen und der wahrgenommenen Verfügbarkeit ab. So steigt der Alkoholkonsum nicht nur mit der Dichte der Bars, Restaurants usw. und der Anzahl sozialer Bezugsquellen, sondern beide Faktoren tragen ferner zur Wahrnehmung (besonders bei Jugendlichen) bei, dass Alkohol (auch für sie) leicht verfügbar sein muss.[4] Diese wahrgenommene «Normalität» kann den eigenen Konsum erhöhen oder auch rechtfertigen.

Wie bekannt ist, geht risikoreicher Alkoholkonsum mit einer Vielzahl von akuten oder langfristigen bzw. chronischen Problemen einher. Damit stehen unserem Modell zufolge die Bezugsquellen, vermittelt über einen verstärkt risikoreichen Alkoholkonsum, mit diesen Problemen in Zusammenhang. Ferner gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen den Verkaufsstellen mit Ausschank und bestimmten alkoholbezogenen Konsequenzen. So kann man bspw. in einer Bar in Aggressionen angetrunkener Personen verwickelt werden, ohne selbst Alkohol konsumiert zu haben.

Im Folgenden werden einschlägige Studien herangezogen, um einzelne Teile des Modells mit wissenschaftlichen Befunden zu untermauern.

Rahmenbedingungen

Besteuerung

Eine wichtige Rahmenbedingung der Erhältlichkeit von Alkohol ist die Besteuerung. Durch (höhere) Besteuerung steigt normalerweise der Preis alkoholischer Getränke in Verkaufsstellen mit und ohne Ausschank, wodurch diese für die Konsumierenden weniger attraktiv werden. Über hundert wissenschaftliche Studien haben den Effekt von Besteuerung auf den Alkoholkonsum nachgewiesen.[2] Während die Stärke des Effekts über die Studien variiert, zeigt sich eines konsistent: Je höher der Preis, desto geringer der Konsum. Wagenaar und Mitarbeitende[3] gehen davon aus, dass eine 1-prozentige Erhöhung des Preises für alkoholische Getränke in etwa zu einer 0.5-prozentigen Reduktion des Alkoholkonsums führt.

Ein weiteres Beispiel für die Preissensitivität von Alkoholkonsumierenden zeigt sich darin, dass sie dazu tendieren, das bevorzugte Getränk (z.B. Alkopops) zugunsten eines anderen (günstigeren) alkoholischen Getränks zu wechseln, wenn ersteres stärker besteuert wird.[4] Aus diesem Grund zeigt die Anhebung der Besteuerung für das günstigste alkoholische Getränk (oftmals Bier) den grössten Effekt auf die Konsumreduktion.[5] Dies ist insbesondere der Fall bei Personen, die über ein limitiertes Budget verfügen, wie bspw. Jugendliche und junge Erwachsene.[6]

Darüber hinaus haben über 50 wissenschaftliche Studien das Potential der Besteuerung zur Verringerung einer Vielzahl alkoholbezogener Probleme bestätigt. So führt eine Steuererhöhung zur Reduktion von Todesfällen aufgrund von Suiziden und Delirium tremens.[7] Wagenaar und Mitarbeitende[8] gehen davon aus, dass eine Verdoppelung der Besteuerung alkoholischer Getränke unter anderem zu einer Reduktion von 35% der alkoholbedingten Todesfälle und 11% der Toten im Strassenverkehr führt. Ferner ist der Zusammenhang zwischen Steuerveränderungen und Gewaltverhalten (Diebstahl, Vergewaltigung, Kindesmissbrauch, öffentliche und häusliche Gewalt usw.) gut dokumentiert.[9]

Altersbeschränkungen

Altersbeschränkungen haben sich, wenn konsequent durchgesetzt, als wirksames Mittel herausgestellt, um den Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen herabzusetzen. In den USA hat sich das Trinkverbot, das sich an 20-jährige und jüngere Personen richtet, als wirksamere Methode zur Reduktion des Alkoholkonsums in dieser Altersgruppe herausgestellt als viele andere Ansätze, wie fast 50 Studien belegen.[10] Auch in einem europäischen Land (Dänemark) führte die Einführung eines Verkaufsverbots für alkoholische Getränke an unter 15-Jährige zu einer Reduktion des Alkoholkonsums,[11] und dies interessanterweise sowohl in der Altersgruppe der 14-jährigen und jüngeren Personen als auch bei den 15-jährigen und älteren Personen. Eine mögliche Erklärung besteht gemäss dem Autor der Studie darin, dass die Diskussion um die Gesetzeseinführung bei den Eltern eine kritischere Einstellung gegenüber dem Alkoholkonsum ihrer Kinder und Jugendlicher allgemein bewirkt habe. Darüber hinaus wirkt sich die Erhöhung des gesetzlich erlaubten Mindestalters für Alkoholkonsum (von 18 auf 20 Jahre) positiv auf die Verringerung von Verkehrsunfällen aus, wie eine Zusammenfassung von 33 Studien aus Australien, Kanada und den USA belegt.[12]

Selbstverständlich haben gesetzliche Bestimmungen in Bezug auf Altersbeschränkungen im Alkoholverkauf oder -konsum nur dann Erfolg, wenn diese auch konsequent umgesetzt werden. Dies ist oftmals nicht der Fall, so dass es vielen Minderjährigen gelingt, Alkohol zu kaufen.[13] Gründe für den Alkoholverkauf an Minderjährige sind in mangelnder Überprüfung und Sanktionierung sowie in der geringen Akzeptanz bzw. Unterstützung durch die Öffentlichkeit (inklusive Gemeinden) zu finden.[14]

Ortsbeschränkungen

Zur Einschränkung der Erhältlichkeit von Alkohol an bestimmten Orten wurden relativ wenige wissenschaftliche Studien durchgeführt. Dennoch lassen sich Hinweise finden, dass Alkoholtrinkverbote in öffentlichen Räumen, wenn die-

se durchgesetzt werden, zumindest bezogen auf unmittelbar darin auftretende Probleme einen präventiven Effekt haben. So fanden bspw. Gliksman et al.,[15] dass es in 86% aller kanadischen Gemeinden, die diese Massnahme einführt hatten, zu einer Abnahme alkoholbezogener Probleme, wie etwa Alkoholkonsum Minderjähriger, Schlägereien und Vandalismus, kam.

Dichte und Öffnungszeiten

Weit über 50 Studien belegen den Zusammenhang zwischen der Dichte der Alkoholverkaufsstellen und der Höhe des Alkoholkonsums.[16] Dies betrifft vor allem exzessives Trinken bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen.[17] Ferner wurde die Dichte der Verkaufsstellen mit einer Vielzahl alkoholbedingter Probleme in Verbindung gebracht, wie etwa Verkehrsunfällen und Verletzungen, Überfällen, Körperverletzungen, Gewaltverhalten, Krankenhauseinweisungen, Suiziden und Ansteckungen mit sexuell übertragbaren Krankheiten.[18] Damit ist anzunehmen, dass eine Reduzierung der Verkaufsstellendichte zur Verringerung alkoholbezogener Probleme beiträgt.

Dazu gibt es verschiedene Erklärungsansätze. Erstens schafft eine hohe Dichte der Alkoholverkaufsstellen kurze Wege. Nach der Theorie des geplanten Verhaltens steigt damit der Alkoholkonsum, da die Kosten und Mühen zur Erreichung dieses Verhaltens gering sind. Zweitens steigt bei erhöhter Dichte der Verkaufsstellen für bestimmte Personengruppen (etwa unter 16-Jährige oder stark Angetrunkene) die Möglichkeit, eine Verkaufsstelle zu finden, welche ihnen Alkohol verkauft, obwohl dies für sie nicht erlaubt oder nicht angebracht ist. Drittens fällt die Dichte der Verkaufsstellen mit der subjektiv wahrgenommenen Erhältlichkeit zusammen (siehe entsprechender Abschnitt unten). Viertens steigt mit der Dichte auch der Konkurrenzkampf zwischen den Verkaufsstellen, was wiederum Preissenkungen und Sonderangebote inklusive «happy hours» zu Folge haben kann.

In ähnlicher Weise steigen mit längeren Öffnungszeiten der risikoreiche Alkoholkonsum und die daraus resultierenden Probleme.[19] Dabei kann es sich bei längeren Öffnungszeiten sowohl um eine höhere Anzahl an Verkaufstagen als auch um eine höhere Anzahl an Verkaufsstunden pro Tag (etwa längere Ladenöffnungszeiten am Nachmittag und Abend) handeln. Wissenschaftliche Studien aus verschiedenen Ländern konnten nachweisen, dass mit zunehmenden Öffnungstagen und -zeiten nicht nur der Verkauf alkoholischer Getränke steigt, sondern auch der risikoreiche Konsum sowie alkoholbedingte Probleme, bspw. Überfälle, Körperverletzungen, Morde, Suizide und weiteres Gewaltverhalten.[20] Ein besonders deutlicher Zusammenhang zeigte sich in Bezug auf alkoholbedingte Verkehrsunfälle und Verletzungen.

Ein weiteres interessantes Beispiel kommt aus dem Kanton Genf. Hier trat am 1. Februar 2005 ein Alkohol-Jugendschutz-Gesetz in Kraft, welches den Verkauf von Alkohol zum Mitnehmen zwischen 21 Uhr und 7 Uhr (z.B. in Supermärkten, Kiosken) und den Verkauf von alkoholischen Getränken an Tankstellen und in Videotheken gänzlich untersagt. In einer Evaluation dieser Massnahme berichten Wicki und Gmel[21] über gesunkene Intoxikationsraten in der Altersgruppe der 10- bis 15-Järigen im Kanton Genf ab dem Beginn der Intervention, während diese in den anderen Kantonen weiter anstiegen.

Bezugsquellen

Zusammenfassend zeigt die Vielzahl der in verschiedenen Ländern durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen, dass exzessiver Alkoholkonsum und eine Vielzahl damit einhergehender Probleme umso häufiger auftreten, je geringer die Besteuerung (und die damit einhergehenden niedrigen Preise), je niedriger die Altersbeschränkungen (besonders jedoch deren mangelnde Einhaltung, Überprüfung und entsprechende Sanktionierung), je höher die Dichte der Verkaufsstellen und je liberaler die Öffnungszeiten sind. Interessanterweise finden sich diese Effekte auch bei Jugendlichen, welche per Gesetz noch keinen Zugang zu alkoholischen Getränken haben sollten. Zwei Umstände mögen dafür verantwortlich sein. Erstens scheint auch vor dem 16. Lebensjahr der Kauf alkoholischer Getränke relativ leicht möglich zu sein.[21] Zweitens erhalten Jugendliche Alkohol oftmals über soziale Bezugsquellen,[22] wie die Eltern, andere Erwachsene, ältere oder älter aus-

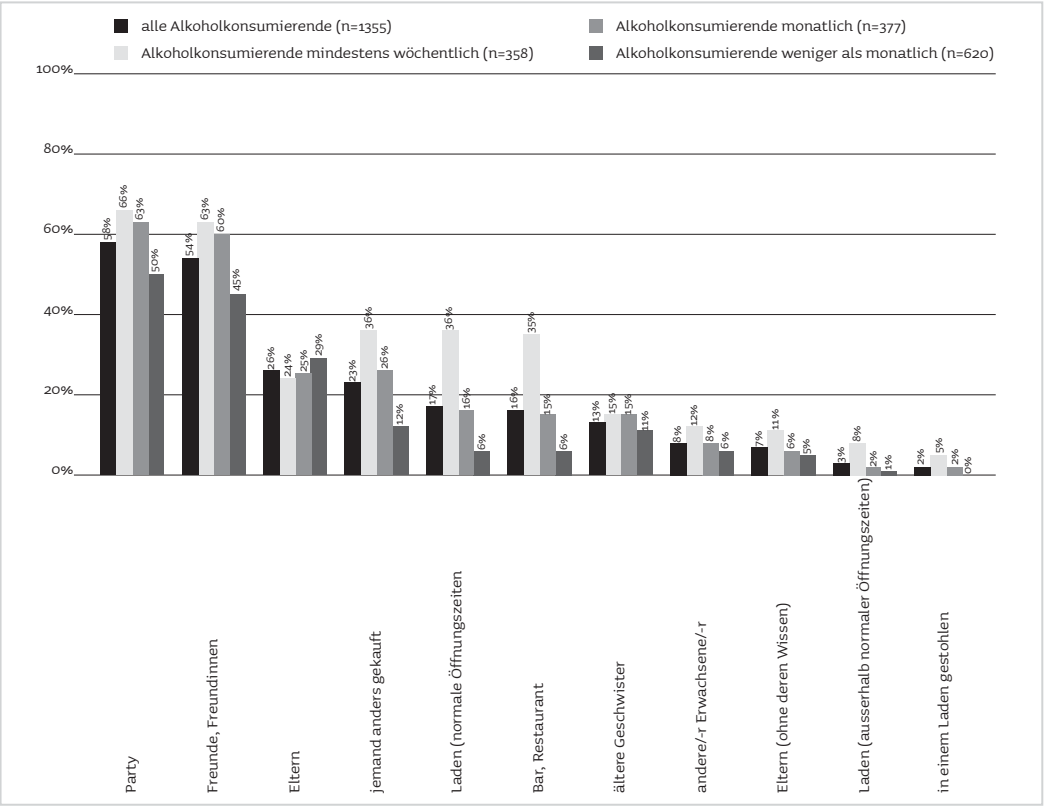


Abb. 2: **Zugang zu alkoholischen Getränken bei 15-Jährigen, die schon Alkohol getrunken haben, nach Konsumfrequenz, HBSC 2010.**

sehende Freunde oder auch auf Feiern.
In einer nationalen Umfrage im Rahmen des Health Behaviour in School-aged Children HBSC Projekts wurden alkoholkonsumierende Jugendliche danach gefragt, woher sie alkoholische Getränke bekommen hätten.[23] Wie in Abbildung 2 dargestellt, führen Partys und der Freundeskreis die Liste der Bezugsquellen an. Mehr als die Hälfte der alkoholkonsumierenden 15-Jährigen hatte von dort Alkohol erhalten. Aber auch andere soziale Bezugsquellen spielen eine wichtige Rolle. So gab etwa ein Viertel an, Alkohol von den Eltern erhalten oder von jemand anderem gekauft zu haben.

Auch zeigen sich Unterschiede bezüglich der Häufigkeit des Alkoholkonsums. Während häufig Konsumierende Alkohol häufiger über Partys und den Freundeskreis sowie über kommerzielle Wege erhalten (in Läden, Bars, Restaurants oder anderen Verkaufsstellen oder von anderen Personen gekauft), geben selten Konsumierende etwas häufiger die Eltern als Bezugsquelle an.

Wahrgenommene Verfügbarkeit, Normen

Über die tatsächlich von bestimmten Bezugsquellen erhaltenen alkoholischen Getränke ist die wahrgenommene Erhältlichkeit oder Verfügbarkeit von Bedeutung für den Alkoholkonsum Jugendlicher.[24] Dies wird normalerweise mit der Frage erfasst: «Wie leicht wäre es für dich, die folgenden alkoholischen Getränke zu erhalten, wenn du dies wolltest?» Interessanterweise zeigte eine national repräsentative Untersuchung in der Schweiz, dass die von Jugendlichen wahrgenommene leichte Verfügbarkeit alkoholischer Getränke stark mit den Trinkgewohnheiten in ihrem sozialen Umfeld und in der Öffentlichkeit zusammenhängen und nicht notwendigerweise mit der Abgabe alkoholischer Getränke durch sozial Nahestehende oder Dritte.[25] Ebenso trug in der Studie die Dichte der Verkaufsstellen mit Ausschank zur von Jugendlichen wahrgenommenen Verfügbarkeit alkoholischer Getränke bei, nicht jedoch die Dichte der Verkaufsstellen ohne Ausschank. Während der Alkoholkonsum bei Verkaufsstellen mit Ausschank in der Öffentlichkeit gut sichtbar ist, wird der bei Verkaufsstellen ohne Ausschank gekaufte Alkohol grösstenteils in privatem Rahmen konsumiert. Somit scheint besonders der bei anderen beobachtete Alkoholkonsum – d.h. der von Geschwistern, Freunden oder fremden Personen in der Öffentlichkeit – mit der Wahrnehmung einherzugehen, dass Alkohol leicht verfügbar sein muss.[26]
Dabei ist der Befund, dass die Dichte der Verkaufsstellen die Wahrnehmung des Alkoholkonsums in der Öffentlichkeit verändert, so dass dieser als normal, weil sozial weit verbreitet, angesehen wird, nicht auf Jugendliche begrenzt, sondern konnte in der Schweiz und in den USA auch bei Erwachsenen nachgewiesen werden.[27] Dies ist insofern von entscheidender Bedeutung, da soziale Normen und die Wahrnehmung der Normalität des Konsums zu den stärksten Prädiktoren des Ausmasses an Alkoholkonsum bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zählen.[28]

Empfehlungen für die Prävention

Die Vielzahl der wissenschaftlichen Studien verdeutlichen die Wirksamkeit und Kosteneffizienz der folgenden strukturellen Massnahmen:

- Erhöhung der Besteuerung insbesondere alkoholischer Getränke mit geringem Preis[29]
- Strengere Kontrolle bestehender gesetzlicher Bestimmungen und entsprechende Sanktionierung bei Übertretungen sowie die Sensibilisierung der

Öffentlichkeit zur höheren Akzeptanz des Verbots der Alkoholabgabe an unter 16-Jährige[30]
- Einschränkung der Dichte und Öffnungszeiten der Verkaufsstellen und (damit einhergehend) Reduktion der subjektiv wahrgenommenen Erhältlichkeit und Normalität des Alkoholkonsums[31]
- Schulung des Verkaufs- bzw. Ausschankpersonals, keinen Alkohol an Minderjährige oder angetrunkene Personen zu verkaufen[32]

Elternaufklärung und -unterstützung als weitere wichtige Massnahme

Neben den strukturellen Massnahmen ist besonders das nähere soziale Umfeld ein bedeutsamer Faktor zur Reduktion der Erhältlichkeit und des risikoreichen Trinkens Jugendlicher.[33] Dies ist besonders wichtig, da – wie oben gezeigt – Jugendliche Alkohol oftmals über soziale Bezugsquellen wie Eltern, andere Erwachsene, ältere oder älter aussehende Freundinnen und Freunde oder auch auf privaten Feiern erhalten. Eltern können z.B. ihren Kindern mit beginnendem Jugendalter alkoholische Getränke geben oder mit ihnen trinken, in der Ansicht, ihnen damit einen moderaten Alkoholkonsum anzuerziehen und sie damit vor exzessivem Trinken zu schützen. Wissenschaftliche Untersuchungen haben jedoch gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Jugendliche Alkohol trinken, sie ihren Konsum über die Zeit steigern und vermehrt alkoholbezogene Probleme aufweisen, umso grösser ist, je leichter alkoholische Getränke zuhause erhältlich sind.[34] Andere Studien konnten nachweisen, dass Jugendliche desto früher mit Gleichaltrigen trinken und sich desto früher betrinken, je früher sie im Elternhaus trinken.[35] Hingegen können Eltern mit dem Aufstellen und Durchsetzen von restriktiven Regeln zum Alkoholkonsum ihrer Kinder (bspw. auch bei Abwesenheit der Eltern zuhause keinen Alkohol zu konsumieren oder nie mit Anzeichen von Trunkenheit nach Hause zu kommen) den Erstkonsum hinauszögern und auch danach zu geringerem Alkoholkonsum beitragen.[36]
Diese Einsichten wurden in einem Präventionsprojekt in Schweden genutzt,[37] mit dem Eltern u.a. dazu motiviert werden, restriktive Regeln in Bezug auf den Alkoholkonsum ihrer Kinder aufzustellen, konsequent einzuhalten und durchzusetzen. In einem randomisierten Kontrolldesign fanden die AutorInnen zweieinhalb Jahre später weniger Alkoholkonsum, weniger Trunkenheit und weniger Delinquenz in der Gruppe, die das Präventionsprogramm durchlaufen hatte, als in der Kontrollgruppe.[38]

Schlusswort: «Der Geist ist willig, doch das Fleisch ist schwach»

Insgesamt kann gesagt werden, dass es deutliche wissenschaftliche Befunde für den Zusammenhang zwischen dem Grad der Erhältlichkeit von Alkohol und dem Ausmass von Alkoholkonsum und den damit verbundenen Problemen gibt. Dies erkennt die Weltgesundheitsorganisation WHO in ihrem Handlungsrahmen für eine Alkoholpolitik in der Europäischen Region der WHO (deren Mitglied die Schweiz ist) an. Darin heisst es auf Seite 11: «Beschränkungen der Alkoholversorgung und -verfügbarkeit haben sich als einer der wirksamsten und kostenwirksamsten Ansätze zur Begrenzung der durch Alkohol bewirkten Schäden erwiesen.»[39] In Bezug auf eine verantwortungsvolle Alkoholpolitik heisst es weiter: «Für die Beschränkung der Verfügbarkeit durch eine wirksame Besteuerung, Begrenzung der Alkoholverkaufsstellen und der Verkaufszeiten gibt es gute Argumente. Das bezieht sich sowohl auf Orte mit Schankgenehmigung wie Restaurants, Gaststätten und Kneipen als auch auf Geschäfte, die Alkohol verkaufen. Auch Programme für einen verantwortlichen Getränkeausschank können wirksam die Probleme mindern, wenn sie von Polizei und Genehmigungsbehörden aktiv durchgesetzt werden. Verfügbarkeit spielt insbesondere beim Jugendalkoholismus eine wichtige Rolle und das Durchsetzen der Altersgrenzen für Alkohol hat sich als wirksames Instrument zur Reduzierung des Konsums bewährt. Ein Teil der Verfügbarkeit des Alkohols ist allerdings eher sozialer denn kommerzieller Natur. Wenn Jugendliche sich den Alkohol über die Eltern oder ältere Freunde beschaffen, sind breiter angelegte Programme auf Gemeindeebene erforderlich. Erziehung und Aufklärung müssen zusammen mit anderen Massnahmen zu einer umfassenden Strategie gebündelt werden. Während die langfristige Wirksamkeit schulischer Informationen für das Verhalten laut Forschung enttäuscht, erscheinen auf Eltern gerichtete Programme vielversprechender. Diese Programme, die Risiken und Schutzmöglichkeiten ansprechen, betonen die Wichtigkeit elterlicher Unterstützung für die Kinder ebenso wie die Notwendigkeit, Grenzen zu ziehen und das Einstiegsalter hinauszuschieben.»[40]●

Literatur

Abbey, A./Smith, M.J./Scott, R.O. (1993): The relationship between reasons for drinking alcohol and alcohol consumption: An interactional approach. Addictive Behaviors 18(6): 659-670.

Ajzen, I. (1991): The theory of planned behavior. Organizational Behavior and Human Decision Processes 50: 179-211.

Anderson, P./Chisholm, D./Fuhr, D.C. (2009): Effectiveness and cost-effectiveness of policies and programmes to reduce the harm caused by alcohol. Lancet 373(9682): 2234-2246.

Babor, T.F./Caetano, R./Casswell, S./Edwards, G./Giesbrecht, N./Graham, K./Grube, J.W./Hill, L./Holder, H.D./Homel, R./Livingston, M./Österberg, E./Rehm, J./Room, R./Rossow, I. (2010): Alcohol: No ordinary commodity – Research and public policy. Oxford: Oxford University Press.

Borsari, B./Carey, K.B. (2001): Peer influences on college drinking: A review of the research. Journal of Substance Abuse 13: 391-424.

Borsari, B./Carey, K.B. (2003): Descriptive and injunctive norms in college drinking: A meta-analytic integration. Journal of Studies on Alcohol 64(3): 331-341.

Brennan, I./Moore, S.C./Byrne, E./Murphy, S. (2011): Interventions for disorder and severe intoxication in and around licensed premises, 1989-2009. Addiction 106(4): 706-713.

Buka, S.L./Birdthistle, I.J. (1999): Long-term effects of a community-wide alcohol server training intervention. Journal of Studies on Alcohol 60(1): 27-36.

Campbell, C.A./Hahn, R.A./Elder, R.W./Brewer, R./Chattopadhyay, S./Fielding, J./Naimi, T.S./Toomey, T.L./Lawrence, B. (2009): The effectiveness of limiting alcohol outlet density as a means of reducing excessive alcohol consumption and alcohol-related harms. American Journal of Preventive Medicine 37(6): 556-569.

Chaloupka, F.J./Grossman, M./Saffer, H. (2002): The effects of price on alcohol consumption and alcohol-related problems. Alcohol Research and Health 26(1): 22-34.

Chaloupka, F.J./Wechsler, H. (1996): Binge drinking in college: The impact of price, availability, and alcohol control policies. Contemporary Economic Policy 14(4): 112-124.

Chisholm, D./Rehm, J./Van Ommeren, M./Monteiro, M.G. (2004): Reducing the global burden of hazardous alcohol use: A comparative cost-effectiveness analysis. Journal of Studies on Alcohol 65(6): 782-793.

Collins, R.L./Kashdan, T.B./Koutsky, J.R./Morsheimer, E.T./Vetter, C.J. (2008): A self-administered Timeline Followback to measure variations in underage drinkers' alcohol intake and binge drinking. Addictive Behaviors 33(1): 196-200.

Dent, C.W./Grube, J.W./Biglan, A. (2005): Community level alcohol availability and enforcement of possession laws as predictors of youth drinking. Preventive Medicine 40(3): 355-362.

Fishbein, M./Ajzen, I. (1975): Belief, attitude, intention, and behavior: An introduction to theory and research. Reading, MA: Addison-Wesley.

Gliksman, L./Douglas, R.R./Rylett, M./Narbonne-Fortin, C. (1995): Reducing problems through Municipal Alcohol Policies: The Canadian experiment in Ontario. Drugs: Education, Prevention and Policy 2(2): 105-118.

Grube, J.W. (1997): Preventing sales of alcohol to minors: Results from a community trial. Addiction 92(Suppl. 2): S251-S260.

Gruenewald, P.J. (2007): The spatial ecology of alcohol problems: Niche theory and assortative drinking. Addiction 102(6): 870-878.

Gruenewald, P.J./Ponicki, W.R./Holder, H.D./Romelsjo, A. (2006): Alcohol prices, beverage quality, and the demand for alcohol: Quality substitutions and price elasticities. Alcoholism: Clinical and Experimental Research 30(1): 96-105.

Hahn, R.A./Kuzara, J.L./Elder, R.W./Brewer, R./Chattopadhyay, S./Fielding, J./Naimi, T.S./Toomey, T.L./Middleton, J.C./Lawrence, B. (2010): Effectiveness of policies restricting hours of alcohol sales in preventing excessive alcohol consumption and related harms. American Journal of Preventive Medicine 39(6): 590-604.

Heeb, J.-L./Gmel, G./Zurbrugg, C./Kuo, M./Rehm, J. (2003): Changes in alcohol consumption following a reduction in the price of spirits: A natural experiment in Switzerland. Addiction 98(10): 1433-1446.

Huckle, T./Huakau, J./Sweetsur, P./Huisman, O./Casswell, S. (2008): Density of alcohol outlets and teenage drinking: Living in an alcogenic environment is associated with higher consumption in a metropolitan setting. Addiction 103(10): 1614-1621.

Johansson, B.A./Berglund, M./Hanson, M./Pohlen, C./Persson, I. (2003): Dependence on legal psychotropic drugs among alcoholics. Alcohol and Alcoholism 38(6): 613-618.

Komro, K.A./Toomey, T.L. (2002): Strategies to prevent underage drinking. Alcohol Research and Health 26(1): 5-14.

Koning, I.M./Vollebergh, W.A.M./Smit, F./Verdurmen, J.E.E./Van den Eijnden, R.J.J.M./Ter Bogt, T.F.M./Stattin, H./Engels, R.C.M.E. (2009): Preventing heavy alcohol use in adolescents (PAS): Cluster randomized trial of a parent and student intervention offered separately and simultaneously. Addiction 104(10): 1669-1678.

Koutakis, N./Stattin, H./Kerr, M. (2008): Reducing youth alcohol drinking through a parent-targeted intervention: The Orebro Prevention Program. Addiction 103(10): 1629-1637.

Kuendig, H./Kuntsche, E. (2011): Solitary versus social drinking: An experimental study on effects of social exposures on in situ alcohol consumption. Alcoholism: Clinical and Experimental Research 36(4): 732–738.

Kuntsche, E./Kuendig, H. (2005): Do school surroundings matter? Alcohol outlet density, perception of adolescent drinking in public, and adolescent alcohol use. Addictive Behaviors 30(1): 151-158.

Kuntsche, E./Kuendig, H./Gmel, G. (2008): Alcohol outlet density, perceived availability, and adolescent alcohol use: A multilevel structural equation model. Journal of Epidemiology and Community Health 62(9): 811-816.

Kuo, M./Heeb, J.-L./Gmel, G./Rehm, J. (2003): Does price matter? The effect of decreased price on spirits consumption in Switzerland. Alcoholism: Clinical and Experimental Research 27(4): 720-725.

Kypri, K./Bell, M.L./Hay, G.C./Baxter, J. (2008): Alcohol outlet density and university student drinking: A national study. Addiction 103(7): 1131-1138.

Livingston, M. (2008): A longitudinal analysis of alcohol outlet density and assault. Alcoholism: Clinical and Experimental Research 32(6): 1074-1079.

Livingston, M./Chikritzhs, T./Room, R. (2007): Changing the density of alcohol outlets to reduce alcohol-related problems. Drug and Alcohol Review 26(5): 557-566.

Markowitz, S./Chatterji, P./Kaestner, R. (2003): Estimating the impact of alcohol policies on youth suicides. Journal of Mental Health Policy and Economics 6(1): 37-46.

Markowitz, S./Grossman, M. (1998): Alcohol regulation and domestic violence towards children. Contemporary Economic Policy 16(309-320).

Markowitz, S./Grossman, M. (2000): The effects of beer taxes on physical child abuse. Journal of Health Economics 19(2): 271-282.

Middleton, J.C./Hahn, R.A./Kuzara, J.L./Elder, R.W./Brewer, R./Chattopadhyay, S./Fielding, J./Naimi, T.S./Toomey, T.L./Lawrence, B. (2010): Effectiveness of policies maintaining or restricting days of alcohol sales on excessive alcohol consumption and related harms. American Journal of Preventive Medicine 39(6): 575-589.

Møller, L. (2002): Legal restrictions resulted in a reduction of alcohol consumption among young people in Denmark. S. 155-156 in: R. Room (Hrsg.), The effects of Nordic alcohol policies: Analyses of changes in control systems. Helsinki: Nordic Council for Alcohol and Drug Research (NAD).

Müller, S./Piontek, D./Pabst, A./Baumeister, S.E./Kraus, L. (2010): Changes in alcohol consumption and beverage preference among adolescents after the introduction of the alcopops tax in Germany. Addiction 105(7): 1205-1213.

Popova, S./Giesbrecht, N./Bekmuradov, D./Patra, J. (2009): Hours and days of sale and density of alcohol outlets: Impacts on alcohol consumption and damage: A systematic review. Alcohol and Alcoholism 44(5): 500-516.
Scheuber, N./Stucki, S./Landg, D./Guzman, D./Ayer, M./Rihs-Middel, M. (2008): Übersicht zu Alkoholtestkäufen in der Schweiz 2000 bis 2007 - Abschlussbericht. http://tinyurl.com/dx95pru, Zugriff 09.11.2012.
Scribner, R.A./Cohen, D.A./Fisher, W. (2000): Evidence of a structural effect for alcohol outlet density: A multilevel analysis. Alcoholism: Clinical and Experimental Research 24(2): 188-195.
Scribner, R.A./Mason, K./Theall, K./Simonsen, N./Schneider, S.K./Towvim, L.G./DeJong, W. (2008): The contextual role of alcohol outlet density in college drinking. Journal of Studies on Alcohol and Drugs 69(1): 112-120.
Sen, B. (2006): The relationship between beer taxes, other alcohol policies, and child homicide deaths. Topics in Economic Analyses and Policy 6: 1-17.
Shults, R./Elder, R.W./Sleet, D.A./Nichols, J.L./Alao, M.O./Carande-Kulis, V.G./Zaza, S./Sosin, D./Thompson, R.S./Task Force on Community Preventive Services (2001): Reviews of evidence regarding interventions to reduce alcohol-impaired driving. American Journal of Preventive Medicine 21(Suppl. 4): 66-88.
Sivarajasingam, V./Matthews, K./Shepherd, J.P. (2006): Price of beer and violence-related injury in England and Wales. Injury 37(5): 388-394.
Skog, O.-J./Melberg, H.O. (2006): Becker's rational addiction theory: An empirical test with price elasticities for distilled spirits in Denmark 1911-31. Addiction 101(10): 1444-1450.
Smart, R.G./Adlaf, E.M./Walsh, G.W. (1996): Procurement of alcohol and underage drinking among adolescents in Ontario. Journal of Studies on Alcohol 57(4): 419-424.
Spijkerman, R./van den Eijnden, R.J.J.M./Huiberts, A. (2008): Socioeconomic differences in alcohol-specific parenting practices and adolescents' drinking patterns. European Addiction Research 14(1): 26-37.
Stockwell, T./Chikritzhs, T. (2009): Do relaxed trading hours for bars and clubs mean more relaxed drinking? A review of international research on the impacts of changes to permitted hours of drinking. Crime Prevention and Community Safety 11(3): 153-170.
Van den Eijnden, R.J.J.M./Mheen, D./Vet, R./Vermulst, A.A. (2011): Alcohol-specific parenting and adolescents' alcohol-related problems: The interacting role of alcohol availability at home and parental rules. Journal of Studies on Alcohol and Drugs.
Van der Vorst, H./Engels, R.C.M.E./Meeus, W.H./Dekovic, M. (2006): The impact of alcohol-specific rules, parental norms about early drinking and parental alcohol use on adolescents' drinking behavior. Journal of Child Psychology and Psychiatry 47(12): 1299-1306.
Van der Vorst, H./Engels, R.C.M.E./Meeus, W.H./Dekovic, M./Van Leeuwe, J. (2005): The role of alcohol-specific socialization in adolescents' drinking behaviour. Addiction 100(10): 1464-1476.
Wagenaar, A.C./Maldonado-Molina, M.M./Wagenaar, B.H. (2009): Effects of alcohol tax increases on alcohol-related disease mortality in Alaska: Time-series analyses from 1976 to 2004. American Journal of Public Health 99(8): 1164-1470.
Wagenaar, A.C./Salois, M.J./Komro, K.A. (2009): Effects of beverage alcohol price and tax levels on drinking: A meta-analysis of 1003 estimates from 112 studies. Addiction 104(2): 179-190.
Wagenaar, A.C./Tobler, A.L./Komro, K.A. (2010): Effects of alcohol tax and price policies on morbidity and mortality: A systematic review. American Journal of Public Health 100(11): 2270-2278.
Wagenaar, A.C./Toomey, T.L. (2002): Effects of minimum drinking age laws: Review and analyses of the literature from 1960 to 2000. Journal of Studies on Alcohol 14: 206-225.
Wagenaar, A.C./Toomey, T.L./Erickson, D.J. (2005): Preventing youth access to alcohol: Outcomes from a multi-community time-series trial. Addiction 100(3): 335-345.
Wagenaar, A.C./Toomey, T.L./Murray, D.M./Short, B.J./Wolfson, M./Jones-Webb, R. (1996): Sources of alcohol for underage drinkers. Journal of Studies on Alcohol 57(3): 325-333.
Wagenaar, A.C./Wolfson, M. (1994): Enforcement of the legal minimum drinking age in the United States. Journal of Public Health Policy 15(1): 37-53.
Wagenaar, A.C./Wolfson, M. (1995): Deterring sales and provision of alcohol to minors: A study of enforcement in 295 counties in four states. Public Health Reports 110(4): 419-427.
Warner, L.A./White, H.R. (2003): Longitudinal effects of age at onset and first drinking situations on problem drinking. Substance Use and Misuse 38(14): 1983-2016.
Weitzman, E.R./Folkman, A./Folkman Lemieux, M.P.H.K./Wechsler, H. (2003): The relationship of alcohol outlet density to heavy and frequent drinking and drinking-related problems among college students at eight universities. Health and Place 9(1): 1-6.
Weltgesundheitsorganisation (WHO) (2006): Handlungsrahmen für eine Alkoholpolitik in der Europäischen Region der WHO. Kopenhagen: WHO-Regionalbüro für Europa.
Wicki, M./Gmel, G. (2011): Hospital admission rates for alcoholic intoxication after policy changes in the canton of Geneva, Switzerland. Drug and Alcohol Dependence 118(2-3): 209-215.
Windlin, B./Kuntsche, E./Delgrande Jordan, M. (2011): Konsum psychoaktiver Substanzen Jugendlicher in der Schweiz – Zeitliche Entwicklungen und aktueller Stand. Resultate der internationalen Studie «Health Behaviour in School-aged Children» (HBSC). Lausanne: Sucht Info Schweiz.

Endnoten

1 Die Autoren danken Marina Delgrande Jordan für hilfreiche Verbesserungsvorschläge zur Überarbeitung des Artikels.
2 Theory of reasoned action: Vgl. Fishbein/Ajzen 1975.
3 Theory of planned behavior: Vgl. Ajzen 1991.
4 Vgl. Kuntsche et al. 2008.
5 Zusammengefasst in Wagenaar 2009.
6 Vgl. Wagenaar et al. 2009.
7 Vgl. Gruenewald et al. 2006; Müller et al. 2010.
8 Vgl. Gruenewald et al. 2006.
9 Vgl. Chaloupka et al. 2002; Heeb et al. 2003; Kuo et al. 2003.
10 Vgl. Markowitz et al. 2003; Skog/Melberg 2006; Wagenaar et al. 2009.
11 Vgl. Wagenaar et al. 2010.
12 Vgl. Chaloupka et al. 2002; Markowitz/Grossman 1998; Markowitz 2000; Sen 2006; Sivarajasingam et al. 2006; Wagenaar et al. 2010.
13 Zusammengefasst in Wagenaar/Toomey 2002.
14 Vgl. Møller 2002.
15 Vgl. Shults et al. 2001.
16 Vgl. Babor et al. 2010; Grube 1997; Scheuber et al. 2008.
17 Vgl. Wagenaar/Wolfson 1994; Wagenaar/Wolfson 1995; Wagenaar et al. 2005.
18 Vgl. Gliksman et al. 1995.
19 Vgl. Campbell et al. 2009; Gruenewald 2007; Livingston et al. 2007; Popova et al. 2009.
20 Vgl. Chaloupka/Wechsler 1996; Huckle et al. 2008; Kypri et al. 2008; Livingston 2008; Scribner et al. 2008; Weitzman et al. 2003.
21 Vgl. Campbell et al. 2009; Livingston et al. 2007; Popova et al. 2009.
22 Zusammengefasst in Hahn et al. 2010; Middleton et al. 2010; Popova et al. 2009; Stockwell/Chikritzhs 2009.
23 Vgl. Wicki/Gmel 2011.
24 Vgl. Smart et al. 1996; Wagenaar et al. 1996.
25 Vgl. Windlin et al. 2011.
26 Vgl. Dent et al. 2005.
27 Vgl. Kuntsche et al. 2008.
28 Vgl. Kuntsche et al. 2005; Scribner et al. 2000; Kuendig/Kuntsche 2011.
29 Vgl. Abbey et al. 1993; Borsari/Carey 2001; Borsari/Carey 2003.
30 Vgl. Anderson et al. 2009; Babor et al. 2010; Chisholm et al. 2004; Collins et al. 2008; Chaloupka et al. 2002; Heeb et al. 2003; Kuo et al. 2003; Gruenewald et al. 2006; Wagenaar et al. 2009; Wagenaar et al. 2010.
31 Vgl. z.B. Wagenaar/Wolfson 1994; Wagenaar/Wolfson 1995; Scheuber et al. 2008.
32 Vgl. z. B. Campbell et al. 2009; Gruenewald 2007; Livingston et al. 2007; Popova et al. 2009; Chaloupka/Wechsler 1996; Huckle et al. 2008; Kypri et al. 2008; Scribner et al. 2008; Weitzman et al. 2003; Hahn et al. 2010; Middleton et al. 2010; Stockwell/Chikritzhs 2009; Wicki/Gmel 2011; Kuntsche et al. 2008.
33 Vgl. z.B. Brennan et al. 2011; Buka/Birdthistle 1999; Grube 1997; Johansson et al. 2003.
34 Vgl. Komro/Toomey 2002.
35 Vgl. Spijkerman et al. 2008; van den Eijnden et al. 2011.
36 Vgl. Warner/White 2003.
37 Vgl. Van der Vorst et al. 2005; Van der Vorst et al. 2006; Spijkerman et al. 2008.
38 Vgl. Koutakis et al. 2008; Koning et al. 2009.
39 Vgl. Weltgesundheitsorganisation (WHO) 2006.
40 Weltgesundheitsorganisation (WHO) 2006: S. 16.

Wie lebt es sich im Transitquartier?

Zur alltäglichen Aneignung eines benachteiligten Quartiers, auch als Transitquartier bezeichnet, gab es bisher kaum konkrete empirische Erkenntnisse. Neu können nun aus der Perspektive langjähriger BewohnerInnen eines Transitquartiers in Bern verschiedene Dimensionen der Raumaneignung sowie unterschiedliche Aneignungsmuster aufgezeigt werden. Diese verdeutlichen, in welcher Hinsicht ein benachteiligtes Wohnumfeld als relevanter Alltags- und Identifikationsraum dienen kann.

Nadine Käser
MAS Social Sciences, Schwarztorstrasse 115, CH-3007 Bern,
Tel. +41 (0)79 447 94 32, kaeser.nadine@gmail.com

Schlagwörter:
Sozialraum | Raumaneignung | Quartierentwicklung |

Zur Bedeutung des benachteiligten Quartiers

Die Relevanz des Wohnquartiers in Bezug auf alltägliche Bedürfnisse und die damit verbundenen Identifikationsmöglichkeiten werden sowohl in der Theorie als auch in der Praxis kontrovers diskutiert. Dabei wird häufig auf die zunehmende individuelle und räumliche Mobilität, die wachsende transnationale Vernetzung sowie die ständige Erneuerung und Verbesserung der Informations- und Kommunikationstechnologie verwiesen. Diese scheinen die Bedeutung des städtischen Quartiers als Raum für Interaktion und gesellschaftliche Integration vermehrt in Frage zu stellen und zu einer zunehmenden «Verinselung» der Aktionsräume von Personen zu führen.[1] Diese Diskussion um die Funktion des Wohnumfeldes wird dringlich, wenn es sich um ein benachteiligtes Quartier handelt.[2] Hier verdichten sich soziale Risiken in räumlicher Form und der Zugang zu ursprünglich inklusiven Bereichen (bspw. Arbeitsmarkt) ist für viele BewohnerInnen in diesen Quartieren nicht mehr gewährleistet. Aus diesem Grund spielen gerade solche Quartiere in sozialpolitischer Hinsicht eine wesentliche Rolle, wenn es um die gesellschaftliche Integration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen geht.

Das Quartier Untermatt im Stadtteil Bümpliz-Oberbottigen in Bern bspw. verfügt über eine minimale Quartiersausstattung (fehlende Grünflächen, Kinderspielplätze, Cafés, Jugend- und Freizeiträume, Quartierläden etc.) und eine stark segmentierte soziodemographische Struktur mit hohem Anteil an Sozialhilfebeziehenden.[3] Zudem kämpft das Quartier mit einem besonders negativen Image und einer hohen Fluktuation. Vor Ort tätige Fachpersonen bezeichnen die Untermatt als «Transitzone» der Stadt Bern. Dennoch gibt es Menschen und Familien, die seit Jahren im Quartier leben. Es stellt sich somit die Frage, wie dieses benachteiligte Quartier von seinen langjährigen BewohnerInnen angeeignet wird.

Neuer Fokus innerhalb der Quartierforschung

Auf internationaler Ebene konzentrieren sich Studien zu benachteiligten Quartieren vorwiegend auf deren negative Effekte.[4] Dabei wird immer wieder darauf verwiesen, dass trotz eingebüsster Wohn- und Lebensqualität[5] hohe Wohndauerzeiten üblich sind.[6]

Die Perspektive langjähriger BewohnerInnen solcher Quartiere wurde jedoch in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion zur Quartier- und Stadtteilentwicklung bisher vernachlässigt. Es gilt hier also, dieser noch unerforschten Zielgruppe der Alteingesessenen eine Stimme zu geben. Ziel ist, die bisher wenig beachtete Dynamik der Raumaneignungsprozesse – die für Aussenstehende meist unerkannt bleiben – anhand dieser konkreten Zielgruppe im benachteiligten Quartier aufzuzeigen. Mit den vorliegenden Erkenntnissen wird somit in zweierlei Hinsicht Neuland betreten, in dem die Raumaneignung in einem benachteiligten Quartier aus der Sicht von langjährigen BewohnerInnen aufgezeigt wird.

Konzeption von Raum und dessen Aneignung

Wird von Raumaneignungsprozessen gesprochen, sollte vorab geklärt werden, was unter Raum verstanden wird.

Grundsätzlich sind in der sozialwissenschaftlichen Diskussion zur Raumtheorie zwei kontrastierende Positionen auszumachen.[7]

Im Gegensatz zur absolutistischen Raumkonzeption steht die relativistische Vorstellung.[8] Diese geht davon aus, dass Räume nicht unabhängig von Objekten, Menschen und deren Handlungen existieren. VertreterInnen der relativistischen Raumvorstellung gehen vielmehr davon aus, dass der Raum sozial produziert wird. Räume wie das Quartier Untermatt sind diesem neueren Standpunkt zufolge nicht physisch unveränderliche Gefässe, sondern das Resultat sozialer Prozesse und individueller Handlungen.[9] Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in Form von Raumaneignung innerhalb des Quartiers rücken somit in den Fokus der relativistischen Raumtheorie.

Raumaneignung wird hier definiert als das Erfassen, Erschliessen, Verstehen, Verändern, Umfunktionieren und Mitgestalten des eigenen Wohnumfeldes.[10] Diese Aktivitäten beziehen sich auf die Umwelt, so wie sie aus subjektiver Sicht gesehen wird.[11] Die subjektive Wahrnehmung und Bewertung des Wohnquartiers werden stark bedingt durch die individuelle Lebenslage[12] einer Person. Einfluss haben bspw. das Alter, das Geschlecht, der sozioökonomische und sozioprofessionelle Status oder die familiäre und gesundheitliche Situation.[13]

Im Quartier Untermatt wurden 15 langjährige BewohnerInnen in unterschiedlichen Lebenslagen[14] gebeten, anhand von Mental Maps[15] und Leitfadeninterviews ihr Wohnquartier und dessen

Aneignung zu erläutern.[16] Durch die Kombination verschiedener qualitativer Erhebungsmethoden konnten unterschiedliche Text- und Bildquellen vereint und dadurch verschiedene Wahrnehmungs- und Kognitionsebenen angesprochen werden.
Aufgrund der Interviews und Mental Maps liessen sich somit diverse Dimensionen des Raumaneignungsprozesses im Quartier herausarbeiten.[17] Aus diesen Dimensionen gingen anschliessend vier quartierspezifische Aneignungsmuster der langjährigen BewohnerInnen hervor.

Dimensionen der Raumaneignung im Untermattquartier

Die Gespräche mit den langjährigen BewohnerInnen zeigten auf, dass die subjektive Vorstellung eines idealen Wohnumfeldes die Art und Weise der individuellen Raumaneignung stark beeinflussen. Legen die BewohnerInnen Wert auf Gemeinschaft und Dialog, wird das Quartier Untermatt anders wahrgenommen, bewertet und angeeignet, als wenn Sauberkeit und Ordnung im Quartier oberste Priorität besitzen.
Ferner sind die physische Nutzung des Wohnumfelds sowie die unterschiedlichen sozialen Beziehungen im Quartier zentrale Dimensionen der darin stattfindenden Raumaneignungsprozesse.
Weiter kann festgestellt werden, dass die Raumaneignung durch die Befolgung oder Ablehnung der in der Quartiergemeinschaft geltenden Normen und Regeln geschieht, wobei aus Sicht der Befragten zwischen verorteten Normen (Ruhezeiten auf den Spielplätzen, Sauberkeit vor dem Hauseingang) und sozialen Verhaltensregeln (Grussformen, Kommunikations-regeln) differenziert wird. Diese quartierspezifischen Spielregeln dienen nicht nur der Erhaltung vorherrschender Normen innerhalb des Quartiers, sondern auch als Grenzziehungskriterium. Die Anerkennung gewisser Spielregeln sowie auch andere Kriterien ermöglichen es, sich innerhalb der Nachbarschaft zu positionieren und sich von anderen Gruppen oder Individuen abzugrenzen (bspw. als Mitglied der Alteingesessenen in Abgrenzung zu den Neuzugezogenen). Die Positionierungen sind wiederum Grundlage der lokalen Identifikation und gleichsam eine wichtige Konsequenz der Raumaneignung im Quartier. Die lokale Identifikation mit dem Untermattquartier kann zum einen auf die starken freundschaftlichen bzw. familiären Beziehungen innerhalb des Wohnumfeldes zurückgeführt werden. Zum anderen basiert die lokale Verbundenheit auf persönlichen Erinnerungen, wie bspw. das Heranwachsen der eigenen Kinder im Quartier. Je nach Referenzrahmen, sozialen Beziehungen, alltäglicher Nutzung und Grenzziehungsprozessen äussert sich dieser Raumaneignungsprozess im benachteiligten Quartier Untermatt unterschiedlich.

Aneignungsmuster der langjährigen BewohnerInnen

Durch die unterschiedlichen Raumaneignungsprozesse wird das Quartier Untermatt mit der Zeit für manche Alteingesessenen zur «neuen Heimat». Dieses Aneignungsmuster ist vorwiegend durch die persönliche Zuwanderungserfahrung der Individuen in dieser Gruppe geprägt. Das Quartier ersetzt die verlassene Heimat im Herkunftsland und wird zum neuen Zuhause, was zu einer starken lokalen Identifikation führt.
Andere langjährige BewohnerInnen betrachten das Quartier als «Ort der Verwirklichung von Lebensentwürfen». In diesem Aneignungsmuster ist das Quartier Untermatt Wahlquartier und entspricht dem individuellen Lebensstil und den damit verbundenen Wertvorstellungen dieser BewohnerInnen.
Im Gegensatz dazu steht die eingeschränkte Raumaneignung, bei der das Quartier als «begrenztes Zuhause» beschrieben wird. Alteingesessene mit diesem Muster können sich nur mit einem bestimmten Raum (z.B. die eigene Strasse, das eigene Wohnhaus) oder einer bestimmten Gruppe innerhalb des Quartiers identifizieren und meiden den Rest. Ist diese partielle Raumaneignung ausgesprochen stark ausgeprägt, kann das Quartier Untermatt für manche langjährige BewohnerInnen auch zum «Rückzugs- und Erinnerungsort» werden. Dieses Aneignungsmuster ist vorwiegend bei Personen zu finden, die sich hauptsächlich mit der Vergangenheit des Quartiers Untermatt und dessen Rolle in der eigenen Biographie identifizieren (bspw. die erste gemeinsame Wohnung in der Partnerschaft).
Bei den Alteingesessenen lassen sich also sehr unterschiedliche Raumaneignungsprozesse beobachten. Jedes dieser Aneignungsmuster zeugt auf spezifische Art von der subjektiven Relevanz des Wohnquartiers.
Je nach Wahrnehmung, Bewertung und der darauf basierenden Raumaneignung besitzt Untermatt eine andere Funktion. Diese Bedeutungszuschreibung ist allerdings nicht als definitiv zu verstehen, sondern wird durch die individuellen Ansprüche und Erwartungen beeinflusst und ändert sich deshalb je nach Lebenslage.

Die Relevanz der Aneignungsmuster für die Quartierentwicklung

Die Beobachtungen im Untermattquartier sind sowohl für die Quartierforschung als auch für Fachleute aus der Praxis von grossem Interesse. Sie verdeutlichen, dass benachteilig-te Quartiere nicht nur negative Effekte mit sich bringen. Im Gegenteil: Anhand der unterschiedlichen Raumaneignungsprozesse der langjährigen BewohnerInnen kann veranschaulicht werden, inwiefern eine benachteiligte Wohnumgebung zu einem relevanten Alltags- und Identifikationsraum wird. Das Quartier Untermatt bietet seinen langjährigen Bewohnerinnen einen Orientierungsrahmen für alltägliche Bedürfnisse, soziale Beziehungen, Normvorstellungen sowie für Grenzziehungsprozesse und wird zum Bezugspunkt der lokalen Identifikation. Diese lokale Identifikation bietet eine essentielle Grundlage für die soziale Identität von Individuen und hat somit massgeblichen Einfluss auf die gesellschaftliche Integration auf kleinräumiger Ebene.
Umso wichtiger ist es deshalb, in der Quartierentwicklung den Fokus auch auf benachteiligte Quartiere zu richten und diese Wohngegenden sowohl in räumlicher als auch gesellschaftlicher Hinsicht den Bedürfnissen der BewohnerInnen anzupassen.
Dabei sollte die Stigmatisierung gewisser Räume immer auch kritisch reflektiert und das benachteiligte Quartier nicht zuletzt als sozialer, funktionaler und integrativer Referenzpunkt im Alltag betrachtet werden.

Dies heisst allerdings nicht, dass diese Quartiere keiner weiteren Entwicklung bedürfen, denn die hohe Fluktuation und die negativen Quartiereffekte sind nach wie vor eine Tatsache. Vielmehr soll hier darauf insistiert werden, die angeeigneten Räume und positiven Dynamiken innerhalb des benachteiligten Quartiers ebenfalls zu erfassen und zu fördern, um so eine nachhaltige Aufwertung möglich zu machen.
Sinnvoll ist diesbezüglich eine Kombination von «Hardware» (bauliche und raumplanerische Aufwertungsmassnahmen) und «Software» (gesellschaftsspezifische Massnahmen). Diese Massnahmen müssen mehrdimensional und auf unterschiedlichen Ebenen (Bevölkerung, Institutionen, Quartier, Stadt, Region, Kanton) implementiert werden. Ein weiterer Erfolgsfaktor der nachhaltigen Quartierentwicklung ist die koordinierte, interdisziplinäre Zusammenarbeit unterschiedlicher AkteurInnen.[18]●

Literatur

Behnken, I. /Zinnecker, J. (2010): Narrative Landkarten. Ein Verfahren zur Rekonstruktion aktueller und biographisch erinnerter Lebensräume. S. 547-562 in: H. Boller/B. Friebertshäuser/A. Langer/A. Prengel/S.

Richter (Hrsg.), Handbuch qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim: Juventa.

Buchecker, M. (1999): Die Landschaft als Lebensraum der Bewohner - nachhaltige Landschaftsentwicklung durch Bedürfniserfüllung, Partizipation und Identifikation: theoretische Begründung, empirische Untersuchung und Evaluation von Methoden zur praktischen Umsetzung. Unveröffentlichte Dissertation. Bern: Universität Bern.

Bundesamt für Migration (2006): Probleme der Integration von Ausländern und Ausländerinnen in der Schweiz. www.tinyurl.com/967400b, Zugriff: 12.10.2012.

De Decker, P./Pannecoucke, I. (2004): The creation of the incapable social tenant in Flanders, Belgium. An appraisal. Journal of Housing and the Built Environment, 19(3): 293–309.

Deinet, U. (1993): Raumaneignung in der sozialwissenschaftlichen Theorie. S. 57-70 in: L. Böhnisch/R. Münchmeier (Hrsg.), Pädagogik des Jugendraums: Zur Begründung und Praxis einer sozialräumlichen Jugendpädagogik. Weinheim: Juventa.

Deinet, U. (2005): «Aneignung» und «Raum» – zentrale Begriffe des sozialräumlichen Konzepts. S. 27-58 in: ders. (Hrsg.), Sozialräumliche Jugendarbeit: Grundlagen, Methoden und Praxiskonzepte. Wiesbaden: VS Verlag.

Deinet, U./Reutlinger, C. (2005): Aneignung. S. 295-312 in: F. Kessel (Hrsg.), Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag.

Deinet, U./Icking, M. (2005): Subjektbezogene Dimensionen der Aneignung. S. 59-73 in: U. Deinet (Hrsg.), Sozialräumliche Jugendarbeit: Grundlagen, Methoden und Praxiskonzepte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Deinet, U./Krisch, R. (2005): Konzepte und Methoden zum Verständnis der Lebensräume von Kindern und Jugendlichen. S. 133-147 in: M. Riege/H. Schubert (Hrsg.), Sozialraumanalyse: Grundlagen – Methoden – Praxis. Wiesbaden: VS Verlag.

Engels, D. (2008): Lebenslagen. S. 643-646 in: B. Maelicke (Hrsg.), Lexikon der Sozialwirtschaft. Baden-Baden: Nomos.

Harvey, D. (1995): The condition of postmodernity: An inquiry into the origins of cultural changes. Oxford: Blackwell.

Heitmeyer, W. (1996): Die gefährliche Zerstückelung von Zeit und Raum. Zu den Folgen wachsender sozialer Desintegration. Frankfurter Rundschau, 26.09.1996: 18.

Hengartner, T. (2000): Die Stadt im Kopf. S. 87-105 in: W. Kokot (Hrsg.), Kulturwissenschaftliche Stadtforschung: Eine Bestandsaufnahme. Kulturanalysen Band 3. Berlin: Reimer.

Kessl, F./Reutlinger, C. (2010): (Sozial)Raum – Ein Bestimmungsversuch. S. 21-38 in: dies. (Hrsg.), Sozialraum: Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag.

Löw, M. (2001): Raumsoziologie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Maelicke, B. (Hrsg.) (2008): Lexikon der Sozialwirtschaft. Baden-Baden: Nomos.

Manderscheid, K. (2004): Milieu, Urbanität und Raum: Soziale Prägung und Wirkung städtebaulicher Leitbilder und gebauter Räume. Wiesbaden: VS Verlag.

Mee, K. (2007): «I Ain't Been to Heaven Yet? Living Here, This is Heaven to Me»: Public Housing and the Making of Home in Inner Newcastle. Housing, Theory and Society, 24(3): 207-228.

Pan Ke Shon, J.-L. (2007): Residents' perceptions of their neighbourhoods: disentangling dissatisfaction, a French survey. Urban Studies, 44(11): 2231-2268.

Rorato, M. (2011): Leben im Problemquartier: Zwangs- und Möglichkeitsräume. München: Waxmann Verlag.

Statistikdienste der Stadt Bern (2009): Monitoring Sozialräumliche Stadtentwicklung. Statistikdienste der Stadt Bern.

Endnoten

1 Mehrere AutorInnen erwähnen den negativen Einfluss dieser «Verinselung» (vgl. z.B. Heitmeyer 1996). Der Begriff der «Verinselung» beschreibt das Phänomen, dass Menschen vermehrt in nicht zusammenhängenden Räumen leben. Das einzelne Quartier scheint aus dieser Perspektive zunehmend bedeutungslos für die sozialwissenschaftliche Quartierforschung. Die Forschung interessiert sich mehr und mehr für die einzelnen Bruchstücke der Alltagswelt, die vom Individuum vernetzt werden (vgl. Harvey 1995; Manderscheid 2004).

2 Vgl. Buchecker 1999.

3 Untermatt und die angrenzenden Quartiere hatten 2008 im Vergleich zu den anderen Stadtteilen Berns den höchsten Anteil (9%) an Sozialhilfebeziehenden (Statistikdienste der Stadt Bern 2009). Den Aussagen eines Vertreters der Statistikdienste der Stadt Bern zufolge war die Sozialhilfequote in Untermatt 2009 mehr als dreimal so hoch wie diejenige der Stadt Bern (Untermatt: 15.7%;

Stadt Bern: 4.4 %). Ebenso wurde vom Statistikdienst der Stadt Bern darauf hingewiesen, dass das Einkommen im Quartier Untermatt deutlich tiefer liegt als in anderen Quartieren der Stadt Bern. Im Vergleich zum Median der gesamten Stadt Bern, betrug der Median des steuerbaren Einkommens in Untermatt 2008 nur die Hälfte. Ungefähr ein ähnliches Verhältnis zeigte sich auch hinsichtlich des steuerbaren Vermögens.

4 Vgl. Mee 2007.

5 Defizitäre Quartierausstattung, negatives Image, hohe Fluktuation, hohe Lärmbelastung, wenig Grünfläche etc.

6 Vgl. Decker/Pannecoucke 2004; Pan Ke Shon 2007; Rorato 2011.

7 Vgl. dazu auch den Artikel Klöti et al. in dieser Ausgabe des Suchtmagazin.

8 Eine Zusammenfassung relativistischer Raumkonzepte findet sich u.a. bei Löw 2001.

9 Vgl. Kessl/Reutlinger 2010; Löw 2001.

10 Vgl. den Artikel Klöti et al. in dieser Ausgabe des Suchtmagazin sowie Deinet/Reutlinger 2005; Deinet 1993; ders. 2005; Deinet/Icking 2005.

11 Vgl. Rorato 2011.

12 Der Begriff «Lebenslage» bezeichnet in diesem Zusammenhang die Gesamtheit der Bedingungen, unter denen einzelne Personen oder Gruppen leben. Die Lebenslage umfasst mehrere Dimensionen, wie bspw. die Familien-, die Arbeits-, die Einkommens- und die Wohnsituation sowie Gesundheit und Bildung und markiert den Handlungsspielraum von Personen (vgl. Maelicke 2008; Engels 2008).

13 Vgl. Deinet/Krisch 2005.

14 Die Stichprobe variiert in Bezug auf die Merkmale: Alter, Geschlecht, soziale und geographische Herkunft, sozioökonomische und familiäre Situation.

15 Mental Maps dienen in erster Linie dazu, die Beziehung zwischen den Menschen und ihrer unmittelbaren sozialräumlichen Umwelt zu erfassen. In der deutschsprachigen Literatur wird oftmals auch von «kognitiven Karten» gesprochen.

16 Vgl. Hengartner 2000; Behnken/Zinnecker 2010.

17 Diese Dimensionen sind jedoch keineswegs als umfassend und abschliessend zu verstehen.

18 Vgl. Bundesamt für Migration 2006.

Bücher zum Thema

Straßenkultur. Entschlüsselung eines Jugendphänomens unserer Zeit
Frank van Strijen
2012, ibidem, 220 S. (aus dem Niederländischen)
Strassenkultur ist mittlerweile ein allgegenwärtiges Phänomen. Häufig werden nicht nachvollziehbare Exzesse unter Jugendlichen damit in Verbindung gebracht. Strassenkultur ist aber viel mehr als das. In dem Buch wird vieles erklärt, was auf den ersten Blick unverständlich erscheinen mag. Es werden Merkmale und Erscheinungen der Strassenkultur sowie Faktoren die fördern, beschrieben. Weitere Kapitel gehen auf die Psychologie der Strassenkultur, ihre Strukturen, Werte und ihren Gegensatz zur Bürgerkultur ein. Das Buch ist eine Praxisanleitung für den Umgang und die Arbeit mit den betroffenen Jugendlichen. Es gibt wertvolle, praxiserprobte Tipps und Hinweise.

Sozialer Raum und Soziale Arbeit. Fieldbook: Methoden und Techniken. Lehrbuch
Frank Früchtel/Wolfgang Budde/Gudrun Cyprian
2013 (3. überarb. Aufl.), Springer VS, 311 S.
Sozialraumorientierung ist der zurzeit meistdiskutierte Theorie- und Handlungsansatz in der Sozialen Arbeit. Die Einführungen in das Thema «Sozialer Raum und Soziale Arbeit» geben in diesem Lehrbuch eine systematische Darstellung der Methoden und Techniken, wie sie in der praktischen Sozialen Arbeit Anwendung finden können. In der Beschreibung von Fall- und Projektbeispielen wird ein Kompetenzprofil für SozialarbeiterInnen skizziert, das Studierenden wie PraktikerInnen eine konkrete Orientierung bietet. Durch zusätzliche Materialien wie Checklisten, Fragebögen und Ablaufschemata bereitet das Buch optimal auf die Profession im pädagogischen Handlungsfeld Soziale Arbeit vor.

Platzda?! in Wädenswil: Aneignung öffentlicher Räume durch Jugendliche

Im Rahmen einer schweizweiten Studie beschäftigte sich das Projekt «Platzda?! in Wädenswil» als sozialräumlich orientierter Präventionsansatz mit der Aneignung öffentlicher Räume durch Jugendliche. Untersucht wurden Interessen- und Nutzungskonflikte und deren Folgen. Dabei zeigte sich eine Diskrepanz zwischen der negativen Aussenwahrnehmung öffentlicher Räume und der grossen Bedeutung, welche diese für Jugendliche haben. In von Erwachsenen geplanten und gestalteten Räumen haben die Bedürfnisse und Ansprüche Jugendlicher eine schwächere Position. Aus einer lebensweltorientierten Perspektive wurden daher Lösungsstrategien zur jugendgerechten Planung öffentlicher Räume entwickelt.

Raimund Kemper
Dipl.-Ing. Raumplanung, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Raumentwicklung IRAP, Hochschule für Technik Rapperswil, Oberseestrasse 10, CH-8640 Rapperswil, Tel. +41 (0)55 222 48 91, rkemper@hsr.ch, www.irap.ch

Michael Bänninger
Sozialarbeiter FH, Leiter Jugend/Jugendkoordinator Stadt Wädenswil, Jugendkoordination Stadt Wädenswil, Seestr. 90, CH-8820 Wädenswil, Tel. +41 (0)44 780 82 14, michael.baenninger@waedenswil.ch, www.jugendarbeit-waedenswil.ch

Schlagwörter:
öffentlicher Raum | Partizipation | Lebensweltorientierung | Jugendliche |

Das Projekt «Platzda?!»

Das in der Stadt Wädenswil durchgeführte Projekt «Platzda?!» war Teil der schweizweiten Studie zu «Jugend-Raum: Aneignung öffentlicher Räume durch Jugendliche» von 2009-2011.[1] Die Studie wurde unter Federführung des Instituts für Raumentwicklung IRAP in Zusammenarbeit mit mehreren Institutionen in sechs Gemeinden durchgeführt.[2] Es wurde ein Wissens- und Instrumentenkoffer entwickelt, der zunächst das Verständnis jugendspezifischer Raumansprüche und Aneignungsformen in öffentlichen Räumen ermöglichte.[3] Darauf aufbauend wurden durch die Definition von Qualitätsstandards Handlungsbausteine für jugendgerechte Beteiligungsverfahren erarbeitet.

Stadt Wädenswil

Wädenswil ist eine Kleinstadt mit rund 20'000 EinwohnerInnen. Sie liegt mit ihrer idyllischen Landschaft und der Halbinsel Au am linken Zürichseeufer, rund 25 Zugsminuten von Zürich entfernt.
Wädenswil hat einen beachtlichen Strukturwandel durchlebt, vom Industrieort zu einer Wohn- und Bildungsstadt. Im 20.Jahrhundert kamen Seiden und andere Stoffe aus Wädenswil, Weizenstärke, Metallwaren, Bier und Most. In den 1970er und 1980er Jahren fielen zahlreiche Fabriken dem Kostendruck zum Opfer. Aus Industrie-Arealen wurden Wohnungen, andernorts haben sich Dienstleister und Institute aus dem Bereich Bildung, Forschung und Innovation etabliert. Trotz seiner Grösse behält Wädenswil den dörflichen Charakter.

Wädenswil geht mit «Platzda?!» neue Wege

Die Stadt Wädenswil verfolgte mit dem Projekt «Platzda?!» das Ziel, nicht erst auf Probleme zu reagieren, sondern aktiv nachhaltige Lösungen zu entwickeln: vor Ort mit den Betroffenen als ExpertInnen ihrer Lebenswelt. Dazu wurde ein ganzheitlicher, sozialräumlich orientierter Präventionsansatz gewählt – von der Problemanalyse bis zur partizipativen Entwicklung von Lösungskonzepten und deren Umsetzung.

Zwei Fragestellungen waren für «Platzda?!» wie auch für die Studie allgemein zentral. Erstens ging es um das Verständnis von Raumaneignung und die Ursachen der Konflikte in öffentlichen Räumen:

- Welche Bedeutung haben öffentliche Räume für Jugendliche als Orte der Aneignung und wie drücken sich raumrelevante Bedürfnisse Jugendlicher in Aneignungsformen aus?
- Welche Konflikte können aus unterschiedlichen Bedürfnissen und Aneignungsformen Jugendlicher und Erwachsener entstehen oder werden überhaupt als solche wahrgenommen?

Zweitens ging es darum, Lösungswege aufzuzeigen, wie Jugendliche im Planungsprozess beteiligt werden können:

- Welche Qualitäten müssen jugendgerechte Planungsprozesse aufweisen?
- Welche Wirkungen kann die Beteiligung Jugendlicher für die Planungsverfahren entfalten?

Ziele von «Platzda?!»

Mit den Antworten auf die Fragestellungen sollten Lösungsstrategien für Möglichkeitsräume in einem doppelten Sinne geschaffen werden: für die alltägliche Raumaneignung

durch Jugendliche und für ihre Beteiligung an der Planung und Gestaltung ihrer Alltagswelt. Mit diesen Lösungsstrategien sollten die Toleranz und das Verantwortungsbewusstsein für den gemeinsamen öffentlichen Raum sowie die Aufenthaltsqualität und das Zusammenleben darin gestärkt werden. Städte und Gemeinden sollten Folgekosten einer Planung und Gestaltung öffentlicher Räume, die den Bedürfnissen Jugendlicher nicht gerecht werden, vermeiden können. Auch galt es, die Potentiale aufzuzeigen, wenn Jugendliche bei deren Planung und Gestaltung als ExpertInnen ihrer Lebenswelt betrachtet werden.

Vorgehensweise

Befragungen in öffentlichen Räumen

Im Rahmen einer empirischen Erhebung wurden in sieben ausgewählten öffentlichen Räumen in der Stadt Wädenswil Ortsbegehungen und Interviews von und mit Jugendlichen, anderen RaumnutzerInnen und Schlüsselpersonen durchgeführt. Es waren öffentliche Räume unterschiedlichen Typs: Schulareal, Sport- und Feizeitanlage, Jugendkulturhaus, zwei Bahnhofsbereiche, Seeufer, Stadtpark. Insgesamt waren es in Wädenswil rund 300 Interviews, in der Studie insgesamt gut 1'500 Interviews. Wesentliche Fragestellungen waren, wie die öffentlichen Räume genutzt werden, welche Probleme und Konflikte wahrgenommen werden, wie die öffentlichen Räume bewertet werden und welche Verbesserungsvorschläge es gibt.

Für die Stadt Wädenswil spielten folgende Überlegungen bei der Raumauswahl eine Rolle:

- aktuelle Probleme mit Jugendlichen (Brennpunkte)
- hoher Nutzungsdruck (Interessenskollisionen)
  Einschätzung von Perspektiven bei geplanten Bauvorhaben.

Ressortübergreifende Projektkoordination

Zu Beginn des Projekts wurde von der städtischen interdisziplinären Arbeitsgruppe Prävention eine Steuergruppe zur Projektkoordination gebildet. Darin vertreten waren VertreterInnen der Bereiche Jugend (Jugendkoordination der Stadt Wädenswil), Planung, Soziales, Schule, Sicherheit und Werkhof und externe Fachpersonen. Die breite Abstützung des Projekts durch eine interdisziplinäre Steuergruppe und den offiziellen Auftrag von Seiten des Stadtrates war in Wädenswil wie auch in den anderen beteiligten Städten und Gemeinden ein wichtiges organisatorisches Kriterium. So entwickelte sich die notwendige Dynamik für eine schnelle Konzept- und Umsetzungsphase. Das Projekt blieb ständig in den Köpfen präsent – «es tut sich was».

Jugendgerechte Beteiligung: Mitwirkungstag und Ergebniskonferenz

Damit nicht nur für, sondern auch mit Jugendlichen geplant wird, wurde in Wädenswil ein jugendgerechtes Beteiligungsverfahren in Form eines Mitwirkungstages erarbeitet. Die Jugendlichen wurden an den verschiedenen Plätzen direkt und auch in verschiedenen Gremien angesprochen. Über die mobile Jugendarbeit schuf man Kontakt zu den Jugendlichen an den entsprechenden Plätzen. Die Schülerparlamente wie auch die Verbandsjugendarbeit und die Sportvereine sind nur einige der wichtigen Organisationen, welche bei solchen Prozessen miteinzubeziehen sind.

Gemeinsam mit den interessierten Jugendlichen wurden dann im Anschluss ihre Interessen herausgearbeitet und der Mitwirkungstag spezifisch vorbereitet. Die offene Jugendarbeit übernahm hier eine zentrale Coaching Funktion und ermöglichte eine aktive Partizipation der Jugendlichen am Mitwirkungstag.

Am Mitwirkungstag selber wurde mit den interessierten Jugendlichen, schriftlich eingeladenen AnwohnerInnen sowie VertreterInnen aus Politik und Verwaltung im Anschluss an eine Begehung der Plätze die Ergebnisse der Befragungen diskutiert. Auch wurden erste Ideen für die öffentlichen Räume erarbeitet. Anhand der Resultate des Mitwirkungstages wurden in Arbeitsgruppen Vorschläge für konkrete Massnahmen erarbeitet, die im Rahmen einer Ergebniskonferenz mit der Wädenswiler Bevölkerung diskutiert und priorisiert wurden. Der Massnahmenkatalog wurde dem Stadtrat als Beschlussvorlage überreicht.

Erkenntnisse aus den Befragungen

Die nachfolgend dargestellten Erkenntnisse sind – aufgrund der höheren Repräsentativität – das Ergebnis der Auswertung der Befragungen in allen teilnehmenden Städten und Gemeinden. Jedoch gibt es im Vergleich mit den Ergebnissen aus Wädenswil untereinander nur wenig Abweichung. Die Fragestellungen der Interviews umfassten neben personenbezogenen Fragen im Wesentlichen die Art der Nutzung und die dahinter stehenden Bedürfnisse, die Bewertung der Plätze (Eignung, Konflikte) und Verbesserungsvorschläge.

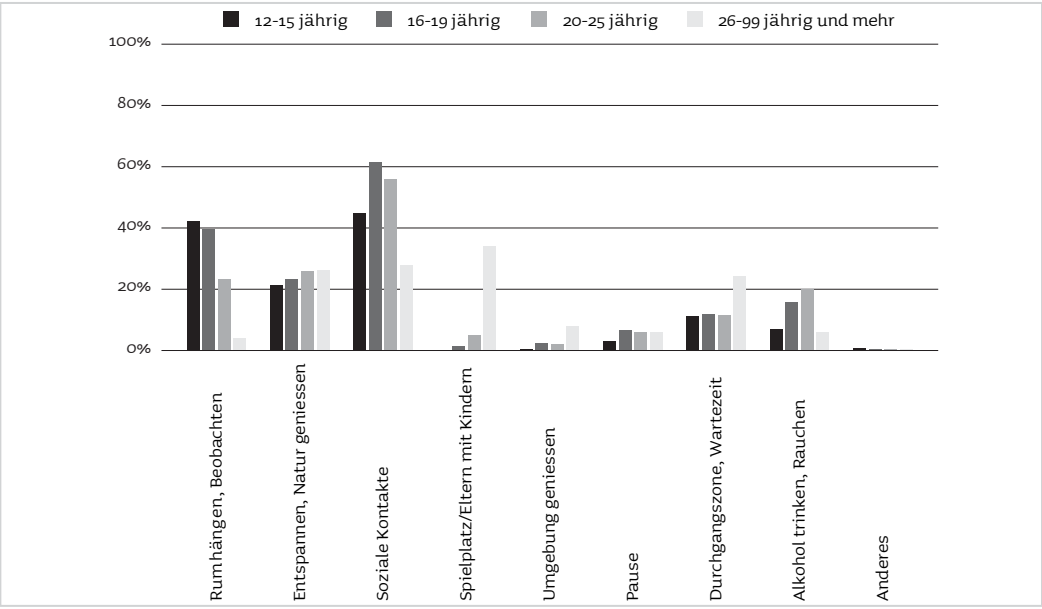


Abb. 1: **Aneignungsformen über alle Plätze nach Altersklassen (1'475 Antworten).**

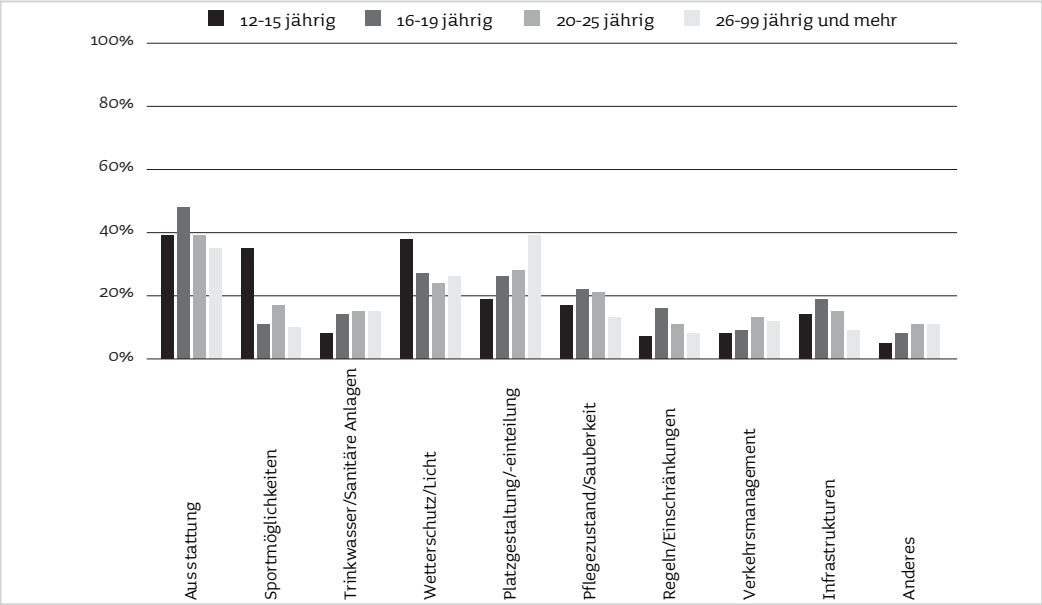


Abb. 2: **Verbesserungsvorschläge über alle Plätze nach Altersklassen (1'181 Antworten).**

Wie werden die Plätze genutzt?

Rumhängen, beobachten und soziale Kontakte sind in den untersuchten öffentlichen Räumen in Wädenswil wie auch in den anderen untersuchten Städten und Gemeinden häufig genannte Nutzungsformen Jugendlicher. Mit zunehmendem Alter ist der Aufenthalt zweckorientierter, dem vorhandenen Platzcharakter und der Ausstattung entsprechend.

Die abweichenden Nutzungsinteressen und Aneignungsformen Jugendlicher und Erwachsener lassen sich am Beispiel des Bahnhofs Wädenswil aufzeigen. Dieser spielt für Jugendliche eine grosse Rolle als Bühne der sinnlich erlebbaren Interaktion und Selbstdarstellung. Umgekehrt verhält es sich bei ihrer Bedeutung als Durchgangszone oder als Ort, um auf den ÖV zu warten. Diese Aufenthalts- bzw. Nutzungsformen werden häufiger von Erwachsenen genannt. Die unterschiedliche Zeitlichkeit der Raumnutzung (Jugendliche treffen sich in Gruppen, Erwachsene möchten schnell passieren) sorgt hier wie anderswo auch für Konflikte.

Anders der nahe am Ortszentrum liegende Rosenmattpark. Auch dieser ist ein wichtiger Begegnungsort, jedoch vor allem zum Entspannen (Chillen), und ein Ort, der viele Nischen für das «Unter sich sein» und das «Nicht gesehen werden» bietet.

Wie zufrieden sind die NutzerInnen der öffentlichen Räume?

Die Auswahl der Untersuchungsräume erfolgte häufig aufgrund der Wahrnehmung als «Problemraum». Die Auswertung der Befragung zeigt, dass Jugendliche sowie Erwachsene sich im Allgemeinen wohlfühlen auf «ihren» Plätzen (Häufigkeit der Nennung: ca. 80%, ohne nennenswerte Unterschiede bei den Altersklassen). Dennoch hatte etwa ein Drittel der befragten Jugendlichen das Gefühl, von Erwachsenen als Problem wahrgenommen und von Plätzen verdrängt zu werden. Konflikte würden selten direkt zwischen AnwohnerInnen oder erwachsenen RaumnutzerInnen und Jugendlichen gelöst.

Welche Ideen und Verbesserungsvorschläge gibt es?

Obwohl die Befragten sich mehrheitlich in den öffentlichen Räumen wohl fühlen, machten die meisten Verbesserungsvorschläge. Über alle Raumtypen wurden Verbesserungsvorschläge zu Ausstattung, Platzgestaltung und Ausgestaltung gemacht.

Nutzungsregelungen wurden von Befragten aller Altersklassen vorgeschlagen, von Erwachsenen eher mehr Kontrollen, von Jugendlichen eher weniger, dafür Regelungen zur Konfliktvermeidung (z.B. Abmachungen, wann Jugendliche öffentliche Räume «ungestört» nutzen können). Besonders häufig wurde der Vorschlag zu Nutzungsregulierungen in Pärken genannt. Offenbar ist hier das Ruhebedürfnis Erwachsener besonders ausgeprägt.

Im Bereich des Bahnhofs Wädenswil sowie an anderen zentral gelegenen Plätzen wurden insbesondere von älteren Jugendlichen und Erwachsenen verkehrsreduzierende Massnahmen genannt, die einen sicheren und ruhigeren Aufenthalt in öffentlichen Räumen erlauben.

Erwachsene wie Jugendliche wünschten sich hauptsächlich in Grünbereichen sowie auf Schularealen und Freizeitanlagen Ausstattungen, die ihnen einen unkomplizierten, ununterbrochenen Aufenthalt im öffentlichen Raum ermöglichen: Witterungsschutz, Trinkgelegenheiten (Brunnen) und sanitäre Anlagen. Insbesondere Erwachsene wünschten sich Massnahmen gegen das Littering. Es fällt auf, dass seitens der Befragten, Jugendliche und Erwachsene gleichermassen, kostenmässig vergleichsweise kleine Veränderungen gewünscht wurden, die aber für die alltägliche Raumnutzung von hoher Bedeutung sind.

Besteht ein Interesse an Beteiligung und Mitwirkung?

Auf die Frage, ob ein Interesse an einer Beteiligung und Mitwirkung zur Verbesserung «ihrer» öffentlichen Räume bestünde, antworteten rund 45% der Befragten mit Ja. Das Engagementpotential für die Mitwirkungsveranstaltungen war damit gegeben.

Erkenntnisse aus der Beteiligung Betroffener

Das partizipative Vorgehen hat gezeigt, dass die Einbindung Jugendlicher sowie AnwohnerInnen oder GeschäftsbetreiberInnen Potentiale schafft und nachhaltige Wirkung erzielt.

Engagement durch Betroffenheit

Das Interesse an den öffentlichen Räumen und an einer Mitwirkung ist gross, wenn Jugendliche, AnwohnerInnen etc. vor Ort «abgeholt» werden. Die direkte Betroffenheit fördert das Engagement, insbesondere bei Aussicht auf eine Realisierung von vorgeschlagenen Ideen. BewohnerInnen konnten Anliegen direkt mit VertreterInnen aus Politik und Fachämtern erörtern. Es sollten diejenigen zu Wort kommen, die unter dem «Betrieb» in den öffentlichen Räumen leiden.

Sperrgut
Maltesers
ice cream

Gegenseitiges Verständnis

Nicht nur Erwachsene, die sich auch in den öffentlichen Räumen aufhalten, sondern auch AnwohnerInnen und GeschäftsbetreiberInnen zeigten am Mitwirkungstag, teils nach anfänglich geäusserter aufgestauter Wut, ein Verständnis für Bedürfnisse Jugendlicher und ihren Aufenthalt in öffentlichen Räumen. Sie unterstützten die Jugendlichen in der Erwartung, dass mehr Angebote in öffentlichen Räumen geschaffen werden müssen. Jugendliche wie Erwachsene machten zwar ihre Raumansprüche geltend, bspw. wenn BewohnerInnen eine wohnungsnahe Grünanlage als Ort der Ruhe und Erholung betrachten und Jugendliche diese zum abendlichen Musikhören nutzen. Dennoch waren die beteiligten Akteursgruppen an einer gemeinsamen Lösung interessiert, die letztlich allen zugute kommt.

Toleranz und Rücksichtnahme

Durch den Einbezug aller Akteursgruppen (Jugendliche, AnwohnerInnen, Geschäfte, Politik, Verwaltung etc.) und den direkten Kontakt konnte auch Toleranz und Rücksichtnahme gestärkt und ein «Zurechtrücken» der allgemein vorherrschenden Problemsicht auf Jugendliche in öffentlichen Räumen erreicht werden. So stellte sich bspw. am Bahnhof Au heraus, dass Jugendliche als belebendes Element wahrgenommen werden und einen Beitrag zur sozialen Kontrolle leisten. Hier traten Probleme durch Lärm und Littering erst auf, wenn abends nach Ladenschluss die Jugendlichen den Platz nicht mehr als Treffpunkt nutzen. Sie wurden zu Unrecht für die Probleme verantwortlich gemacht, die nachts durch Personen, die vom Ausgang heimkehren, verursacht werden. Repressionsmassnahmen bezogen auf diese Jugendlichen hätten daher einen kontraproduktiven Effekt gehabt.

Gelernte Demokratie

Durch die Einbindung Jugendlicher eröffneten sich ihnen vielfältige Lernfelder. Sie konnten ihre Standpunkte in Aushandlungsprozessen vertreten. Sie erfuhren, wie Entscheidungen in politischen Aushandlungsprozessen entstehen, dass diese beeinflussbar sind, aber auch, dass nicht alles, was wünschenswert ist, machbar ist.

Zielgenaue Massnahmen erhöhen Legitimation

Die Planungen und Entscheidungen, die von Jugendlichen mitdiskutiert, mitverhandelt und mitentschieden wurden, erhalten eine höhere Legitimation und Akzeptanz. Denn Planungen haben eine höhere Zielgenauigkeit, wenn die NutzerInnengruppen an der Gestaltung mitwirken.

Realisierung konkreter Massnahmen

In der Folge des Mitwirkungstages wurden verschiedene Massnahmen umgesetzt: Neue Spielplatzgeräte im Stadtpark wurden installiert. Vor dem Club Industrie entstand ein Fumoir-Container. Für die Jugendeinrichtung Adlerburg wurde ein Nutzungskonzept erstellt. Gegen Littering wurde ein gross angelegter Wettbewerb «Sauberei – wägrüere aber richtig!» durchgeführt.

Erfolgskriterien für jugendgerechte Planungsprozesse

Aus dem Mitwirkungsprozess des Projekts «Platzda?!» können Erfolgskriterien für jugendgerechte Planungsverfahren abgeleitet werden. Dabei fliessen die Interessen der Jugendlichen gleichgewichtig zu jenen der Erwachsenen in die Planung und Gestaltung öffentlicher Räume ein.

Ernsthaftigkeit und politischer Rückhalt

Der Einbezug Jugendlicher als aktive und erwünschte Mitglieder der Gesellschaft ist klar zu kommunizieren und zu fördern.

Lebensweltorientierung

Partizipationsvorhaben müssen sich an den räumlichen Denk- und Handlungsweisen Jugendlicher orientieren. Jugendliche sind als ExpertInnen ihrer Lebenswelt mit hoher Ortskompetenz und Kreativität anzuerkennen und als gleichwertige KooperationspartnerInnen ernst zu nehmen.

Überschaubarer Zeitrahmen

Es ist auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Prozess und Ergebnis sowie Konzept und Umsetzung zu achten, so dass die Projekte in einem für Jugendliche nachvollziehbaren Zeitrahmen erarbeitet und umgesetzt werden. Bei langfristigen Vorhaben sollten Teilziele formuliert, kleine Massnahmen zeitnah umgesetzt werden, damit Erfolgserlebnisse geschaffen werden.

Beteiligung mit Wirkung

Den Beteiligten muss die Aussicht auf tatsächliche Veränderung und Verbesserung gezeigt werden. Zu Beginn des Partizipationsprozesses ist ein Machbarkeitsrahmen aufzuzeigen. Massnahmen müssen in nachvollziehbarer und erkennbarer Weise in das Handeln von Politik und Verwaltung einfliessen.

Rechtzeitige Beteiligung

Beteiligung in einem präventiven Sinn sollte nicht erst zu einem Zeitpunkt stattfinden, wenn Probleme bereits eskaliert sind und Jugendliche als Ursache ausgemacht wurden. Die Jugendlichen sind so früh als möglich einzubeziehen.

Fazit

Das Projekt «Platzda?!» hat gezeigt, dass durch die Beteiligung der Betroffenen Probleme schneller, effizienter und bedarfsgerechter gelöst werden können. Auch die Wirkung von Massnahmen ist mit dieser Beteiligung nachhaltiger, denn die Identifikation und das Bewusstsein für das gemeinsam geschaffene sind höher, wenn Betroffene zu Beteiligten gemacht werden. Eine erfolgreiche, nachhaltig wirksame Beteiligung erfordert neben geeigneten Verfahren den ernst gemeinten politischen Willen und eine breite Verankerung in der Verwaltung. Eine Beteiligungskultur entsteht nicht von heute auf morgen; sie erfordert mitunter einen langen Atem.

Der Erfolg des Projekts hat sich herumgesprochen. Das Platzda?!-Konzept wurde auch von der Zürcher Fachstelle für Integrationsfragen in den Integrationskatalog der bewährten Angebote aufgenommen.[4] 2010 wurde das Projekt mit dem zweiten Platz beim Preis der Internationalen Bodenseekonferenz IBK für Gesundheitsförderung und Prävention ausgezeichnet.●

Literatur

Kemper, R./Friedrich, S./Muri, G./Slukan, V. (2012): Jugend-Raum: Aneignung öffentlicher Räume durch Jugendliche. Münster.

Endnoten

1 Vgl. Kemper et al. 2012.
2 Partnerstädte und -gemeinden: Aarau, Baar, Biel, Liestal, Wädenswil, Wallisellen.
3 Vgl. www.jugend-raum.ch
4 Infos: www.raumideen.ch

Jugendliche im öffentlichen Raum – eine Bestandesaufnahme

Die «Juvenir-Studie» zeigt auf, dass der öffentliche Raum für die Mehrheit der Schweizer Jugendlichen einen wichtigen Ort zur Freizeitgestaltung darstellt. Aus Sicht der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden Jugendliche aber zunehmend als Problemträger im öffentlichen Raum wahrgenommen. Daher bedarf es in der Praxis eines reflektierenden Umgangs und einer Positionierung hinsichtlich dieses Phänomens.

Manuel Fuchs
MA Soziale Arbeit, Vorstandsmitglied des Dachverbands für Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz DOJ/AFAJ, Mobile Jugendarbeit Riehen, Wettsteinstr. 1, CH-4125 Riehen, Tel. +41 (0)61 646 82 74, manuel-fuchs@gmx.ch, www.mjabasel.ch

Elena Konstantinidis
Lic. phil. I., Sozialarbeiterin, Geschäftsführerin DOJ/AFAJ, Sandstrasse 5, CH-3302 Moosseedorf, Tel. +41 (0)31 850 10 25, elena.konstantinidis@doj.ch, www.doj.ch

Schlagwörter:
öffentlicher Raum | Offene Kinder- und Jugendarbeit | Freiraum | Sicherheit | Kontrolle |

«Unser Platz – Jugendliche im öffentlichen Raum»

Erstmals liegen mit der im Oktober 2012 veröffentlichten «Juvenir-Studie» Erkenntnisse zum Thema «Unser Platz – Jugendliche im öffentlichen Raum» für die Schweiz vor.[1] Insgesamt wurden für die Studie 973 Jugendliche im Alter von 15 bis 21 Jahren in allen drei Sprachregionen der Schweiz befragt. Ziel der repräsentativen Studie ist es, die gesellschaftliche Debatte zur Nutzung des öffentlichen Raums um die Perspektive junger Menschen fundiert zu erweitern. Die «Juvenir-Studie» wurde von der gemeinnützigen Stiftung «Jacobs Foundation» finanziert. Mit der Durchführung der Studie beauftragt wurde das Forschungsinstitut Prognos AG in Basel. Die quantitative Erhebung der Daten erfolgte im Zuge einer Onlinebefragung mit standardisierten Fragebögen.[2]

Orte der Freizeitgestaltung Jugendlicher

Der Studie zufolge sind private Räume für Jugendliche nach wie vor der wichtigste Ort zur Gestaltung ihrer Freizeit. Drei Viertel der befragten Jugendlichen geben an, sich regelmässig zuhause in der elterlichen oder eigenen Wohnung oder bei Freunden zuhause zu treffen. Bei den über 18-Jährigen wächst die Zahl derer, welche gelegentlich kommerzielle Angebote nutzen, wie z.B. Konzerte, Kinos oder Bars (71%). Dagegen bilden bei Jugendlichen unter 18 Jahren soziokulturelle Angebote wie Vereine (50%) und Jugendtreffpunkte (27%) einen wichtigen Teil der Freizeitgestaltung – der Anteil der Nutzung nimmt jedoch mit zunehmenden Alter zugunsten kommerzieller Angebote ab. Der öffentliche Raum stellt für 58% der unter 18-Jährigen und für 43% der 18 bis 21-Jährigen Befragten einen Ort dar, an dem sie sich oft und zumindest gelegentlich treffen.[3]

Nutzungsverhalten Jugendlicher im öffentlichen Raum

Die Attraktivität des öffentlichen Raums liegt den Befragten zufolge darin, sich während ihrer Freizeit spontan und zwanglos mit Gleichaltrigen an selbstgewählten Orten treffen zu können. 60% finden es positiv, dass im öffentlichen Raum eine geringere Kontrolle Erwachsener vorhanden ist und etwa die Hälfte der Befragten geniesst die Möglichkeit, die eigene Freizeit ohne Vorgaben von aussen gestalten zu können. 80% der Befragten aller Altersgruppen fordern, sich ihre Treffpunkte im öffentlichen Raum selbst aussuchen zu können und nicht von Erwachsenen zugewiesen zu bekommen.[4]

Öffentlicher Raum stellt sich als eine Gegenwelt zu Orten wie Elternhaus oder Schule dar, ihre Qualität besteht in einem hohen Mass an Autonomie und einer durch Jugendliche selbstverantwortlich gestalteten Freizeit.[5] Auf die Frage, wozu öffentliche Plätze besonders gut geeignet sind, geben die Befragten an, dass es wichtig sei, sich dort mit FreundInnen treffen zu können (62%), miteinander «chillen» und «rumhängen» zu können (60%) – dies ist insbesondere für diejenigen Befragten von grosser Bedeutung, welche sich oft oder häufig im öffentliche Raum treffen. Knapp die Hälfte legt Wert darauf, sich selbst in der Öffentlichkeit zeigen zu können und von anderen gesehen zu werden. Des Weiteren schaffen öffentliche Plätze Gelegenheiten, um neue Leute kennenzulernen und alte Bekannte wiedersehen zu können (46%). Etwa ein Viertel der Befragten nutzt den öffentlichen Raum, um sich kulturell zu engagieren oder sich kreativ zu verwirklichen. 26% der Befragten unter 18 Jahren treffen sich oft, 31% ab und zu für den Ausgang im öffentlichen Raum.[6] Etwa ein Viertel gibt an, sich an öffentlichen Orten zu treffen, um Partys feiern zu können. Alkohol- (42%) und Cannabiskonsum (17%) spielt für einen Teil der Befragten eine Rolle, insbesondere im Kontext des abendlichen Ausgangs. Gleichwohl ist der Konsum für die

Befragten aber kein Hauptgrund für den Aufenthalt im öffentlichen Raum.[7] Im Weiteren schätzen die Jugendlichen, dass bei der Nutzung öffentlichen Raums keine Kosten entstehen (93%). Auch die freie Zugänglichkeit dieser Räume (91%) und die gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln (89%) sowie die Tatsache, dass es keine Altersbeschränkungen gibt (81%), haben unter den Befragten einen sehr hohen Stellenwert – insbesondere unter den unter 18-Jährigen.[8]

Konflikte im öffentlichen Raum

Bemerkenswert ist, dass Jugendliche im öffentlichen Raum anderen Altersgruppen meist erst dann auffallen, wenn sie ihre Treffpunkte aus Sicht Erwachsener nicht funktionsgemäss nutzen. So wird eine Betonbank zum Sitzen auf einem Bahnhofsvorplatz von Jugendlichen plötzlich zum Skaten benutzt, das von den Jugendlichen als künstlerischer Prozess aufgefasste Graffiti gilt unter Erwachsenen schnell als Sachbeschädigung. Eine Gruppe Jugendlicher richtet sich ihren Treffpunkt auf einem Kinderspielplatz ein und Erwachsene beobachten das «sinnlose Abhängen» argwöhnisch. Dadurch deuten die Aneignungsprozesse Jugendlicher im öffentlichen Raum potentielle Interessenkonflikte an.

Die gesellschaftliche Debatte zum Aufenthalt Jugendlicher im öffentlichen Raum konzentriert sich zunehmend auf die Gefährdungspotentiale für und durch junge Menschen.[9] Die Ergebnisse der Juvenir-Studie widersprechen dem Bild einer rebellischen und intoleranten Haltung Jugendlicher in der Öffentlichkeit. Die Befragung zeigt, dass 34% der Befragten, welche sich häufig oder gelegentlich im öffentlichen Raum aufhalten, Konflikte selbst erlebt haben. Etwa die Hälfte gibt an, von Konflikten gehört zu haben – aber nicht selbst davon betroffen zu sein. Altersspezifische Unterschiede sind in diesem Kontext nicht festzustellen, und es gibt keinen nennenswerten Unterschied zwischen dem urbanen Umfeld (31%) und den ländlichen Regionen (27%). Dabei sind die männliche Befragten von Konflikten häufiger betroffen (33%) als die weiblichen (21%). Zu den Hauptursachen von Konflikten gehören den Befragten zufolge übermässiger Alkoholkonsum, Streit unter Jugendlichen, Respektlosigkeit zwischen Jugendlichen und Erwachsenen und Lärmbelästigung.[10]

Forderung nach mehr Freiraum und Toleranz

Bezüglich der Austragung von Konflikten zeigen sich die Befragten selbstkritisch. Sie akzeptieren z.B. geltende Regeln in Bezug auf Lärm (72%) und Abfall (91%) und fordern gleichzeitig, dass diese Regeln für sämtliche Altersgruppen im öffentlichen Raum gelten.[11] Allerdings wird auch eine generell fehlende Akzeptanz Erwachsener gegenüber Jugendlichen als Grund für Konflikte genannt. 85% der Befragten wünschen sich, dass Erwachsene, welche sich durch Jugendliche im öffentlichen Raum gestört fühlen, das direkte Gespräch zu den Verursachenden suchen und nicht einfach die Polizei rufen.[12] Das negative Bild von Jugendlichen unter Erwachsenen stört 86% der Befragten – zusammenfassend fordern sie mehr Verständnis für jugendspezifische Bedürfnisse und die Nutzungsweisen im öffentlichen Raum.[13] Überraschenderweise begrüssen es 77% der befragten Jugendlichen, die sich zumindest gelegentlich im öffentlichen Raum treffen, wenn Security-MitarbeiterInnen an öffentlichen Plätzen vor Ort sind und die Einhaltung von Regelungen kontrollieren. Die Kontrolle sollte aber weniger auf Konfrontation und Provokation als auf konstruktive Vermittlung setzen. Von den befragten Jugendlichen, welche sich im öffentlichen Raum aufhalten, fordern 43% mehr Freiräume für junge Menschen. Damit sind keine rechtsfreien öffentlichen Räume gemeint, sondern Bereiche, die frei zugänglich sind und an denen sie sich spontan treffen können und die auch von anderen Bevölkerungsteilen genutzt werden. Gut ein Viertel wünscht sich zusätzlich zur Verfügung gestellte Räumlichkeiten für Musik- oder andere Veranstaltungen, etwa 18% fordern kostengünstige kommerzielle Angebote ohne Altersbeschränkung und 12% verlangen mehr Jugendtreffpunkte und Kulturangebote für Jugendliche. Das Anliegen der Jugendlichen sind also nicht so sehr exklusive Räume für Jugendliche als Orte, an denen eine heterogene Nutzung möglich ist.[14]

Öffentliche Räume sollen gemäss der Juvenir-Studie als Gelegenheiten gesehen werden, den Dialog zwischen den Generationen zu erlernen. In diesen Räumen muss es möglich sein, dass Bedürfnisse ernst genommen und Aushandlungsprozesse zwischen den Direktbetroffenen initiiert und gemeinsame Lösungen entwickelt und getragen werden. Hier ist insbesondere die Kinder- Jugendarbeit prädestiniert – stellt doch gerade dieses Handlungsfeld alltagsbezogene und partizipative Gelegenheitsstrukturen für Kinder und Jugendliche zur Verfügung.

Schlussfolgerungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Die Juvenir-Studie bietet für die Offene Kinder- und Jugendarbeit einen neuen Orientierungsrahmen, da sie die Aneignungsprozesse Jugendlicher im öffentlichen Raum erstmals repräsentativ belegt. Öffentlicher Raum wird von der Offenen Kinder- und Jugendarbeit als Ort der Gleichaltrigenkultur verstanden, an dem es Jugendlichen gelingt, Identitätsbezüge zu sich selbst durch die Interaktion in Gruppen Gleichaltriger herstellen zu können. Hier verfolgt insbesondere das sozialräumlich ausgerichtete Handlungsfeld Mobiler Jugendarbeit das Ziel, eine partizipative Mitgestaltung Jugendlicher im öffentlichen Raum zu fördern. Mobile Jugendarbeit bedeutet, mittels aufsuchender Tätigkeit im öffentlichen Raum und im Kontext eines langfristigen Beziehungsaufbaus die Orte der Gleichaltrigenkultur wahrzunehmen und mit Jugendlichen zu gestalten – verbunden mit dem Ziel, an Prozessen der Bildung und Lebensbewältigung junger Menschen im Medium des Sozialräumlichen mitzuwirken.[15]

«Sicherheit und Kontrolle» – Paradigma mit Zukunft?

Es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass von politischer Seite her mit Mobiler Jugendarbeit implizit die Erwartung verbunden wird, dass Phänomenen wie Lärmbelästigung, Littering oder Vandalismus im öffentlichen Raum entgegengewirkt werden könne. Infolgedessen wird Mobile Jugendarbeit im öffentlichen Diskurs auch oft als «präventives» Handlungsfeld verstanden, welches sich primär an den funktionalistischen Vorstellungen Erwachsener, wie sich die «Jugend» im öffentlichen Raum zu verhalten habe, orientieren soll und Aneignungsprozesse Jugendlicher negieren.[16] Dadurch lastet auf den Fachkräften Mobiler Jugendarbeit zunehmend der Druck, auf als problematisch erachtete Verhaltensweisen Jugendlicher reagieren zu müssen. Doch woraus resultiert diese Problemfokussierung?

Im öffentlichen Raum werden zunehmend formale Kontrollen und Sanktionsstrukturen aufgebaut.[17] Die Autoren Lindner und Kilb sprechen in diesem Zusammenhang vom neuen städtischen Leitbild einer 3-S-Kultur (Sicherheit, Sauberkeit, Service).[18] Mit dieser Perspektive werden bisherige Erscheinungsformen der Unordnung, also z.B. geringfügige Sachbeschädigungen wie Graffiti, Littering, übermässiger Alkoholkonsum und Lärmbeschwerden zunehmend als Vorform möglicher Kriminalität verstanden. Exemplarisch zeigt sich dieses Phänomen in der Schweiz im Zuge der Einführung von Einsatzgruppen wie der SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) in den Städten Zürich, Luzern oder Langenthal

oder Bern (Pinto), welche aufsuchende Sozialarbeit mit ordnungsdienstlichen Aufgaben kombiniert und bei Störungen und Konflikten im öffentlichen Raum vermitteln.[19] Im Kontext einer wachsenden Bedeutung von Ordnung, Disziplinierung und Sauberkeit findet in der öffentlichen Betrachtung eine Umdeutung der entwicklungsbedingten Verhaltensweisen Jugendlicher statt. Jugendliche werden zunehmend als Problemträger im öffentlichen Raum wahrgenommen. Ein Beispiel hierfür ist die Diskussion nächtlicher Ausgangsverbote spezifisch für Jugendliche in verschiedenen Deutschschweizer Gemeinden, Videoüberwachung des öffentlichen Raums und der erhöhte Erlass neuer Reglemente, z. B. zeitliche Zutrittsbeschränkungen auf öffentlichen Plätzen.
Mit dieser Entwicklung einher geht eine Vermischung sozialpolitischer, stadtplanerischer, ordnungspolitischer sowie sozialarbeiterischer Massnahmen.

Reflexivität und Abgrenzung

Der Druck zur Übernahme ordnungspolitischer Aufgaben ist in den letzten Jahren insbesondere im Arbeitsfeld Mobiler Jugendarbeit gestiegen.[20] Infolge dessen laufen Fachkräfte Mobiler Jugendarbeit Gefahr, zum Bestandteil dieser «Skandalisierungsmaschine» zu werden, insbesondere dann, wenn ordnungspolitische Aufträge übernommen werden. Dies lässt sich exemplarisch am Phänomen des «Littering» aufzeigen. Die mediale Berichterstattung und Behörden behandeln dieses Phänomen heute vorwiegend als «jugendspezifisches Problem». Greift hier Mobile Jugendarbeit Forderungen nach Lösungsmöglichkeiten auf und bearbeitet das Thema im Rahmen von Gesprächen oder Projekten mit Jugendlichen, mit dem Ziel, «Littering» künftig präventiv zu verhindern, so übernimmt sie unweigerlich einen stigmatisierenden Teil des gesellschaftlichen Diskurses. Dadurch können die tatsächlichen Bedürfnisse Jugendlicher und die alltäglichen konstruktiven Aneignungsprozesse im öffentlichen Raum zunehmend aus dem Blickfeld geraten. Die deskriptive Juvenir-Studie zeigt eine etwas widersprüchliche Haltung der Jugendlichen auf: Zum einen, dass sich die grosse Mehrheit heute als Befürworter eines hohen Masses an Eigenverantwortung positioniert und ein Einhalten von Regeln wünscht. Darüber hinaus fordern die Befragten von Erwachsenen aber mehr Verständnis dafür, wenn in jugend-typischer Weise mal «über die Stränge geschlagen wird», und befürwortet die Präsenz von Security und Polizei im öffentlichen Raum, wobei diese auch als Mitverursacher für Konflikte angesehen werden, wenn sie «respektlos» gegenüber Jugendlichen auftreten.[21] Dies lässt sich nur verstehen als Ausdruck der für die Jugendphase typischen Bedürfnisse nach Orientierung (an geltenden Regeln) einerseits und Autonomie (Regelverletzungen auch mal austesten) andererseits. Mobile Jugendarbeit agiert in diesem Spannungsfeld, einerseits den Jugendlichen gegenüber und andererseits zwischen Jugendlichen und Gesellschaft. Mit einer einseitigen Ausrichtung auf ordnungspolitische Aufträge drohen jedoch die spezifischen Besonderheiten des Handlungsfeldes Offener Kinder- und Jugendarbeit, wie Bedürfnisorientierung, Beziehungsarbeit, Offenheit, Freiwilligkeit und Parteilichkeit, an Bedeutung zu verlieren.[22]

Forderungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Auch unabhängig vom konkreten Handlungsfeld Mobiler Jugendarbeit setzt sich Offene Kinder- und Jugendarbeit anwaltschaftlich für einen gleichberechtigten Zugang Jugendlicher und die Sicherung von öffentlichen Räumen ein.[23] Auch standortgebundene Angebote wie Jugendtreffpunkte stellen «öffentliche» Orte dar, an denen Jugendliche Gleichaltrige treffen können – was gemäss der Juvenir-Studie ein zentrales Bedürfnis ist. Eine qualitativ gute Jugendarbeit mit ausdifferenziertem Angebot bietet Jugendlichen die Möglichkeit, Angebote selbst mitzugestalten – wie auch die Befragten der Juvenir-Studie angeben, ihre Freizeit möglichst eigenständig gestalten zu wollen. Neben der Alltagspartizipation unterstützt die Offene Kinder- und Jugendarbeit aber auch zunehmend neue Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Gemeinwesen.[24] Dieses bei den Jugendlichen vorhandene Potential zur Partizipation und das in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit darüber vorhandene Know-How sollten künftig noch stärker in Prozesse der Stadt- und Raumplanung einbezogen werden. In der Regel sind bei diesen ausschliesslich Erwachsene beteiligt und die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen werden nicht beachtet. Damit sind Konflikte aufgrund der unberücksichtigten Interessen dieser Jugendlichen und jungen Erwachsenen vorprogrammiert. Die Auswirkungen von stadtplanerischen Fehlentscheidungen und Planungsmängeln dieser Art werden dann an Polizei, Securitydienste oder gar an aufsuchende Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit delegiert. Massgebliche Beiträge zur Erhaltung und Schaffung jugendfreundlicher Lebenswelten sind deshalb künftig bereits in den Planungsphasen in Politik und Verwaltung zu erbringen. Kinder und Jugendliche sind rechtzeitig und stärker als ExpertInnen an solchen Planungsprozessen zu beteiligen.●

Literatur

Gillich, S. (2009): Handeln zwischen Prävention und ordnungspolitischer Vereinnahmung: Anforderungen an Streetwork S. 16-23 in: F. Dölker & S. Gillich (Hrsg.), Streetwork im Widerspruch. Gelnhausen: Triga.
Klaus, A. (2005): Blick in die Schweiz. S. 248-259 in: S. Gillich (Hrsg.), Professionelles Handeln auf der Strasse. Gelnhausen: Triga.
Klose, A. (2009): Soziales Handeln zwischen Kriminalisierung und Prävention – Streetwork/Mobile Jugendarbeit «auf schwerer See». S. 24-38 in: F. Dölker & S. Gillich (Hrsg.), Streetwork im Widerspruch. Gelnhausen: Triga.
Krisch, R. (2009): Sozialräumliche Methodik der Jugendarbeit. Weinheim/München: Juventa.
Lindner, W./Kilb, J. (2005): Jugendarbeit und Kommune. S. 355-374 in: F. Kessel et al.(Hrsg.), Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS.
Simon, T. (2006): Aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und professionelle Antworten in den Arbeitsfeldern Streetwork und Mobile Jugendarbeit. S. 20-39 in: S. Gillich (Hrsg.), Professionelles Handeln auf der Strasse. Gelnhausen: Triga.
Steiner, M./Knittel, T./Müller, D./Nell, P. (2012): Unser Platz – Jugendliche im öffentlichen Raum. Basel: Jacobs Foundation. www.tinyurl.com/byw565h, Zugriff 13.11.2012.
TOJ Trägerverein für die Offene Jugendarbeit der Stadt Bern (2012): Diskussionspapier Jugend braucht «Raum». Bern. www.tinyurl.com/a7jcm25, Zugriff: 13.11.2012.

Endnoten

1 Vgl. Steiner et al. 2012.
2 Ebd: 40-46.
3 Ebd: 12-13.
4 Ebd: 18.
5 Ebd: 18-19.
6 Ebd: 11.
7 Ebd: 16.
8 Ebd: 17-20.
9 Ebd: 5, 21, 38-39; Lindner/Kilb 2005: 358-359; Gillich 2009: 18-23.
10 Ebd: 21-25.
11 Ebd: 27.
12 Ebd: 28.
13 Ebd: 28.
14 Ebd: 30.
15 Lindner/Kilb 2005: 361.
16 Krisch 2009: 43-49; Klose 2009: 24-38.
17 Klaus 2006: 250-252.
18 Lindner/Kilb: 366; Gillich 2009.
19 Klaus 2006: 250-252. Vgl. auch den Artikel von Flückiger in dieser Ausgabe des SuchtMagazin.
20 Klose 2009: 32-36; Lindner/Kilb 2005: 358.
21 Jacobs Foundation 2012: 24.
22 Klaus 2005: 252; Klose 2009.
23 Vgl. TOJ 2012.
24 Vgl. z. B. das Projekt «das Sofa» der Mobilen Jugendarbeit Basel. www.mjabasel.ch/projekte/das_sofa

Sozialräumliche Gassenarbeit – Anspruch oder Utopie?

Gassenarbeit sollte aufgrund ihrer Haltung und Methode eigentlich per se sozialraumorientiert sein. Die durch den Schwarzen Peter in der Stadt Basel begleitete Klientel lebt jedoch in einem eingeengten Sozialraum. Daher kann das Postulat eines sozialräumlich strukturierten Hilfesystems nicht aufrechterhalten werden. Die Weiterentwicklung zu einer stärkeren Sozialraumorientierung erscheint dabei denkbar einfach, wird jedoch mitunter durch durch das Hilfesystem selbst verhindert.

Andreas Wyss
Sozialarbeiter FH, Präsident Schwarzer Peter,
Projektmitarbeiter am Institut Sozialplanung und Stadtentwicklung,
Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, Sperrstrasse 98, CH-4057 Basel,
andreas.wyss@socialthink.ch, www.socialthink.ch/about

Tobias Hochstrasser
Sozialarbeiter FH, Gassenarbeiter, Co-Leiter Schwarzer Peter,
Elsässerstrasse 22, CH-4056 Basel, team@schwarzerpeter.ch,
www.schwarzerpeter.ch

Schlagwörter:
Gassenarbeit | Aufsuchende Soziale Arbeit | Ausgrenzung | niederschwellig | randständig | Sozialraum |

Gassenarbeit

Der Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter ist ursprünglich aus der Suchtarbeit auf der Gasse in der Stadt Basel entstanden. In der Zwischenzeit ist Sucht nicht mehr der ausdrückliche Schwerpunkt der Gassenarbeit des Schwarzen Peters, der nächstes Jahr sein 30-jähriges Jubiläum feiert. Dies, da sich einerseits das Hilfsangebot im Bereich Sucht entscheidend weiterentwickelt hat. Andererseits wird während der Arbeit auf der Gasse sichtbar, dass Substanzabhängigkeit nicht der einzige Grund ist, weswegen eine Person ihre Zeit mehrheitlich oder komplett auf der Strasse verbringt. Eine Suchtproblematik kann Ursache sein. Ebenso kann eine Lebenskrise zum Verbleib auf der Gasse führen und dabei den Suchtmittelkonsum als mögliche Bewältigungsstrategie näher rücken.

Veränderungsprozesse sind auch ohne Bearbeitung einer Suchtthematik machbar und wirken wiederum – wenn ursächliche Problemlagen bewältigt werden – auch auf den Konsum von Alkohol und Drogen ein. Hinzu kommt, dass nicht alle Personen eine Suchtproblematik aufweisen, die ein Bier in der Hand halten – auch jene nicht, die sich regelmässig an öffentlichen Plätzen aufhalten. KonsumentInnen von Alkohol und Drogen sind dennoch treue WegbegleiterInnen, in der KlientInnenarbeit steht aber etwas anderes im Zentrum: den Zugang zum Hilfsangebot zu verbessern oder überhaupt erst zu ermöglichen.

Die Arbeitshaltung der Mitarbeitenden des Schwarzen Peter orientiert sich an der Charta der Aufsuchenden Sozialen Arbeit[1] der Schweiz. Daraus ergeben sich die Grundpfeiler eines Angebots zur Zusammenarbeit mit dem Anspruch, die Leute zu erreichen – dies wird mit dem niederschwelligen, akzeptierenden, freiwilligen, parteilichen, vertraulichen und kostenlosen Ansatz möglich. Eine akzeptierende Haltung heisst einerseits, dass sich die GassenarbeiterInnen in der Zusammenarbeit an der Lebenswelt der KlientInnen, deren real erlebten Situation orientieren. Andererseits soll dabei weder ihre Einstellung noch ihr Handeln moralisch gewertet werden. So setzen die GassenarbeiterInnen bei Themen wie Regeln im öffentlichen Raum oder Sucht auf Informationsvermittlung und Befähigung der KlientInnen, damit diese ihre Entscheidungen und Zielsetzung selbständig treffen können.

Arbeiten im öffentlichen Raum

Das lebensfeldnahe Angebot in Form von Präsenz im öffentlich-zugänglichen Raum ist eine Dienstleistungen welche in der Logik der Gasse – also der Logik des für die Arbeit entscheidenden sozialen Raums – erfolgt. Der überwiegende Teil des Austausches und sogar der Beratungen findet auf der Gasse statt. Hier darf aber nie vergessen gehen, dass sich die GassenarbeiterInnen im sozialen Raum der Klientel befinden und damit im Machtraum der Klientel sind. Von der Klientel wird ihr Gassenumfeld oftmals als Familie bezeichnet, die Strasse wird dabei wie eine Art Wohnzimmer genutzt und wahrgenommen. Die aufsuchende Arbeit in diesem Umfeld stellt aufgrund dieses familiären Bezugs zum öffentlichen Raum und den dortigen Menschen eine grosse Herausforderung dar. Ein aufsuchender Zugang bedeutet, in diesen familiären, privaten Raum einzudringen. Nur mit viel Fingerspitzengefühl und durch Anerkennen dieses Rahmens können Hilfestellungen angeboten werden.

Wenn man bedenkt, dass die Klientel ihre Zeit oder Freizeit ganz oder partiell in diesem Raum verbringt, erstaunt es nicht weiter, dass sich für einige von ihnen die Unterstützung von Seiten der Gassenarbeit auf den aus Sicht der Sozialarbeitenden relevanten Sozialraum an und für sich konzentriert, nämlich auf die Steigerung der Lebensqualität im öffentlichen Raum.

Die obigen Ausführungen zeigen, dass die Gassenarbeit auf den Grundsätzen der Sozialraumorientierung aufbaut. Sichtbar wird dies auch in der Charta der Aufsuchenden Sozialen Arbeit, die viele Elemente eines sozialräumlich organisierten Angebots

beinhaltet. Es ist eine Arbeit, welche sich in den Dienst der Interessen von Gruppierungen und Individuen stellt und sich dabei sowohl praktisch wie auch durch den ethischen Bezugsrahmen an deren sozialem Raum orientiert. Denkt man weiter, würde eine umfassende Orientierung am Sozialraum bedeuten, dass sich die Zielgruppe der Gassenarbeit um jene Menschen im öffentlich zugänglichen Raum erweitern müsste, deren Lebenssituationen nicht bedenklich sind oder wenigstens nicht aktuell von einer Notlage betroffen sind.

Von Randständigen zu flexiblen Zielgruppen im öffentlich zugänglichen Raum

An wen sich die Gassenarbeit richten soll, kann nicht abschliessend definiert werden. Sie richtet sich an Menschen, welche von den anderen sozialen Angeboten nicht oder nur bedingt erreicht werden und die im öffentlich zugänglichen Raum anzutreffen sind. Die Zielgruppen müssen also mit hoher Flexibilität und aufgrund der aktuellen Entwicklungen laufend neu definiert werden. Bei ihnen sollen Lebens- und Überlebensbedingungen verbessert, Ausgrenzung und Stigmatisierung gemindert oder verhindert, sowie die soziale Teilhabe gefördert werden.
Aufgrund der immanenten ständigen Neudefinition verschieben sich auch die Arbeitsschwerpunkte der Gassenarbeit stetig. Neue Risikogruppen sollen möglichst früh erkannt werden. So konzeptioniert der Schwarze Peter zurzeit und in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ein Präventionsangebot für den Nightlifebereich.

Trennlinie zur restlichen Bevölkerung

Zum Sozialraum der Zielgruppe müssen auch die von ihnen frequentierten sozialen Institutionen gezählt werden. Der gesamte Raum hat dabei unterschiedliche Bezugspunkte zur Restgesellschaft und steht sowohl ökonomisch wie auch sozial in einer Wechselwirkung zu ihm. Dennoch erscheint er als getrennte Welt. Diese Abgrenzung ist auch Produkt des Hilfesystems; so sind die Angebote nicht in die quartiernahen Strukturen eingebunden, sondern bilden ein abgegrenztes Versorgungsnetz mit entsprechenden Zugangsvoraussetzungen. Diese Zugangsvoraussetzungen werden dabei jedoch nicht oder nur in geringem Umfang durch explizite Regelwerke geschaffen, vielmehr sind sie in einem implizit wirkenden, kulturell überlieferten Regelwerk begründet. Es kann somit behauptet werden, dass diese Angebote mit ihren Zugangsvoraussetzungen einen abgegrenzten Raum darstellen, der von wichtigen gesellschaftlichen Strukturen getrennt ist und damit auch die Klientel von gesellschaftlicher Teilhabe ausschliesst.
Ähnlich ist auch die Zugehörigkeit zur Zielgruppe geregelt, so dass auch beim Aufenthalt in ihnen Inklusionsvoraussetzungen entstehen, wenn auch nicht im räumlichen, so doch im sozialen Sinne. Der Eintritt in die Zielgruppe erfolgt in der Regel erst, wenn der Nutzen der Zugehörigkeit grösser ist als die damit einhergehende Stigmatisierung durch die Restgesellschaft.

Inklusion in die Zielgruppe

Auffallend ist die Einfachheit des Zugangs zu diesen Gruppen, wenn man über die nötigen Inklusionsvoraussetzungen verfügt. Das nahe Umfeld der Gruppen vermittelt zudem wichtige Ressourcen und Wissen, das für das Überleben in diesen existentiellen Notlagen bedeutsam ist. Es kann dabei durchaus als soziales Auffangbecken – eventuell als letztes – bezeichnet werden. An einem Ort wie dem Bahnhof SBB in Basel steigert sich die Lebensqualität in der Gruppe durch den Informations-

austausch und die Vernetzung untereinander und dem damit verbundenen gegenseitigen Zugang zu den jeweiligen persönlichen Ressourcen. Umgekehrt wirkt dieser starke innere Gruppenbezug jedoch auch desintegrierend, denn das Wissen und die persönlichen Ressourcen, die dort vermittelt und aufgebaut werden, können nur sehr beschränkt ausserhalb dieses Kontextes genutzt werden. Hier kann die Gassenarbeit einerseits an den Austausch vor Ort anknüpfen und die Orientierung und Vernetzung der Klientel weiter verstärken – dies in der Funktionsweise des entsprechenden Sozialraums. Andererseits können die GassenarbeiterInnen als Bindeglied zur restlichen Gesellschaft fungieren und so die in diesen Gruppen gewonnenen Ressourcen auch ausserhalb nutzbar machen. Das Wissen und die Ressourcen in diesen Gruppen stellen eine Grundlage für das Überleben dar und müssen entsprechend geschützt werden.

Netzwerkartige Strukturen

Wie mehrfach angedeutet, unterscheiden sich die Bewegungsmöglichkeiten der Zielgruppe im Sozialraum von den Möglichkeiten der restlichen Bevölkerung. Diese implizite Trennlinie wird auch von den helfenden Institutionen aufrechterhalten. Die zwischenmenschlichen Beziehungen hinter dieser Trennlinie können sehr gut mit netzwerkartigen Strukturen beschrieben werden. Wenn die Zielgruppe als Netzwerk verstanden wird, dann handelt es sich um eines mit verschiedenen Zentren. Die Ausdifferenzierung in diese Zentren gründet auf dem Alter der Betroffenen, allfälligem Konsumverhalten von Suchtmitteln, sozioökonomischen Möglichkeiten, politischer Ausrichtung und/oder eigenen Vorlieben. Es handelt sich dabei jedoch nicht um eine eigentliche Szene, denn dafür ist die Identifikation der Einzelnen mit der Gesamtheit zu gering. Eine Kultur der gegenseitigen Abgrenzung aufgrund der oben genannten Merkmale ist zwar ausgeprägt, wirkt aber nur partiell, da die reziproken ökonomischen wie auch sozialen Abhängigkeiten zu gross sind. Durch diese netzwerkartigen Strukturen mit partieller innerer Abgrenzung entstehen verschiedene teilweise sich gegenseitig überlappende Gruppen. Diese halten sich oftmals auch am gleichen Ort auf und werden dabei von Aussenstehenden als eine Szene wahrgenommen.

Das Netzwerk und seine Grenzen

Diese netzwerkartigen Strukturen könnten grundsätzlich einen Ansatzpunkt in einer nachhaltigen Bewältigung der Notlagen darstellen. Dafür müssten sich die Netzwerkstrukturen gegenüber der Gesellschaft öffnen, resp. nicht mehr von der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Zurückhaltung, Angst oder gar Missachtung eines grossen Teils der Bevölkerung müssten überwunden werden, denn die damit verbundene Isolation und Ausgrenzung verfestigt die sozialen Verhältnisse. Der Schwarze Peter versucht dieser Erscheinung entgegenzuwirken – auch mit regelmässiger Öffentlichkeitsarbeit und mit Aktionen wie dem Kleidertausch, bei denen der Kontakt der Klientel mit der restlichen Basler Bevölkerung gefördert werden soll. Die Förderung dieser Kontakte und das Lobbying für die Zielgruppe benötigen viele Ressourcen, damit können jedoch oftmals nur der Status Quo aufrechterhalten und eine noch stärkere Ausgrenzung verhindert werden.

Da der Austausch und das Äussern von Ansprüchen vorwiegend innerhalb der Zielgruppe stattfindet, sind die Interessen der Klientel in Bezug auf die Nutzung des öffentlichen Raums – das heisst ihres Sozialraums – an den entscheidenden öffentlichen Stellen nicht vertreten. Die inneren Strukturen dieser

Netzwerke wären für ein konsequentes sozialräumliches Hilfesystem geradezu prädestiniert und doch ist die Zielgruppe in ihren Institutionen gefangen – sprich kann nicht in gleicher Weise von den Ressourcen, Angeboten und Möglichkeiten der Gesellschaft profitieren, wie dies einem grossen Teil der restlichen Bevölkerung möglich ist.

Interessenvertretung

Wer die Meinungen, das Wissen und die Bedürfnisse der Menschen ernsthaft abfragen möchte, welche einen Teil des sozialen Raumes ausmachen, müsste sich in ihren Raum begeben – was sehr selten geschieht. Ein weiteres Hindernis ist, dass die Interessen unserer Klientel oft mit Ansprüchen von politisch deutlich einflussreicheren Gruppierungen konkurrieren. Die Interessenvertretung der Klientel ist aus diesem Grund seit jeher ein fester Bestandteil der Gassenarbeit des Schwarzen Peter und ist auch von staatlicher Seite gewollt.

Betrachtet man die Umgestaltungen der öffentlichen Plätze in Basel der letzten Jahre, stellt man dennoch eine kontinuierliche Verdrängung von zuvor sichtbaren Gruppen fest. Als Beispiele dieser stillen Wegweisung können der Theodorsgraben, der Aeschenplatz, der Elisabethenpark, der Claraplatz und das Rheinbord genannt werden. Es wurden Bänke, Überdachungen, Tramhäuschen, Gratis-Toiletten oder Niedergehölz entfernt, welches etwas Privatsphäre gab. Die Menschen im öffentlichen Raum sind daher gezwungen, sich immerzu an neuen Orten zu treffen. Die Lage spitzt sich zu, wenn nur noch wenige Plätze bleiben und sich wie im vergangenen Sommer mehrere Gruppen am Bahnhof vermischen. Dies wird von Aussenstehenden als grosse Szene wahrgenommen, was wiederum die Trennlinie zwischen der Zielgruppe und der restlichen Bevölkerung verstärkt, da Ängste und Abneigungen bei der restlichen Bevölkerung entstehen – was schlussendlich Kontaktmöglichkeiten und den Austausch behindert.

Mit sozialraumorientierter Gassenarbeit aus der Isolation

Dieser desintegrierenden Wirkung, die verschiedene Gründe hat, könnte man mit einem sozialräumlichen Ansatz begegnen, bei dem die Hilfestellungen als Normalangebote konzipiert sind. Normalangebote richten sich grundsätzlich an breite Bevölkerungsschichten und haben nicht, oder nicht zwingend, einen Problembezug. Bspw. wäre ein regulärer Mittagstisch (oder eine Kantine) als Normalangebot denkbar. Anstatt separate Gassenküchen zu betreiben, müssten Mittagstische oder Kantinen eingerichtet werden, die für alle geöffnet sind, womit die Inanspruchnahme keine, resp. weniger stigmatisierende Wirkung hätte. Ein konsequenter Sozialraumbezug bedeutet die Integration der jetzigen Überlebenshilfeangebote (wie z. B. Gassenküchen und andere Treffpunkte) in bestehende quartiernahe Institutionen. Damit würde der Sozialraum der Betroffenen in einen neuen Kontext gestellt und die jetzige klare Grenze zwischen ihnen und dem «Rest der Gesellschaft» aufgeweicht.
Ein solcher Ansatz bedeutet auch, dass die «Inanspruchnahme von Dienstleistungen nicht zu Stigmatisierung oder Marginalisierung»[2] führen darf. Das gesamte Handeln der im Hilfesystem Tätigen muss sich nach diesem Anspruch richten, da ansonsten die doch existentiellen Angebote nicht genutzt werden können. Das grösstenteils separierte Hilfesystem in quartier- und bevölkerungsnahe Strukturen einzubinden, stellt eine grosse Herausforderung dar, da sich die Handlungslogik verändert und auch beim Personal neue Kompetenzen aufgebaut werden müssen. Umgekehrt können langfristig Synergieeffekte zugunsten einer breiteren Unterstützung genutzt werden. Heute sind Mütter aus der Zielgruppe der Gassenarbeit von Angeboten wie Eltern- und Erziehungsberatung nahezu ausgeschlossen. Der Schwarze Peter klärt aktuell ab, wie die betroffenen Kinder und deren Familien gefördert oder eben auch in bestehende Angebote eingebunden werden können. Der Ausschluss entsteht durch die grosse Angst vor den entsprechenden Angeboten, da von den Betroffenen ein Obhuts- resp. Sorgerechtsentzug aufgrund der eigenen Situation befürchtet wird. Wenn sich eine konsequente Ausrichtung im Sinne von sozialräumlich strukturierten Normalangeboten durchsetzen würde und die Überlebenshilfeangebote in diese integriert sind, kann dies die Hemmschwelle für eine Inanspruchnahme senken, was im erwähnten Beispiel sowohl für die betroffenen Mütter als auch ihre Kinder positive Auswirkung haben würde. Auch bei anderen Problemkonstellationen können ähnliche Effekte angenommen werden.

Gesellschaftliche Verantwortung

Einem solchen, konsequent auf den Sozialraum ausgerichteten Hilfesystem stehen weitere Hindernisse im Weg. So ist die bereits genannte Ausgrenzung, Marginalisierung und Stigmatisierung durch die Restgesellschaft nicht einfach zu beseitigen. Ein langsamer Wechsel ist daher angezeigt und vernünftig, da das Abbauen von ausgrenzenden gesellschaftlichen Strukturen Zeit benötigt.
Auf jeden Fall braucht dieses Ziel viel langfristiges Engagement. Die Befürchtung, dass es nur eine unerreichbare Forderung bleibt, ist begründet. Allerdings könnte die gewünschte Entwicklung aus scheinbar unerwarteter Richtung Unterstützung finden, da sich der ökonomische Druck auf die helfenden Institutionen vergrössert und Synergieeffekte durch Vernetzung zwingend genutzt werden müssen. Umgekehrt besteht hier auch die Gefahr, dass Angebote, statt in den Sozialraum integriert zu werden, ersatzlos gestrichen werden.

Das Bevölkerungssegment, welches von Jobverlust, Kürzung von Renten u.a. betroffen ist, wird immer grösser. Die Klientel der Gassenarbeit wird parallel dazu bereits seit einiger Zeit breiter und umfasst immer mehr Menschen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Die Inanspruchnahme von Hilfeleistungen muss selbstverständlich werden, denn die zumindest temporäre Notwendigkeit, auf den Sozialstaat zurückgreifen zu müssen, wird zunehmen. Damit wäre die Grundlage für eine Annäherung der voneinander abgegrenzten Bevölkerungsteile gegeben. Wenn aus dieser Annäherung ein Verständnis der eigenen sozialen und ökonomischen Verwundbarkeit entstehen kann, wird die Trennung zwischen Klientel und Nicht-Klientel für öffentliche Auseinandersetzungen uninteressant. Dieser grundsätzlichen Haltung haben sich die Gassenarbeit und damit auch der Schwarze Peter schon jetzt verschrieben.

Wenn der konsequente Sozialraumbezug umgesetzt ist, stellt sich selbstredend auch die Frage nach der Aufgabe einer Gassenarbeit, denn vor diesem Hintergrund müsste sich auch die Gassenarbeit zu einem Normalangebot entwickelt haben und wäre fortan Ansprechpartner für alle Menschen im öffentlichen Raum. Damit hätte die Gassenarbeit ihren Weg in «die Mitte der Gesellschaft» gefunden, dabei ihr Klientel mitgenommen und die breite Bevölkerung als Klientel gefunden.●

Literatur

Groupe Hors-murs du GREAT/FAGASS des Fachverbandes Sucht (2004): Charta der Aufsuchenden Sozialarbeit. http://tinyurl.com/9st5ng7, Zugriff 12.10.12.
Mattes, C./Wyss, A. (2011): Integrierte und flexible Hilfen zur Armutsbekämpfung in Basel-Stadt. Abschlussbericht. Basel: Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, www.tinyurl.com/8ul7u8d, Zugriff 12.10.2012.

Endnoten

1 Vgl. Groupe Hors-murs du GREAT/FAGASS 2004.
2 Mattes/Wyss 2011: 5.

Sozialraumorientierung und Sicherheit im öffentlichen Raum

Um den komplexen Ansprüchen gerecht zu werden, welche die Sozialraumorientierung an aufsuchend tätige Organisationen stellt, ist eine Auseinandersetzung mit Themen wie Sicherheit im öffentlichen Raum, Nutzungskonflikten und dem Einfluss, den das Verhalten der KlientInnen und der Bevölkerung darauf hat, unumgehbar. Eine Möglichkeit damit umzugehen, ist die Arbeit mit Doppelmandat, die eine aktive Einflussnahme sowohl auf die Situation der KlientInnen, wie auch auf die Situation im öffentlichen Raum ermöglicht.

Silvio Flückiger
Leiter Pinto, Stadt Bern, Direktion für Bildung, Soziales und Sport, Pinto, Schwarztorstrasse 23, CH-3007 Bern, silvio.flueckiger@bern.ch

Schlagwörter:
öffentlicher Raum | Sicherheit | Doppelmandat |

Neues Aufgabengebiet der Prävention

Aufsuchend tätige Organisationen werden im Sozialraum mit einer herausfordernden Situation konfrontiert, die unterschiedliche Ansprüche an die Arbeit stellt. Neben der klassischen, individuellen Arbeit mit den KlientInnen zur Verbesserung ihrer Lage, werden sie zunehmend mit dem Anspruch konfrontiert, den Sozialraum und das Verhalten der KlientInnen dahingehend zu bearbeiten, dass ihr Aufenthalt im öffentlichen Raum konfliktfrei möglich ist.

In der Prävention entsteht daraus ein zusätzliches, neues Aufgabengebiet. Es geht einerseits darum, die KlientInnen im öffentlichen Raum vor Repression, Ausgrenzung und Stigmatisierung zu schützen, andererseits darum, den Ansprüchen der Bevölkerung, der Politik und den verschiedenen Nutzungsansprüchen gerecht zu werden. Beide Aufträge wahrzunehmen, erscheint auf den ersten Blick als unmöglicher Spagat und erfordert eine Abkehr vom Einzelmandat für die KlientInnen hin zu einem Doppelmandat. Speziell die Diskussionen rund um das Thema parteiliche Sozialarbeit versus allparteiliche Sozialarbeit oder gar die Unterteilung, mit der wir oft konfrontiert werden – inparteilich = gut für die KlientInnen, allparteilich = schlecht für die KlientInnen – greift hier zu kurz.

Sie verneint, dass die Lebensbedingungen der KlientInnen, welche sich im öffentlichen Raum aufhalten, nur verbessert werden können, wenn die Ansprüche aller Beteiligten gleichermassen berücksichtigt werden. Parteiliche Arbeit schützt die KlientInnen nicht ausreichend vor Repression, Ausgrenzung oder Stigmatisierung und vernachlässigt dadurch ein Themengebiet, das einen grossen Einfluss darauf hat, ob sich die Lebenssituation der KlientInnen verbessert oder verschlechtert.

Konfliktfreie Koexistenz aller Bevölkerungsgruppen

Aktiv auf das Verhalten einzuwirken ist einer der Aufträge von Pinto, einer aufsuchend tätigen Institution, die neben dem sozialen auch einen vermittelnden und ordnungsdienstlichen Auftrag hat. Im Auftrag der Stadt Bern verfolgt Pinto das Ziel, eine konfliktfreie Koexistenz aller Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen.

Ordnungsdienstliche Interventionen mit rein kommunikativem Charakter (d.h. keine Bussen, keine Wegweisungen etc., sondern das Aufmerksam Machen auf Fehlverhalten, das Thematisieren des Fehlverhaltens und die Aufforderung, das Verhalten zu ändern) sind dabei ein wichtiges Instrument. Sie dienen nicht nur dazu, die Bevölkerung zu beruhigen oder das subjektive Sicherheitsgefühl zu erhöhen, sondern vor allem dazu, die KlientInnen vor polizeilicher Repression zu schützen und ihnen, indem sie sich an bestehende Regeln und Gesetze halten, einen konfliktfreien Aufenthalt im öffentlichen Raum zu ermöglichen. Indem das geforderte Verhalten thematisiert, diskutiert und gemeinsam ausgehandelt wird, kann der Teufelskreis von «ich erlebe mich als Opfer von Repression und habe keinen Einfluss darauf, ob ich gebüsst oder weggewiesen werde» durchbrochen werden. Es entstehen neue Handlungsoptionen, was bei den KlientInnen zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten und dessen Auswirkungen auf ihre Situation führt.

Auf Seiten der Bevölkerung, der AnwohnerInnen und des Gewerbes gilt es für Organisationen mit Doppelmandat einerseits, die Anliegen und Interessen dieser Gruppe ernst zu nehmen, andererseits, das Recht der Randständigen, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten, zu verteidigen. Diese Aufgabe ist unvergleichlich schwieriger als jene der ordnungsdienstlichen Intervention, da es sich bei der Bevölkerung und dem Gewerbe um eine weitaus grössere und machtvollere Gruppe handelt. Zudem bestehen oft diffuse Ängste und Vorurteile gegenüber randständigen Personen; diese abzubauen nimmt viel Zeit und Energie in Anspruch.

Ein Ziel der sozialraumorientierten Arbeit muss sein, ein möglichst konfliktfreies Zusammenleben aller BenutzerIn-

nengruppen des öffentlichen Raumes sicherzustellen, bei dem nicht die Gruppenzugehörigkeit oder der soziale Status im Vordergrund stehen, sondern das Verhalten der ausschlaggebende Faktor ist. Untolerierbarem Verhalten[1] wie z.B. Beleidigungen, agressives Betteln, Pöbeln etc., egal von welcher Gruppierung, ist mit ordnungsdienstlichen Interventionen, Mediationen und Vermittlungen zu begegnen.

Doppelmandat bietet viele Chancen

Neben den beschriebenen Herausforderungen bietet die Arbeit mit Doppelmandat viele Möglichkeiten, die sowohl die Situation im öffentlichen Raum, die Situation der sich beschwerenden angrenzenden NachbarInnen, des Gewerbes, wie auch die Situation der KlientInnen verbessern kann.

Es gibt z.B. die Möglichkeit, den Sozialraum aktiv mitzugestalten und direkten Einfluss darauf zu nehmen, dass das Recht der KlientInnen, sich unbehelligt im öffentlichen Raum aufhalten zu können, respektiert wird. Hier bietet die Allparteilichkeit entscheidende Vorteile. Da sowohl die Anliegen der KlientInnen wie auch diejenigen der Bevölkerung, des Gewerbes und der Politik bearbeitet werden, entsteht ein breit abgestütztes Bild der Situation im öffentlichen Raum. Die breite Vernetzung, welche für die Arbeit mit Doppelmandat Voraussetzung ist und von der Polizei über Sozialdienste, Quartiervereine, Wirtschaftsorganisationen und soziale Institutionen bis hin zu politischen Gruppierungen reicht, ermöglicht eine umfassende Einflussnahme auf die Gestaltung des Sozialraumes. Allparteilich tätige Organisationen werden als Partner und Ermöglicher von Lösungsprozessen und nicht als Partei wahrgenommen und können ihren Einfluss so einfacher geltend machen und rascher Lösungen realisieren.

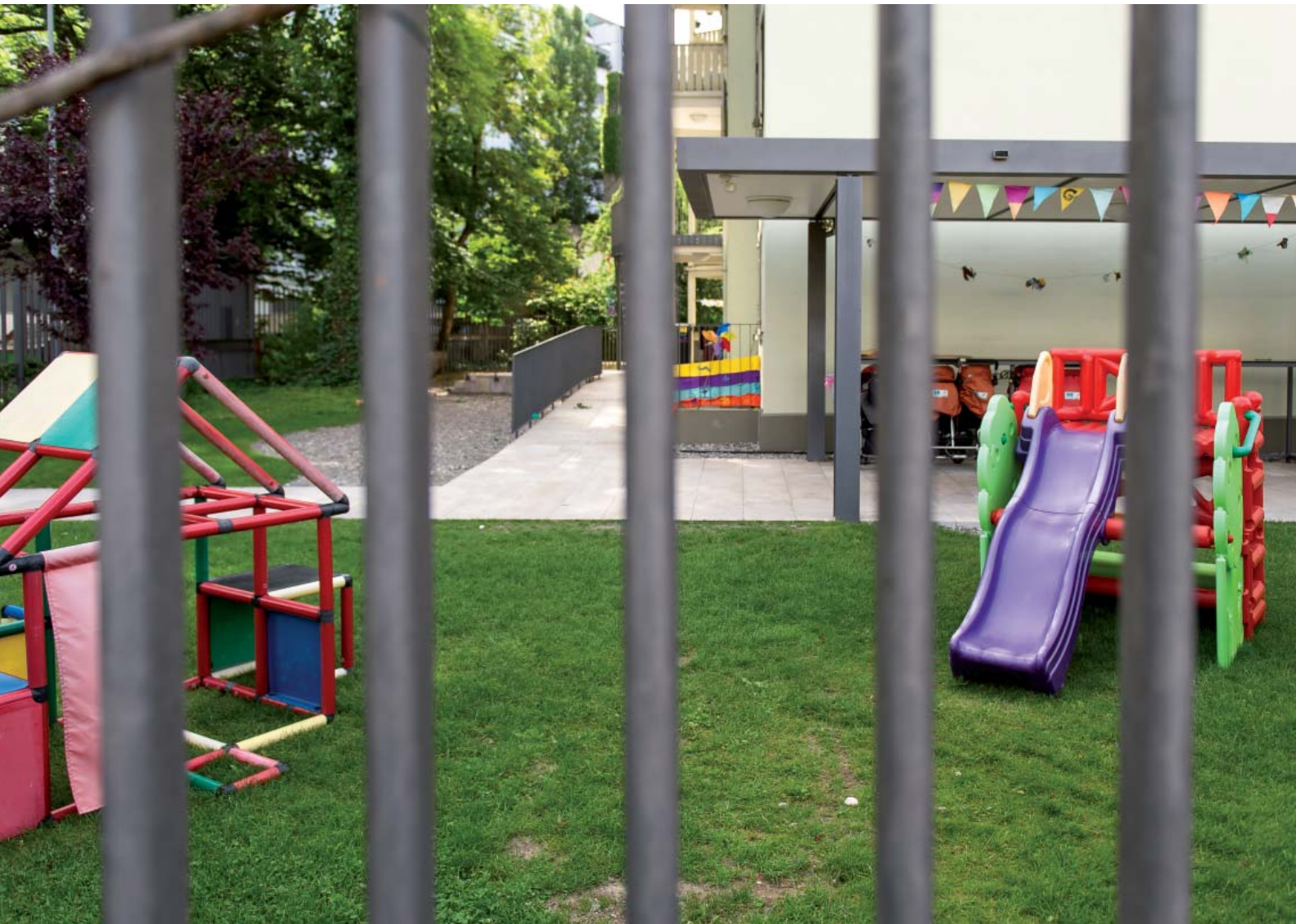
Konkurrenzdruck im öffentlichen Raum

Der öffentliche Raum ist geprägt durch eine ständige Konkurrenz verschiedener Nutzungsansprüche. Bahnhöfe – einst beliebter Treff- und Lebensmittelpunkt diverser Randgruppen – werden durch die starke Kommerzialisierung und dem Wunsch nach ungehindertem Konsum und ungestörten Passantenströmen zu Einkaufsmeilen umgebaut, Nischen werden baulich entfernt und selbst Sitzmöglichkeiten werden aufgehoben, damit ein längerer Aufenthalt unattraktiv bis unmöglich wird. Bei Störungen in Parkanlagen wird der Ruf nach strikter Durchsetzung von Parkordnungen oder gar die Schliessung zu Nachtzeiten gefordert, Toilettenanlagen, die auch durch Drogenkonsumierende aufgesucht werden, droht die Schliessung. Diese Liste liesse sich beliebig erweitern.

Verbote, Ausgrenzung und Vertreibung lösen aber kaum Probleme, sie verlagern sie meist nur. Den Sozialraum derart zu gestalten, dass allen Ansprüchen gerecht werden kann, ist auch Aufgabe der aufsuchenden Arbeit. Leider erschöpfen sich die Bemühungen dahingehend allzu oft in der Forderung nach offenen Räumen, dem Beklagen der Umstände auf der einen Seite und dem Ruf nach Repression und Vertreibung auf der anderen Seite. Die Verantwortung aufsuchend tätiger Organisationen kann nicht mit dem Auf-Missstände-aufmerksam-Machen, dem Fordern nach Freiraum und dem Beklagen der zunehmenden Einschränkung des Freiraumes enden. Es gilt aktiv auf die Situation einzuwirken. Das Doppelmandat erleichtert diese Aufgabe.

Beispiel öffentliche Toiletten

Randständige, die ihren Lebensmittelpunkt auf der Gasse haben, sind auf eine gewisse Infrastruktur wie z.B. Toilettenanlagen angewiesen. Da diese aber auch zum Konsumieren



von Drogen oder zum Übernachten zweckentfremdet werden, besteht die Tendenz, diese durch die Behörden zu schliessen oder abzubauen. Wird den Randständigen aber die Möglichkeit genommen, öffentliche Toiletten zu benutzen, verschlechtert sich deren Hygienesituation und Störungen durch wildes Urinieren – auch durch Personen, welche Toiletten im normalen Rahmen genutzt haben, sind vorprogrammiert. Die Schliessung von öffentlichen Toilettenanlagen zu verhindern, ist mit Teil der Aufgabe aufsuchend tätiger Organisationen. Dazu gehören einerseits die Forderung, davon abzusehen, aber andererseits auch Interventionen zur Verhinderung des Drogenkonsums, die Entfernung von Spuren des Drogenkonsums, die Kommunikation von Nutzungsregeln und das Aufmerksam-Machen auf alternative Konsummöglichkeiten, z.B. Drogenanlaufstellen etc. Diese Massnahmen führen meist dazu, dass die Toiletten sauberer sind, es zu weniger Zweckentfremdung kommt, die Reklamationen abnehmen und die Anlage im Interesse aller weiter betrieben wird.

Alternative Aufenthaltsmöglichkeiten und die Rolle der aufsuchenden Arbeit

Ein sinnvolles Ziel sowohl aus sozialarbeiterischer Sicht wie auch hinsichtlich der subjektiven Sicherheit ist, dass die KlientInnen ihre Zeit nicht nur im öffentlichen Raum verbringen. Damit dies realisiert werden kann, ist es zwingend notwendig, den KlientInnen alternative Aufenthaltsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Hier kann die aufsuchende Arbeit gestaltend mitwirken, indem sie auf fehlende Angebote aufmerksam macht, die Anpassung von Öffnungszeiten an die Situation im öffentlichen Raum fordert oder im Umfeld der Angebote mit intensiver Arbeit verhindert, dass Ansammlungen oder störendes Verhalten von KlientInnen den Fortbestand der Institution gefährden. Eine wichtige Aufgabe ist es auch, bei Beschwerden über die Auswirkungen der Institutionen auf den öffentlichen Raum den direkten Kontakt zu den Beschwerdeführenden zu suchen, zwischen den NutzerInnengruppen und der Institution zu vermitteln oder mit ordnungsdienstlichen Interventionen direkt auf die Situation einzuwirken.

In Bern tragen verschiedene alternative Aufenthaltsangebote entscheidend dazu bei, dass sich sowohl die Lage im öffentlichen Raum entspannt, als auch die Situation der BenutzerInnen dieser Angebote stark verbessert werden kann.

So besteht in der Stadt Bern für alkoholabhängige Personen ein betreuter Aufenthaltsraum[2] der von Montag bis Samstag zwischen 12:00 und 19:00 Uhr geöffnet ist. Neben der Rückzugsmöglichkeit wird auch täglich Essen angeboten. Die Kontakt- und Anlaufstelle[3] bietet drogenabhängigen Personen von Montag bis Samstag zwischen 14:30 und 22:00 Uhr und am Sonntag zwischen 16:00 und 20:00 Uhr die Möglichkeit, Abstand vom Stress der Strasse zu nehmen und in einem sozialarbeiterisch und medizinisch gut betreuten Rahmen Drogen in kleinen Mengen zu kaufen und zu konsumieren. Auch hier werden täglich Mahlzeiten angeboten. Weitere Angebote wie offene Treffpunkte für Menschen in schwierigen Situationen sorgen dank der gestaffelten Öffnungszeiten tagsüber für fast durchgehend alternative Aufenthaltsmöglichkeiten.

Die positive Wirkung von alternativen Aufenthaltsmöglichkeiten auf die soziale Situation der KlientInnen und auf die Situation im öffentlichen Raum ist nicht zu unterschätzen. Da die Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum während ihrer Öffnungszeiten deutlich zurückgehen, ist jedoch die Gefahr gross, sie als Instrument zur Erhöhung der Sicherheit zu missbrauchen. Speziell Gruppierungen und Einzelpersonen, die in Nutzungskonflikte mit randständigen Personen verwickelt sind, fordern immer wieder, die Öffnungszeiten auszubauen und bestehende Zutrittsbeschränkungen aufzuheben. Die Benutzung dieser Angebote muss aber freiwillig bleiben und darf lediglich eine alternative Rückzugsmöglichkeit bieten. Das Ziel muss bleiben, Ausgrenzung zu verhindern, nicht zu erleichtern. Alle Personen müssen dieselben Rechte haben, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten und sich dort frei zu bewegen, selbst wenn dies zu vermehrten Nutzungskonflikten führen kann.

Beispiel eines Nutzungskonflikts

Auf einem Friedhof kam es vermehrt zu Sachbeschädigungen, Sprayereien und Lärmklagen. Die Polizei musste mehrmals ausrücken und stellte fest, dass es sich bei den Urhebern der Störung um eine Gruppe Jugendlicher handelt. Um sie nicht zu früh zu kriminalisieren, kontaktierte uns die Polizei. Das Ziel war, die Situation zu verbessern ohne das Anzeigen oder Bussen verteilt werden. Die Analyse zeigte, dass sich Mitglieder der Gruppe ab 17:00 Uhr an zwei verschiedenen Tankstellen treffen. Es gelang uns und der aufsuchenden Jugendarbeit, Kontakt zu den Jugendlichen aufzunehmen und abzuklären, wer sie sind. Sie wurden auf Angebote der Jugendarbeit aufmerksam gemacht und Themen wie Ausbildung, Arbeit aber auch Nutzungsregeln konnten in einem ruhigen Rahmen besprochen werden.

Ab 20:00 Uhr konnten dieselben Jugendlichen in einem Park erneut angetroffen werden. Hier bestand ein kleiner Konflikt betreffend Lärm und Littering. Dieser wurde diskutiert und es konnten erneut Angebote für einen Aufenthalt in einem Jugendtreff gemacht werden.

Ab 22:00 Uhr konnten die Jugendlichen dann in der gesamten Gruppe auf dem Friedhof angetroffen werden. Gemeinsam mit dem Friedhofspersonal wurden Regeln vereinbart, welche den Jugendlichen den Aufenthalt weiterhin ermöglichten. Es wurde ihnen ein noch weitgehend unbenutztes Gebiet des Friedhofs angeboten – das Angebot war aber an konkrete Forderungen wie kein Littering, kein Lärm etc. geknüpft. Wir mussten zu Beginn relativ oft ordnungsdienstlich intervenieren. Mit der Zeit wurden die Regeln aber gut respektiert und die Gruppe konnte sich weiter auf dem Friedhof aufhalten.

Bearbeitung des Sozialraums mit Doppelmandat erfordert eine erweiterte Betrachtungsweise des öffentlichen Raums

Damit beiden Mandaten Rechnung getragen werden kann, ist eine intensive Auseinandersetzung mit der Situation im öffentlichen Raum unabdingbar. Soziale und vermittelnde oder ordnungsdienstliche Interventionen können zwar durchaus parallel zueinander stattfinden, in der täglichen Arbeit lassen sich aber Zeiten und Orte definieren, an denen eher sozialarbeiterisch, vermittelnd oder ordnungsdienstlich interveniert werden kann. Zusätzlich zur Frage, wo KlientInnen angetroffen werden, muss in der Planung berücksichtigt werden, wo Nutzungskonflikte bestehen oder entstehen können. Dies erfordert eine erweiterte Analyse der Situation im öffentlichen Raum.

Als einfaches aber im Alltag taugliches Mittel hat sich eine Analyse anhand geografischer Punkte, einer zeitlichen Achse und deren Verknüpfung gut bewährt.

Anhand der Orte, an denen sich KlientInnen vermehrt aufhalten und der Transitwege, die sie in grösseren Gruppen zurücklegen, werden geografische Punkte definiert, an denen die Zielgruppen direkt erreicht werden können. Zusätzlich wird überprüft, wo an diesen Punkten Nutzungskonflikte bestehen oder entstehen können.

Die zeitliche Achse benennt, wann sich die KlientInnen an den bestimmten Orten aufhalten, wie lange sie sich dort aufhalten und wann grössere Verschiebungen stattfinden. Zusätzlich wird auch hier überprüft, wann Nutzungskonflikte bestehen

und wann solche entstehen können.
Werden die beiden Faktoren Zeit und Ort miteinander kombiniert, ergibt sich ein gesamtheitliches Bild der Situation. Es lassen sich vereinfacht dargestellt drei Kategorien identifizieren:

1. Orte und Zeiten, an welchen sich kleinere Gruppen von KlientInnen ohne Konflikte im öffentlichen Raum aufhalten. Diese Orte bieten ideale Bedingungen für soziale Interventionen.
2. Orte und Zeiten, an denen sich KlientInnen aufhalten an denen Nutzungskonflikte entstehen können. Solche Orte erfordern eine stärkere Fokussierung auf die Interessen der verschiedenen NutzerInnengruppen, die Vermittlung zwischen den potentiellen Konfliktparteien und die Förderung von Akzeptanz und Toleranz untereinander. Zudem können hier mit allen Parteien Regeln diskutiert und vereinbart werden, die zum Erhalt eines konfliktfreien Zusammenlebens eingehalten werden müssen. Soziale Interventionen sind hier problemlos möglich, stehen aber in Konkurrenz zum Auftrag, Konflikte zu verhindern.
3. Orte und Zeiten mit bestehenden Nutzungskonflikten: Hier steht die Aufgabe im Vordergrund, den Nutzungskonflikt zu bearbeiten und zu lösen. Schwerpunkt der Arbeit ist es, den Konfliktparteien mittel- und langfristig zu ermöglichen, gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten, mit der beide Seiten leben können. Neben der vermittelnden Tätigkeit werden hier zur kurzfristigen Beruhigung der Situation auch ordnungsdienstliche Interventionen notwendig. Soziale Interventionen sind auch hier möglich, der Fokus liegt aber klar auf der Bearbeitung des Nutzungskonflikts.

Anhand der Grobunterteilung in die drei Kategorien wird ersichtlich, dass allparteiliche Arbeit nicht nur für die aufsuchend arbeitenden Personen eine grosse Herausforderung darstellt, sondern auch für die KlientInnen. Der manchmal fliessende Wechsel zwischen Hilfsangeboten, Unterstützung und ordnungsdienstlichen Interventionen stellt hohe Anforderungen an die Beziehungsarbeit auf beiden Seiten. Werden die verschiedenen Aufgaben seitens der aufsuchend tätigen Institutionen aber klar und transparent kommuniziert, ist eine kontinuierliche Beziehungsarbeit zu den KlientInnen gut möglich, auch wenn der Aufwand, stabile Beziehungen aufzubauen und zu erhalten, höher ist, als wenn parteilich gearbeitet wird.

Herausforderung, Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Institutionen

Die Aufgabe, sowohl die Lebenssituation der KlientInnen zu verbessern, wie auch den Sozialraum zu bearbeiten, erfordert eine sehr breite Vernetzung.

Zusätzlich zu den klassischen Partnern sozialer Arbeit, muss das Feld der Vernetzungspartner auf diejenigen Institutionen und AkteurInnen erweitert werden, welche entscheidenden Einfluss auf den Sozialraum haben. Neben Sicherheitsorganisationen wie der Polizei oder privaten Sicherheitsdiensten sind Quartiervereine, Gewerbeverbände, Nachbarschaftsorganisationen, politische Gruppierungen, die städtische Verwaltung oder Liegenschaftsverwaltungen wichtige Vernetzungspartner.
Die grösste Herausforderung stellt aber nicht der grosse Kreis der Vernetzungspartner dar, sondern die effiziente Zusammenarbeit. Speziell wenn Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum bearbeitet werden, sehen die verschiedenen AkteurInnen zu Beginn der Zusammenarbeit oft wenig Sinn darin.

Zu weit scheinen die Aufträge und Anliegen von sozialen Institutionen, der Polizei und direkt betroffenen Personen oder Organisationen auseinanderzuliegen.
Die aufsuchende Arbeit mit Doppelmandat dient hier als Bindeglied und kann beweisen, dass die Zusammenarbeit durchaus Sinn macht und sich die Situation sowohl in Bezug auf Sicherheit wie auch in Bezug auf die soziale Situation unter Einbezug aller Interessen nachhaltig verbessern lässt.

Soziale Interventionen, welche primär darauf ausgerichtet sind, die Lebensbedingungen Einzelner zu verbessern, führen oft dazu, dass die betroffenen KlientInnen wieder Anschluss an Institutionen finden, ihre Wohnsituation verbessern oder alternative Aufenthaltsmöglichkeiten wahrnehmen. Dadurch halten sie sich weniger im öffentlichen Raum auf, was sich im Gegenzug positiv auf Nutzungskonflikte auswirken kann. (Ein Drogenabhängiger kann jährlich dutzende ordnungsdienstlicher Interventionen auslösen, die wegfallen, wenn er einen Entzug und eine Therapie macht).
Obschon primär der Nutzungskonflikt bearbeitet wird, verbessert sich durch die vermittelnde aber auch ordnungsdienstliche Arbeit wiederum auch die soziale Situation der KlientInnen. Sie erhalten die Möglichkeit, sich direkt mit den sich Beschwerenden auszutauschen. Damit können Vorurteile abgebaut werden und es werden Verhaltensregeln ausgehandelt, die den KlientInnen den weiteren Aufenthalt im öffentlichen Raum ermöglichen, ohne dass sie ausgegrenzt werden oder polizeiliche Repression notwendig wird.
Speziell jene AkteurInnen, die zu Beginn einer Zusammenarbeit oft Repression als einziges Mittel der Lösung eines Nutzungskonflikts sehen, kommen dank der intensiveren Auseinandersetzung mit den Gründen des Nutzungskonflikts und der sozialen Situation der KlientInnen sehr oft zur Einsicht, dass rein repressives Vorgehen zu Vertreibung und Ausgrenzung führt, was die Probleme letztlich nicht löst, sondern nur verlagert.
Das Resultat der Zusammenarbeit sind sicherlich nicht rasche Lösungen. Der Lösungsprozess kann einige Wochen aber auch mehrere Monate oder in komplexen Einzelfällen gar Jahre in Anspruch nehmen aber es sind Lösungen, die den Anliegen der verschiedenen Vernetzungspartner gerecht werden.

Ausblick

Aus Sicht der Sozialraumorientierung ist es für aufsuchend tätige Organisationen unumgehbar, sich auch mit der Sicherheitslage im öffentlichen Raum auseinanderzusetzen.

Dies bedeutet einen grossen Aufwand, bietet aber auch viele Möglichkeiten, aktiv auf den Sozialraum einzuwirken. Die Arbeit mit Doppelmandat ist sicherlich nicht die einzige Form, mit der Veränderungen im Sozialraum aktiv gestaltet werden können, es ist aber eine effiziente Möglichkeit.
Entscheidend ist, das beide Mandate gleich stark gewichtet, die Prioritäten anhand der zu bearbeitenden Situation gesetzt und immer von allen Beteiligten dieselben Rechte und Pflichten eingefordert werden.
Die Diskussion muss darüber geführt werden, wie weit der Auftrag aufsuchend tätiger Organisationen in den Bereich Sicherheit ausgeweitet wird. Diese Ausweitung der Aufgaben ist mit erheblichem Aufwand verbunden, der die Organisationen und ihre MitarbeiterInnen vor neue Herausforderungen stellt.

Unterstützung, Hilfeleistungen und Prävention sind auch in Kombination mit Vermittlung, Mediation und ordnungsdienstlicher Tätigkeit gut möglich. Das beweisen viele Organisationen, die auf diese Weise arbeiten.[4] Das Feld der Sicherheit wird in der sozialen Ausbildung zwar nicht explizit behandelt, neu ist es aber nicht. SozialpädagogInnen, die in Institutionen arbeiten, in denen es Hausregeln gibt, werden täglich damit konfrontiert.
Sie unterstützen, nehmen Einfluss auf den Sozialraum und sanktionieren Verletzungen der Regeln. Aufsuchend tätige Organisationen mit Doppelmandat arbeiten nicht viel anders – auch sie unterstützen, gestalten den Sozialraum und setzen Regeln durch, nur, dass die Arbeit im öffentlichen Raum stattfindet und die Situation dort um ein Vielfaches komplexer ist.●

Endnoten

1 Definiert wird es einerseits über die Gesetze, andererseits ist es im Ermessen der MitarbeiterInnen bei Pinto.
2 La Gare – Alkoholikertreff des Contact Netz: www.tinyurl.com/akxv6hp
3 Kontakt- und Anlaufstelle des Contact Netz: www.tinyurl.com/ag8ezya
4 Nebst Pinto sind hier z.B. auch SIP Zürich (www.stadt-zuerich.ch/sip) und SIP Biel (www.tinyurl.com/bmmo26m) zu erwähnen. SIP steht für «Sicherheit, Intervention, Prävention».

Bücher zum Thema

Sozialraum. Eine Einführung. Lehrbuch
Kessl, Fabian / Reutlinger, Christian
2010 (2. Aufl.), VS Verlag, 135 S.
Von Sozialräumen ist in den letzten Jahren sowohl wissenschaftlich als auch politisch verstärkt die Rede. Es zeichnet sich die Herausbildung eines post-wohlfahrtsstaatlichen Arrangements ab, das zunehmend Räume «unterhalb» des Nationalstaats in den Blick rückt. Diese veränderte Rede vom Raum und die damit verbundenen veränderten Raumordnungen werden hier am Beispiel der Sozialen Arbeit vorgestellt: Was ist eigentlich gemeint mit Sozialraum und einer daran ausgerichteten Neuorientierung Sozialer Arbeit? Warum werden in der Sozialen Arbeit wie in der Sozialpolitik räumliche Dimensionen immer relevanter? Diese Fragen werden mit dieser Einführung für Studierende wie Fachkräfte beantwortbar. Damit wird der Kontext der aktuellen Sozialraumdebatten verdeutlicht. Eine solche Kontextualisierung und eine daraus folgende (politische) Positionierung sind die Voraussetzung für eine reflexive, d.h. professionelle räumliche Haltung.

Perspektiven zu öffentlichen Räumen. Theoretische und praxisbezogene Beiträge aus der Stadtforschung
Barbara Emmenegger/Monika Litscher (Hrsg.)
2011, interact, 250 S.
In dem Sammelband werden die Ergebnisse zweier anwendungsorientierter Forschungsprojekte zum öffentlichen Raum vorgestellt, die vom Kompetenzzentrum Stadt- und Regionalentwicklung der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit durchgeführt wurden: «Nutzungsmanagement im öffentlichen Raum – Strategien und Instrumente für den Umgang mit Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum» und «Wegweisung aus öffentlichen Stadträumen». Die Studien befassen sich mit Wirkungszusammenhängen sozialräumlicher Entwicklung. Der Blick wird mit Beiträgen von StadtforscherInnen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz auf Aspekte des dynamischen, komplexen und prozesshaften Konstrukts öffentlicher Räume und der mit Interessen- und Nutzungskonflikten verbundenen Herausforderungen erweitert.

REGSAM – Regionale Netzwerke für soziale Arbeit in München

Im Netzwerk REGSAM kooperieren die Einrichtungen aus den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit innerhalb aller Stadtbezirke in München. Alle AkteurInnen – Verwaltung wie freie Träger – arbeiten zusammen, um die Angebote in den Stadtvierteln zu optimieren und die Qualität sozialer Arbeit[1] weiter zu entwickeln. Ziel ist eine solidarische Stadtgesellschaft, in der den Menschen, die Unterstützung brauchen, ausreichend und gleichberechtigter Zugang zu Angeboten und Chancen eröffnet wird.

Martina Hartmann
Geschäftsführerin, Bayerstr. 77A Rgb, D-80335 München,
Tel. +49 (0)89 1893 58 16, hartmann@regsam.net

Schlagwörter:
Netzwerk | Regionalisierung | Niederschwelligkeit | Partizipation | trägerübergreifend |

Dezentralisierung und Regionalisierung sozialer Arbeit in München

Bis zu Beginn der 1990er-Jahre war die soziale Arbeit in München geprägt von einem Nebeneinander der verschiedenen, stark hierarchisch organisierten Ämter der Sozialverwaltung und der verschiedenen sozialen Einrichtungen und Diensten, die einander nicht kannten und keine Verantwortung für eine bedarfsgerechte Versorgung im Stadtteil übernahmen.

Auf Initiative des Sozialreferates unter seinem damaligen Referenten Frieder Graffe wurden diese Strukturen ab 1992 grundlegend verändert, um lebenslagenorientiertes Handeln zu ermöglichen und damit besser auf die Vielzahl von Problemlagen, mit denen Menschen konfrontiert sind und in denen sie Hilfe benötigen, reagieren zu können.
Dazu wurde die Dezentralisierung und Regionalisierung sozialer Arbeit eingeleitet.

Einführung der Sozialbürgerhäuser

Die gesamten bürgerorientierten Dienste der Sozialverwaltung wurden aus den Ursprungsämtern herausgenommen und in den Sozialbürgerhäusern zusammengefasst. Es wurden 13 Sozialregionen gebildet, denen jeweils ein Sozialbürgerhaus zugeordnet wurde.[2]

Regionalisierung sozialer Arbeit (REGSAM)

Eine regional aufgestellte Verwaltung braucht eine entsprechende Struktur in dem Bereich der sozialen Dienste der freien Wohnfahrtspflege. Die Vielfalt der sozialen Einrichtungen sollten regional zusammenarbeiten, um die vielfältigen Aktivitäten transparenter zu machen, Abstimmungsprozesse mit der Sozialverwaltung zu ermöglichen und effizient gemeinsam zum Wohle der Menschen zu handeln. Daher wurde zeitgleich REGSAM eingeführt, zunächst modellhaft in vier der definierten Sozialregionen. Nachdem die Modellphase erfolgreich war, wurde 1996 beschlossen, REGSAM nach und nach auf alle Sozialregionen auszudehnen. Im Stadtratsbeschluss von 1996 steht dazu: «...Die Regionalisierung und Dezentralisierung sozialer Dienste dient flächendeckend der kontinuierlichen quantitativen und qualitativen Leistungsverbesserung der sozialen Versorgung in München durch Kooperation, Nutzung von Synergieeffekten, dem phantasievollen Umgang mit Ressourcen und dem Ausbau der Versorgung.»

Für jede REGSAM-Region gab es von Beginn an eine professionelle «Moderation», die das Netzwerk aufbaut und koordiniert, nach aussen vertritt und durch das Management lebendig und arbeitsfähig hält.

REGSAM heute – Voneinander wissen. Miteinander handeln!

Die Gremienstruktur des Netzwerkes ist in allen Sozialregionen einheitlich: Es gibt jeweils Facharbeitskreise (FAK) für die Handlungsfelder «Kinder, Jugend, Familie, Bildung» und «Alte Menschen». Da der Bereich «Kinder, Jugend, Familie, Bildung» sehr gross ist, gibt es in vielen Regionen einen eigenen FAK «Jugend». Daneben kann es noch weitere unterschiedliche FAKs und Projektgruppen geben. Die FAKs wählen selbst eine/n SprecherIn. Die Facharbeitskreise arbeiten entsprechend ihren Handlungsfeldern zielgruppenorientiert.

Das «regionale» Handeln, also das handlungsorientierte und politische Agieren auf Sozialregionsebene findet in der «Regionalen Arbeitsgemeinschaft Soziales» RAGS statt, die es ebenfalls in jeder Sozialregion gibt. In der RAGS sind die FAK-SprecherInnen, die StadtbezirkspolitikerInnen (Bezirksausschüsse), die Leitungsebene des zuständigen Sozialbürgerhauses und weitere wichtige soziale AkteurInnen aus der Region vertreten. Die RAGS wird von der zuständigen Moderation geleitet und gibt sich eigenständige Jahresziele. 2011 gab es im sozialen Netzwerk der Stadt, also in allen Sozialregionen insgesamt 83 Facharbeitskreise und 24 Projektgruppen. Pro Jahr kommen so mehr als 1'500 KollegInnen in über 500 Treffen für die soziale Arbeit in München zusammen.[3]

REGSAM weist drei grundlegende Merkmale auf

Neutralität des Trägers und der Moderation

Die ModeratorInnen sind heute beim «Trägerverein für regionale Soziale Arbeit e.V.» angestellt. In diesem Trägerverein sind alle Wohlfahrtsverbände und die Stadt München Mitglied. So kann die Moderation neutral agieren, wenn es um Bedarfe in den Regionen geht. Sie ist Grenzgängerin zwischen Verwaltung, Einrichtungen und Bezirksausschüssen und vermittelt im Interesse der Region. Derzeit managen sieben ModeratorInnen mit insg. 5,5 Planstellen und eine Geschäftsführerin (½ Planstelle) die REGSAM-Netzwerke in den Regionen. Finanziert wird REGSAM durch die Stadt München (Moderation/Geschäftsführung/Verwaltung) und durch die Verbände (Freistellung der MitarbeiterInnen für die Mitarbeit im Netzwerk).

Partizipation

Bis heute ist die Arbeit im Netzwerk ein Bottom-up Prozess. Die Gremien in den Regionen geben sich eigene Ziele und Arbeitsschwerpunkte und entwickeln eigene Projekte. Nur so ist gewährleistet, dass die Unterschiedlichkeit der einzelnen Sozialregionen zum Tragen kommt. Das regionale Wissen der REGSAM-Gremien ist eine wichtige Ergänzung zu den städtischen Planungen und statistischen Daten. Es wird von Politik und Verwaltung gezielt abgerufen.

Niedrigschwelligkeit

Im REGSAM-Netzwerk kann sich jede Einrichtung und jede MitarbeiterIn aller sozialen Institutionen beteiligen. Es ist in allen Hierarchieebenen vertreten. Der Zugang ist über eine gut gepflegte homepage *www.regsam.net* gewährleistet. Diese bildet die regionalen und die stadtweiten Aktivitäten ab. Dort sind die AnsprechpartnerInnen der regionalen Gremien zu finden, an die sich Interessierte unmittelbar wenden können. Die Protokolle der Gremien sind jedoch nur den aktiv Beteiligten zugänglich, um die vertrauensvolle Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Wirksamkeit von REGSAM

Für die Qualitätsmerkmale «Partizipation» und «Niedrigschwelligkeit» wurde REGSAM 2010 von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung als erstes «good-practice Netzwerk» ausgezeichnet.[4]

Die Wirkung von REGSAM liegt im gemeinsamen Handeln der Einrichtungen, die ihre Ressourcen, ihr know-how und ihr Engagement zusammenbringen, um für die Menschen Verbesserungen in ihrer Lebenssituation herbeizuführen.

Ein Beispiel: In vielen Neubaugebieten, in dem die neu zugezogenen Kinder und Jugendlichen noch keine Angebote haben, arbeiten die bestehenden Einrichtungen rings um das Gebiet zusammen, um für die Kinder und Jugendlichen möglichst schnell Angebote zu schaffen. Durch das vernetzte Engagement der Einrichtungen werden diese Kinder und Jugendlichen erreichbar, viele können (durch mobile Angebote) an die bestehenden Einrichtungen angebunden werden. Sie finden in ihrem neuen Wohngebiet Angebote und Kontakte.

Suchtarbeit

Im Bereich der Suchtarbeit liegt die Wirkung des REGSAM-Netzwerkes überwiegend im präventiven Bereich. Ein Beispiel: In einem sozial stark belasteten Wohngebiet trafen sich Jugendliche regelmässig auf einer Wiese, um dort harten Alkohol zu konsumieren. Es kam zu Konflikten mit der Nachbarschaft

durch Ruhestörung. Um für die Problematik Lösungen zu finden, wurde innerhalb der REGSAM-Arbeit als erste Massnahme eine aktivierende Befragung unter den betreffenden Jugendlichen zu deren Bedürfnissen durchgeführt. Die Befragung fand nachts und tagsüber in den Freizeitstätten statt. Zudem wurden die Jugendeinrichtungen und die Polizei um eine Einschätzung der Problematik gebeten.

Ein Ergebnis dieser Erhebung ist, dass unter Beteiligung der Jugendlichen ein neuer Treffpunkt geschaffen werden soll, der von ihnen akzeptiert wird und die Nachbarn entlastet. Bei diesem Treffpunkt wird mit den Jugendlichen gemeinsam ein Unterstand gebaut. Zusätzlich werden an diesem neuen Ort die pädagogischen Angebote verstärkt (durch mobile Massnahmen) und einer regelmässigen Präsenz von Streetwork und MitarbeiterInnen von Suchteinrichtungen. So werden die Jugendlichen kontinuierlich zwischen 18:00 und 23:00 Uhr sowie sonntags zwischen 14:00 und 18:00 Uhr betreut.

Diese Massnahmen wurden in Kooperation der Einrichtungen entwickelt und werden mit den bestehenden Ressourcen der Einrichtungen erbracht. Es wurden keine zusätzlichen Planstellen geschaffen oder Stunden zugeschaltet. Dieses ist nur in REGSAM möglich, da hier Trägerkonkurrenzen und -interessen hinter dem gemeinsamen Ziel zurückstehen. Der Unterstand wurde durch einen Zuschuss der lokalen Politik (Bezirksausschüsse) und dem Gartenbaureferat finanziert. Sowohl die mobilen Angebote als auch der neue Treffpunkt werden von den Jugendlichen gut angenommen.

Zu vielen Jugendlichen, die vorher nicht über die Einrichtungen erreichbar waren, konnte ein dauerhafter Kontakt aufgebaut werden. Damit ist die Basis gelegt, dass Angebote und Massnahmen zur Suchtprävention und zur Reduzierung des Alkoholkonsums von den Jugendlichen angenommen werden.●

Endnoten

1 Im Rahmen dieses Projektes wird von der Tätigkeit «sozialer Arbeit» gesprochen. Damit ist nicht die Profession der Sozialen Arbeit gemeint, sondern eine Tätigkeitsform, die nebst den VertreterInnen der Sozialen Arbeit auch VertreterInnen aus Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen mitmeint.

1 Der Begriff Sozialregion gilt nur für die Zuordnung der Sozialbürgerhäuser und REGSAM. Eine Sozialregion umfasst ursprünglich ca. 100'000 BürgerInnen, inzwischen hat sich dieses aufgrund von Zuzug und Wanderungsbewegungen innerhalb der Stadt verändert. Eine Sozialregion kann bis zu 3 Stadtbezirke (politische Einteilung) und noch mehr Stadtviertel (gewachsene Stadtteile) umfassen. Alle Bezeichnungen beziehen sich auf das Stadtgebiet München.

3 Vgl. dazu die Broschüre «REGSAM – Grundlage für das soziale München», www.regsam.net/downloads/168.pdf, Zugriff 15.11.2012.

4 Vgl. Beschreibung von REGSAM in der Praxisdatenbank «Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten»: www.tinyurl.com/bxdt7xh

SuchtAkademie: Erfahrungen teilen, vernetzt handeln

Der aktuelle SuchtAkademie-Zyklus zum Thema «Sicherheit und soziale Integration im öffentlichen Raum» liefert in sieben Handlungsfeldern Denkanstösse für lokales Handeln in Quartieren und Gemeinden. Regionale und themenspezifische Dialogforen dienen als Ausgangspunkte für den Erfahrungsaustausch, den Aufbau gemeinsamer Problemwahrnehmungen und die weitere Auseinandersetzung mit akuten Fragestellungen vor Ort. Der Artikel stellt die Handlungsfelder vor, gibt einen Überblick über die verschiedenen Aktivitäten und beleuchtet den Wissenstransfer in die Alltagsarbeit der Grundversorgung am Beispiel der Umsetzung des Suchtpolitikkonzepts Winterthur.

Jakob Huber
Präsident Expertengruppe Weiterbildung Sucht EWS und Geschäftsleiter Contact Netz Bern, Monbijoustrasse 70, CH-3000 Bern 23,
Tel. +41 (0)31 378 22 44, jakob.huber@contactmail.ch

Iwan Reinhard
Geschäftsführer Expertengruppe Weiterbildung Sucht EWS, Hallerstrasse 10, CH-3012 Bern, Tel. +41 (0)31 848 37 11, iwan.reinhard@weiterbildungsucht.ch

Lukas Vögeli
Projektassistent EWS, lukas.voegeli@weiterbildungsucht.ch

Schlagwörter:
halböffentlicher Raum | Generationen | Schlüsselpersonen | 24-Stunden-Gesellschaft | Netzwerke |

Im laufenden Zyklus initiiert die SuchtAkademie der Expertengruppe Weiterbildung Sucht EWS quer über das gesamte Suchtfeld und darüber hinaus einen Diskurs über die aktuellen Herausforderungen, welche mit dem Substanzkonsum und anderem Risikoverhalten im öffentlichen Raum verbunden sind. Angestrebt wird eine gemeinsame Problemwahrnehmung und -interpretation. Zudem sollen sich Sucht- und Präventionsfachleute sowie die relevanten AkteurInnen aus Politik, Wissenschaft, Polizei und Medien mit den bereits bestehenden Massnahmen auseinandersetzen, um die vorhandenen Innovationen und Praxiserfahrungen besser nutzbar zu machen.

An der nationalen SuchtAkademie 2011 im Tessin definierten die rund 80 Teilnehmenden sieben zentrale Handlungsfelder, in denen bestehende und künftige Handlungsoptionen für einen erfolgreichen und nachhaltigen Umgang mit den aktuellen Herausforderungen im öffentlichen Raum zu verorten sind.[1] Im Rahmen der SuchtAkademie wurde der Begriff des öffentlichen Raums pragmatisch im Sinne von «öffentlich zugänglichen Räumen» verwendet. So wurden auch «halböffentliche Räume», die zwar in Privatbesitz aber für verschiedene Personengruppen frei zugänglich sind, in die Diskussion mit einbezogen[2] sowie die spezifischen Herausforderungen der neuen Medien im Sinne des «virtuellen Raums» thematisiert.[3]

Handlungsfelder und Handlungsansätze

Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Monika Litscher und Tom Steiner vom Kompetenzzentrum für Stadt- und Regionalentwicklung der Hochschule Luzern, Sandro Cattacin, Professor für Soziologie an der Universität Genf und Thomas Wallimann Sasaki vom Sozialinstitut der Katholischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbewegung Schweiz hat die Ergebnisse der SuchtAkademie weiter konkretisiert und gemeinsam mit der EWS ein Diskussionspapier verfasst. Dieses zeigt zu jedem der sieben Handlungsfelder (siehe Kasten) mögliche Handlungsansätze auf, schlägt konkrete Massnahmen vor und benennt Beispiele aus der Praxis, wo solche bereits im Einsatz stehen. Bewusst sind die Handlungsfelder nicht auf Suchtfragen beschränkt, sondern in einer weiteren Perspektive formuliert – einerseits, um auch breiter angelegte Ansätze zur Konfliktvermeidung und zur Verbesserung der Lebensqualität im öffentlichen Raum mit einzubeziehen, und andererseits mit Blick auf die oftmals weiten Aufgabenfelder der angesprochenen Gemeindeexekutiven, Gesundheits- und Sozialdienste, Ordnungskräfte und Interessensverbände.

Transfer in die Praxis – bestehende Gefässe nutzen und ergänzen

Für die SuchtAkademie stellt sich die Frage nach dem Transfer der erarbeiteten Resultate von der Ebene des nationalen, übergreifenden Austauschs hin zu den praktischen Erfordernissen der Organisationen im Feld: Wie können in der Praxis Reflexionsprozesse angestossen und Erkenntnisse gewinnbringend umgesetzt werden?

Angesichts des Anspruchs der SuchtAkademie, gesamtgesellschaftliche Lernprozesse zu fördern, ist diese Fragestellung von besonderer Bedeutung. Im laufenden Zyklus hat die SuchtAkademie den Fokus diesbezüglich auf die Zusammenarbeit mit bestehenden Dialoggefässen von unterschiedlicher Ausrichtung gelegt und die begonnene Auseinandersetzung zum öffentlichen Raum im Jahr 2012 dementsprechend mit einer vielfältigen Palette von Veranstaltungen und Aktivitäten fortgesetzt.

Sieben Handlungsfelder

Die im Diskussionspapier beschriebenen sieben Handlungsfelder werden hier wiedergegeben.[4] Ihre Reihenfolge impliziert weder Gewichtung noch Prioritäten. Die Handlungsfelder sollen Denkanstösse für lokales Handeln in Städten und Gemeinden liefern und können als Ausgangspunkt für die weitere Auseinandersetzung mit akuten Fragestellungen vor Ort dienen.

1. Generationendialog führen – Zusammenleben fördern

Hohe Mobilität macht aus dem öffentlichen Raum einen Ort der Verschiedenheit. Eine der grössten Herausforderungen ist dabei das Zusammentreffen von Menschen unterschiedlicher Altersgruppen. Mit dieser Verschiedenheit umzugehen muss gelernt werden.

Mit der Schule existiert ein Feld, über welches Kinder und Jugendliche flächendeckend erreicht werden können. Die Schule ist besonders gefordert, Kindern und Jugendlichen den Umgang mit Verschiedenheit näher zu bringen. Die Handlungskompetenzen junger Menschen im öffentlichen Raum sind als Teil ihrer Allgemeinbildung zu stärken. Schulareale sollen als umfassende Lern-, Lehr- und Leer-Räume genutzt werden, wo sich Bildungs-, Freizeit-, Betreuungs- und Beratungsangebote vereinen.

Den älteren Generationen sollen Angebote zukommen, die es ihnen erlauben, sich besser im öffentlichen Raum zu bewegen. Denn ältere Menschen sind eine immer grössere und sichtbarere NutzerInnengruppe des öffentlichen Raums. Gerade sie sind jedoch durch die zunehmende Komplexität, Modernisierung und Mobilität gefordert und können im öffentlichen Raum zu einer vulnerablen Gruppe werden. Die verschiedenen NutzerInnengruppen, insbesondere die jüngeren und älteren Generationen, sind darin zu unterstützen, in einen Dialog zu treten.

2. Familiarität im Quartier gestalten – Wohlbefinden erhöhen

Stadträume bedeuten auch Verschiedenheit von Herkunft und Lebensstilen. Diese Verschiedenheit auf engem Raum bringt Reibungen und Misstrauen mit sich. Um sich in einem solchen Umfeld als Einzelner und Einzelne orientieren zu können, muss man sich auf das, was im eigenen Lebensraum passiert, einstellen können. Dazu ist es so banal wie wichtig, das Quartier zu kennen, aktiv den Kontakt zu den Leuten zu suchen, die sich dort aufhalten, und zu lernen, mit den täglichen Vorgängen vor Ort umzugehen.

Das Ziel ist die ‹interconnaissance› – die Kenntnis und das Anerkennen der Lebensweisen und Kompetenzen von uns allen. Diese Kenntnis schafft Vertrautheit und Familiarität. Erst dies fördert im Quartier Behaglichkeit und ein Sich-Wohlfühlen durch Gewohntes und Bekanntes. Besonders in der Stadt ist deshalb kleinräumiges Denken nötig. Die Ressourcen von Quartieren in Form der vorhandenen Institutionen und Schlüsselpersonen sind anzuerkennen und zu fördern.

3. Regeln und Normen aushandeln – eigenverantwortliches Handeln fördern

Das Aushandeln von Regeln und Normen im öffentlichen Raum und das Einhalten dieser Regeln sind fundamental für die Problemlösungsfähigkeit komplexer Gesellschaften. Allerdings kann nicht immer von absolut gültigen und allgemein durchsetzbaren Regeln ausgegangen werden, sondern eher von situativ anwendbaren Vereinbarungen, die von Fall zu Fall zwischen den verschiedenen Interessen gefunden werden müssen. Dabei gilt das Gemeinwohlprinzip, was bedeutet, dass niemand übermässig Lasten tragen und niemand übermässig bevorteilt werden soll.

Gelassenheit gegenüber Unerwünschtem zu entwickeln ist eine urbane Tugend. Andererseits braucht es vermehrt Zivilcourage und Interventionen, wenn der örtliche Regelkonsens im öffentlichen Raum missachtet wird. In diesem Prozess müssen so viele Personen wie möglich Verantwortung übernehmen. Ziviles Engagement für die Stadt soll sich lohnen. Die Legitimation und die Fähigkeiten von Schlüsselpersonen sind zu stärken.

4. Sicherheit durch Quartierpolizei – Regeldurchsetzung sichtbar machen

Zwischen subjektivem Sicherheitsempfinden und objektiver Sicherheit klafft eine grosse Diskrepanz. Sicherheit muss auch sichtbar sein! Polizei und unterstützende Instanzen müssen deshalb wieder in den Quartieren präsent sein, die Bevölkerung kennen, für deren Anliegen ein offenes Ohr haben und Vertrauenspersonen sein. Einheiten, welche die Diversität der Quartierbevölkerung widerspiegeln und für besondere Zielgruppen oder Orte zuständig sind, tragen zu dieser Entwicklung bei. Indem sie sichtbar machen, dass die geltenden Regeln durchgesetzt werden, erhöhen sie das Sicherheitsgefühl spürbar.

Gleichzeitig wird die Polizei früher informiert, erkennt problematische Entwicklungen vor deren Eskalation und kann vermehrt präventiv agieren. In dieser Funktion müssen sich die Ordnungskräfte auch auf Schlüsselpersonen aus der Bevölkerung abstützen können, die eine vermittelnde Rolle einnehmen.

5. Medien, Politik und Praxis – Diskurse zusammenbringen

Die politische und die öffentliche Wahrnehmung sind stark durch die Medienberichterstattung geprägt. Doch der öffentliche Raum und das davon veröffentlichte Bild stimmen nicht überein. Um dies zu ändern, muss über die Probleme im öffentlichen Raum eine Debatte geführt werden, in die sich alle beteiligten Gruppen einbringen können, denn die Probleme betreffen immer verschiedene Interessen. Dazu braucht es eine lebendige und vielseitige Stadt-Öffentlichkeit.

Die Fachleute im öffentlichen Raum sind insofern gefordert, in ihrer Arbeit stets auch an die Medien und die Politik zu denken. Sie müssen wissen, wo die wichtigen Diskussionen ablaufen und wie man mit PolitikerInnen und Medienschaffenden arbeitet. Dabei spielen auch informelle Kontakte eine zentrale und oft entscheidende Rolle. Nur über die stetige, aktive Kommunikation und über einfache und klare Botschaften kann die nötige Aufmerksamkeit und Akzeptanz erreicht werden.

6. Mit der 24-Stunden-Gesellschaft Schritt halten – Fachleute sind präsent

Palmen und Strassencafés in den Gassen und auf den Plätzen, lange Sommernächte – die Mediterranisierung unserer Breitengrade ist eine gewollte Entwicklung der letzten Jahre. Die 24-Stunden-Gesellschaft ist eine Realität, die mit diesen Veränderungen Einzug hält. Das professionelle Feld muss diesen Entwicklungen folgen – die Polizei und die sozialen Einrichtungen müssen zu den richtigen Zeiten am richtigen Ort sein, um wirkungsvoll intervenieren zu können. Profis müssen mit ihren Angeboten aktiv auf die Klientinnen und Klienten zugehen, sei dies auf Parties, in Vereinslokalen oder auf öffentlichen Plätzen und Strassen. Die Ausdehnung von Nutzungszeiten und die hohe Nachfrage nach Experimentier- und Freiräumen machen es erforderlich, die Ressourcen optimal auszuschöpfen. Zudem ist Matrixdenken gefragt: Hierarchische und sektorialisierte Strukturen sind zu überdenken und müssen an die vorhandene Komplexität angepasst werden.

7. Räume gestalten – Lebensorte schaffen

Stadt ist Konzentration von Menschen und Bauten. Sie kann weder allein sozial, noch allein baulich gedacht werden. Vielmehr ist stetig davon auszugehen, dass sich soziale wie bauliche Massnahmen gegenseitig beeinflussen.

Raumplanung als permanenter und langfristiger Prozess, der aktuelle wie zukünftige Nutzungen einschliessen muss, soll deshalb nicht isoliert gedacht werden, sondern durch das Verwenden flexibler Elemente Offenheit für die Zukunft erlauben, sei dies im Hoch- oder Tiefbau. Soziale Dynamiken, denen Räume unterstellt sind, sollten bei der baulichen Gestaltung stets mitgedacht werden – reine architektonische und bauliche Massnahmen haben höchstens kurzlebige Wirkungen, wenn sie nicht in die sozialräumliche Dimension eingebettet und mit begleitenden Massnahmen unterstützt werden.

Thematische Vertiefungen

Eine Stossrichtung besteht darin, die im Diskussionspapier vorgeschlagenen Handlungsfelder und Massnahmen punktuell einer vertiefenden Diskussion in Fachkreisen zuzuführen. So widmete sich die GenerationenAkademie des Migros-Kulturprozents an ihrer diesjährigen Fachtagung im September in Zusammenarbeit mit der EWS dem Generationendialog im öffentlichen Raum. Neben der Präsentation neuer Generationenprojekte hat die Fachtagung besonderes Augenmerk auf die spezifischen Bedürfnisse und Benachteiligungen vor allem der ganz jungen und der älteren Generation gelegt und mögliche Rezepte für ein besseres Miteinander der Generationen im öffentlichen Raum erörtert. Das Entstehen von «Generationenhäusern» und Bewegungsparks oder die örtliche Annäherung von Altersheimen und Kindertagesstätten wie auch die Durchführung von Film- oder Begegnungsprojekten zwischen den Generationen sind als konkrete Massnahmen zu erwähnen. Während die Bedürfnisse und das Verhalten von Jugendlichen im öffentlichen Raum regelmässig im Brennpunkt von Medien und Wissenschaft stehen,[5] verdient die Nutzergruppe der Alten in Zukunft mehr Aufmerksamkeit.[6]

Lokaler Fokus: Herausforderungen und Lösungsansätze vor Ort

Eine zweite Stossrichtung zur Weiterführung des Austauschs stellen regionale und lokale Veranstaltungen nach dem Vorbild der SuchtAkademie dar. Eine solche hat im November in Lugano unter dem Titel «Sucht und Lebensqualität im öffentlichen Raum» stattgefunden: Thematisch breit, aber örtlich ganz auf die Verhältnisse der Stadt und Region Lugano konzentriert, versammelte der bereichsübergreifende Fachaustausch Professionelle aus Verwaltung, Polizei und sozialen Institutionen, aber auch VertreterInnen des öffentlichen Verkehrs, von Quartier- und Jugendorganisationen sowie des Gewerbes und der Schulbe-

hörden von Lugano und Umgebung. Ziel der halbtägigen Veranstaltung war es, die lokalen Netzwerke und die Zusammenarbeit im Arbeitsbereich öffentlicher Raum zu stärken, bewährte Lösungsansätze aus der Praxis näher vorzustellen und so den kohärenten Umgang mit Nutzungskonflikten vor Ort zu fördern. Die sieben Handlungsfelder der SuchtAkademie bildeten dabei Grundlage und Ausgangspunkt für die Diskussio-nen.[7]
Ebenfalls auf lokaler Ebene leistet die EWS Beiträge zu bestehenden Dialoggefässen und vermittelt auf der Grundlage des Diskussionspapiers Impulse zur Stimulation des Austausches und zur Inspiration von Lösungsansätzen zu den örtlichen Konfliktfeldern. Unter anderen setzte sich im Oktober 2012 eine Vernetzungsveranstaltung der Prävention und Suchthilfe Winterthur für VertreterInnen der Bezirksgemeinden mit dem Schwerpunktthema öffentlicher Raum auseinander, um auf diesem Gebiet die Zusammenarbeit zwischen den spezialisierten Fachstellen und den mitunter ressourcenschwachen, umfassend tätigen Gemeindebehörden weiterzuentwickeln (s.u.).[8]

Für Aktivitäten in der Romandie wurde derweil eine Zusammenarbeit mit dem Groupement romand d'Etudes des Addictions GREA vereinbart. Als Ausgangspunkt ist ein Dialogprozess mit involvierten Gemeindebehörden und betroffenen Gruppen aus der Bevölkerung von Yverdon-les-Bains zum lokalen Strassendeal vorgesehen, der später schrittweise auf weitere Orte und Regionen der Romandie ausgeweitet werden kann.

TV-Talks und Videobeiträge zu den sieben Handlungsfeldern

Zwei weitere Aktivitäten richten sich an ein breiteres Publikum: Von Ende 2012 bis im Frühling 2013 widmet sich die Diskussionssendung «TopTalk» des Regionalfernsehens TeleTop (mit Sendegebiet Zürich und Nordostschweiz) in regelmässigen Abständen einem der sieben Handlungsfelder der SuchtAkademie. National und lokal tätige Fachleute aus der Sucht-und Sozialarbeit, aus der Politik, Verwaltung, Polizei und den Medien erörtern dort den akuten Handlungsbedarf, diskutieren die vorgeschlagenen Ansätze und stellen eigene Projekte im öffentlichen Raum vor.
Gleichzeitig greift die EWS ab Herbst 2012 für jedes Handlungsfeld einzelne erfolgreiche Projekte und Initiativen aus der Praxis auf und stellt diese mittels kurzer Videoporträts einem breiteren Personenkreis vor. Die filmischen Porträts werden in Zusammenarbeit mit VideoGang, Brüttisellen, realisiert, einem nicht gewinnorientierten Verein, der Jugendlichen in ihrer Freizeit Basiskenntnisse in verschiedenen Film- und Fernsehtätigkeiten vermittelt. Ausgestrahlt werden die Beiträge jeweils im Rahmen der gleichnamigen Jugendsendung «VideoGang» auf den Deutschschweizer Sendern 3+, TeleTop und Schaffhausener Fernsehen. Redaktion und Produktion liegen vollumfänglich in den Händen von Jugendlichen.[9]

Sammlung von Projekten und Interventionen aus der Praxis

Angesichts der Vielzahl von existierenden Projekten, Massnahmen und Initiativen, welche Einfluss auf die Entwicklungen im öffentlichen Raum nehmen wollen, ist es für Fachleute zunehmend schwierig, den Überblick zu behalten. Dies umso mehr, als die Handlungsansätze im Schnittpunkt von Behörden, sozialen Institutionen, kommerziellen AkteurInnen und der Zivilgesellschaft ebenso vielfältig sind wie die verfolgten Ziele.

Im Laufe des jetzigen Projekt-Zyklus hat die EWS eine stetig wachsende bereichsübergreifende Sammlung mit Projekten zum öffentlichen Raum aus der ganzen Schweiz aufgebaut. Die EWS möchte diesen Praxispool nutzbar machen und es Fachpersonen verschiedenster Disziplinen ermöglichen, sich in kurzer Zeit zu informieren, welche qualifizierten Interventionen es bereits gibt und ob diese ihren Anforderungen und Ressourcen entsprechen würden. Die Sammlung soll den Fachpersonen zum Abschluss des Projekts 2013 in geeigneter Form zugänglich gemacht werden.[10]

Ausblick

So vielfältig die Herausforderungen und Lösungsansätze sind, so bunt konnten die Angebote zur weiteren Diskussion und lokalen Verankerung des Themas gestaltet werden. Die EWS wird das pragmatische Vorgehen zum Aufspüren von sinnvollen Diskussionsgefässen und Kommunikationsplattformen beibehalten. Diese Offenheit macht erst eine kostengünstige Diffusion der aufbereiteten Ergebnisse möglich.●

Vom Berg der Wahrheit in die Hinterhöfe der Provinz

Toni Berthel
Dr. med., Ärztlicher Co-Direktor integrierte Psychiatrie Winterthur ipw, Wieshofstr. 102, Postfach 144, CH-8408 Winterthur, Co-Leiter der isw, toni.berthel@win.ch
Françoise Vogel
Lic. phil., Leiterin der Hauptabteilung Prävention und Suchthilfe der Stadt Winterthur, Co-Leiterin der integrierten Suchthilfe Winterthur isw, Tösstalstr. 19 und 53, CH-8402 Winterthur, francoise.vogel@win.ch

An Universitäten, Hochschulen, in Fachgremien oder auch an Kongressen wie der SuchtAkademie finden hochdotierte Fachleute immer wieder rasch Antworten auf drängende Fragen, die diejenigen beschäftigen, die an der «Basis» oder der «Front» – d.h. in der Grundversorgung – tätig sind. Doch wie transferieren wir Erkenntnisse in die Praxis? Wie schaffen wir es, nachhaltig Problemlösungsstrategien in den Alltag zu integrieren? Wie können PraktikerInnen von Reflexionen, die in theoretisierenden interdisziplinären Gremien gemacht werden, profitieren? Am Beispiel der Umsetzung des Suchtpolitikkonzeptes Winterthur wird eine Möglichkeit aufgezeigt, wie bestehende Vernetzungsgefässe an der Schnittstelle von Sucht- und Präventions-Fachstellen und den sozial Tätigen in den Gemeinden für den Transfer solcher Erkenntnisse genutzt werden können.

Politischer Auftrag: Zusammenarbeit zwischen Fachstellen und den Allroundern in den Gemeinden

Im Konzept Suchtpolitik Winterthur werden verschiedene Gremien bestimmt, in denen der Austausch und die Zusammenarbeit zum Thema Sucht auf politischer und fachlicher Ebene gefördert werden sollen. Gleichzeitig wird gefordert, dass die Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten und TherapeutInnen sowie Sozialtätigen und den Präventionsstellen gepflegt wird und Synergien genutzt werden.

Nutzen bestehender Vernetzungsgremien für Informationsvermittlung und fachlichen Austausch

Seit vielen Jahren arbeitet die Suchtpräventionsstelle der Stadt Winterthur mit den Gemeinden des Bezirks zusammen. Dazu wurden dort Kontaktpersonen gesucht. Mit ihnen, den jeweiligen Delegierten für Suchtprobleme und den Gesundheits- und SozialvorsteherInnen werden Präventionsbemühungen initiiert, koordiniert und umgesetzt. Neu auftretende Probleme und Konflikte – bspw. im öffentlichen Raum – sind immer herausfordernd und belasten Gemeindebehörden stark. Spezialisierte Fachleute fehlen in der Regel und es werden schon bestehende Gremien mit der Lösung der Probleme betraut.

Informationsvermittlung, Diskussion, Austausch, Lösungsansätze

Spezialisierte und regional tätige Fachstellen wie die Präventions- und Beratungsstellen sowie die Therapieeinrichtungen sind hier besonders gefordert und müssen den Transfer von Innovation und Lösungsstrategien in die Gemeinden unterstützen und gestalten. Zusammenkünfte mit allen in diesen Themenbereichen Tätigen haben sich hierzu als hilfreich erwiesen.

Neben den oben erwähnten Gremien, die sich mit Suchtfragen beschäftigen, wurden von den Verantwortlichen für die Umsetzung des Suchtkonzeptes Winterthur die SchulsozialarbeiterInnen, wo bestehend auch die Jugendkommission und die Behördenmitglieder, die für das Thema Gesundheit, Soziales, Schule und Jugend zuständig sind, zu einer Informations- und Austauschveranstaltung eingeladen. In einem Input-Referat zeigte Sara Landolt, Sozialgeografin der Universität Zürich, zum Thema «Alkohol, Jugendliche, öffentlicher Raum» auf, wie verschiedene Gruppen Jugendlicher den Alkoholkonsum definieren und den öffentlichen Raum in Anspruch nehmen. In den anschliessenden Gruppendiskussionen konnten Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen der Nutzung des öffentlichen Raumes durch Jugendliche in der Stadt und auf dem Lande erarbeitet werden. Gemeinsam war und ist allen: Es besteht ein Zusammenhang zwischen Konsum von Alkohol im öffentlichen Raum, Littering, Vandalismus, Gewalt und Lärm. Andernorts hilfreiche Problemlösungsstrategien wurden diskutiert und mit den eigenen Antworten auf dieses drängende Problem verglichen.

Zusätzlich wurde von den Fachleuten aus den Gemeinden auf Kinder- und Jugendliche hingewiesen, die nicht im öffentlichen Raum auffällig werden, sondern die familiären und inneren Konflikte durch Rückzug zu bewältigen versuchen. Diese Jugendlichen werden häufig vergessen, es bestehen ungenügende Früherkennungs- und Frühinterventionsmöglichkeiten. Als Folge davon werden in Zukunft – zusätzlich zum Austausch und der Zusammenarbeit im Präventionsbereich – regelmässige Zusammenkünfte mit Kontaktpersonen aus dem Beratungs- und Behandlungsbereich stattfinden. So wird die Früherkennung und -intervention gestärkt und der Zugang zu den Beratungs- und Behandlungsstellen erleichtert.

Nachhaltigkeit und win-win-Situation

In den Gemeinden sind Behördenmitglieder, sozial Tätige, SchulsozialarbeiterInnen, MitarbeiterInnen der Jugendhilfe und der Gesundheitsdienste sowie GeneralistInnen mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert. Es ist nicht möglich, für jeden einzelnen Spezialfall eine eigene Task-Force, eine Arbeitsgruppe einzusetzen oder eine Spezialsprechstunde einzurichten. GeneralistInnen sind auf gezielte Informationsvermittlung, Erfahrungsaustausch und Unterstützung durch spezialisierte Fachstellen angewiesen. Durch den koordinierten, strukturierten und regelmässigen Austausch kann Wissen weitergegeben, Vertrauen aufgebaut und das Netzwerk gestärkt werden. Gleichzeitig erhalten die Mitarbeitenden der Fachstellen Informationen und Wissen, mit dem sie wiederum ihre Konzepte und Strategien erweitern und anpassen können.

Zusammenfassung

In ländlichen und dezentralen Strukturen müssen bestehende Netzwerke genutzt werden, um neue Erkenntnisse und Wissen in die Praxis zu transferieren. Die Kombination von Wissensvermittlung, gegenseitigem Erfahrungsaustausch und gegenseitigem Einblick in erfolgreiche Lösungsansätze sind hilf-

reich, um neue Erkenntnisse rasch an die Basis weiterzuleiten. Probleme, die im öffentlichen Raum auftreten, betreffen häufig Substanzkonsum, Littering, Vandalismus und Gewalt. In den Gemeinden haben Behördenmitglieder, sozial Tätige und Freiwillige häufig mehrere Funktionen inne. Es ist deshalb wichtig, die Ressourcen gezielt einzusetzen und bestehende Gremien für Schulungen, Austausch und die Erarbeitung von Problemlösungsstrategien zu nutzen. Dies bedeutet aber auch, dass die Fachleute aus der Prävention, Beratung, Behandlung und der Rechtsdurchsetzung bereit sind, gemeinsam Grundhaltungen und Interventionsansätze zu entwickeln und aufeinander abzustimmen. Erkenntnisse – bspw. aus der SuchtAkademie – müssen regionalen Gegebenheiten angepasst werden. Die Nutzung von funktionierenden Netzwerken sichert auch in der «Provinz» die nachhaltige Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen.●

Literatur

Expertengruppe Weiterbildung Sucht (2012): Handlungsfelder und Handlungsansätze. Diskussionspapier. Unter Mitarbeit von M. Litscher, T. Steiner, S. Cattacin, T. Wallimann Sasaki. Bern: o. V. www.tinyurl.com/a2g2lh9, Zugriff 07.11.2012.

Huber, J./Reinhard, I./Vögeli, L. (2011): Suchtakademie: öffentlicher Raum. SuchtMagazin 37(4): 46-47.

Landolt, S. (2011): Trinkräume und Treffpunkte Jugendlicher. Aushandlungsprozesse im öffentlichen Raum der Stadt Zürich. Dissertation Universität Zürich. www.tinyurl.com/bged3g4, Zugriff 07.11.2012.

Stadt Winterthur, Departement Soziales (Hrsg.) (2012): Suchtpolitik Winterthur 2012-16. Winterthur. www.tinyurl.com/ct2ryas, Zugriff 07.11.2012.

Steiner, M./Knittel, T./Müller, D./Nell, P. (2012): Unser Platz – Jugendliche im öffentlichen Raum. Basel: Jacobs Foundation. www.tinyurl.com/byw565h, Zugriff 13.11.2012.

Endnoten

1 Vgl. Huber et al. 2011 im SuchtMagazin 4/2011.

2 Dies können bspw. Innenhöfe oder private Spielplätze in Siedlungen sein. Für einzelne Lösungsansätze sind diese Räume von hoher Bedeutung.

3 Problemfelder des öffentlichen Raumes zeigen sich teilweise analog auch im virtuellen Raum, so etwa Deal, Mobbing, Gewalt(-darstellungen) usw., oder sind eng mit neuen Formen der Kommunikation und Mobilisierung via soziale Medien verknüpft.

4 Vgl. Expertengruppe Weiterbildung Sucht 2012. Das Diskussionspapier mit Handlungsansätzen, Massnahmen und Beispielen basiert auf den Diskussionen anlässlich der SuchtAkademie 2011 und ist abrufbar unter www.SuchtAkademie.ch

5 Vgl. zuletzt z.B. Landolt 2011; Steiner et al. 2012.

6 Unter dem Titel «Reduce to the Max» hat die EWS des Weiteren einen Input zum Handlungsfeld der 24-Stunden-Gesellschaft beigetragen. Dies im Rahmen einer «KAP plus»-Veranstaltung in St. Gallen zu Verkaufseinschränkungen von Alkohol. Die Beiträge zur Veranstaltung sind verfügbar unter www.tinyurl.com/aqj7g70, Zugriff 10.11.2012.

7 Organisiert wurde die Tagung durch die Stadt Lugano in Zusammenarbeit mit der Tessiner Fachstelle für die Behandlung von Alkoholismus und anderer Abhängigkeiten Ingrado.

8 Weitere Inputs der SuchtAkademie: Tagung der Zürcher Stadtratsdelegation «Stadtleben im öffentlichen Raum (SiöR)», Tagung «Suchtmittelkonsum im öffentlichen Raum» der Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich, Seminar 2012 der Städtischen Konferenz der Beauftragten für Suchtfragen SKBS, Vernetzungstreffen für Berner Gemeinden im Rahmen des Projekts «Raumschliff» der Berner Gesundheit und des Verbands offene Kinder- und Jugendarbeit Kanton Bern. Weitere Informationen dazu auf www.suchtakademie.ch.

9 Sämtliche Talks und Beiträge werden auch online über die Webseite der SuchtAkademie zugänglich gemacht.

10 Empfehlungen bewährter oder neuer Projekte und Initiativen werden nach wie vor gerne entgegengenommen unter lukas.voegeli@weiterbildungsucht.ch

Bücher zum Thema

Lesen Sie die Packungsbeilage ... ?! Sozialraumorganisation und Gesundheitsinformation
Monika Alisch (Hrsg.)
2009, Barbara Budrich, 245 S.
Nicht alle der zahlreichen Angebote an Gesundheitsinformation und Gesundheitsbildung erreichen ihre Zielgruppen. Der Band widmet sich der Frage, wie an der Lebenswelt der BewohnerInnen orientierte Formen der Sozialraumanalyse den Aufbau gesundheitsfördernder Strukturen unterstützen können. Erkenntnisse der Public-Health-Forschung werden mit den praktischen Erfahrungen der integrierten Stadtteilentwicklung und den Erkenntnissen der partizipativen Projektentwicklung im Sozialraum verknüpft. Damit können aus unterschiedlichen Perspektiven Wege der Gesundheitsbildung und -information aufgezeigt werden, die unmittelbar an den sozialräumlichen Ressourcen ansetzen. Die einzelnen Teilstudien liefern konkrete Hinweise für eine gesundheitsförderliche Sozialraumorganisation.

Jugendliche in der Provinz. Ihre Sozialräume, Probleme und Interessen als Herausforderung an die soziale Arbeit.
Michael May
2011, Barbara Budrich, 165 S.
Vor dem Hintergrund eines ambitionierten theoretischen und methodologischen Bezugsrahmens werden Ergebnisse eines Forschungsprojektes aus dem Gebiet Rheingau/Taunus zur Untersuchung vor allem der raumbezogenen Interessenlagen von Jugendlichen vorgestellt. Theorien zum Themenbereich «Jugendliche in der Provinz» werden diskutiert und methodologische Grundlagen zur partizipativen Untersuchung der raumbezogenen Interessensorientierung Jugendlicher entwickelt, wobei es auch um Erkenntnisprozesse von diesen selbst geht. Die Jugend- und Jugendhilfestrukturen im Untersuchungsgebiet werden vorgestellt und die vorgefundenen Cliquen und Szenen verschiedenen Milieutypen zugeordnet. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in Bezug zu den Debatten über die Raumaneignung und zu den Organisationsformen Jugendlicher auf dem Land gesetzt.

info
Das Schweizer Suchtportal
set

info
Le portail suisse des addictions
set

Anzeige

n|w Fachhochschule Nordwestschweiz
Hochschule für Soziale Arbeit

5. Fachtagung Klinische Sozialarbeit

Workshoptagung: Mit Zielen arbeiten trotz widriger Umstände

Wie wirken Ziele? Es erscheint geboten heute Ziele zu haben und geradezu unpassend, ziellos zu sein. Doch was sind Ziele? Sind sie bewusst oder unbewusst? Wünsche, Ideen, Träume können Ausdruck unbewusster Erlebniswelten oder unbewusster Zielvorstellungen sein. Wie können elementare Ziele von Menschen entdeckt und entwickelt werden und wann werden Ziele handlungsbedeutsam? In der psychosozialen Praxis stellt sich die Frage, was bewegt Menschen wirklich?

Referierende: Die Tagung führt international Expertinnen und Experten zusammen, welche über ausgewiesene Forschungs- und Praxiserfahrung verfügen. Sie sind an verschiedenen Hochschulen Europas und der USA tätig und können damit den Dialog im Sinne der Praxisoptimierung in idealer Weise führen.

Zielpublikum: Fachpersonen der Sozial- und Beratungsarbeit, der Gesundheit und psychosozialen Praxis. Details: www.klinischesozialarbeit.ch

Tagungsleitung: Prof. Dr. Günther Wüsten, Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, guenther.wuesten@fhnw.ch

Termin und Ort: 13. und 14. Juni 2013, Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, Olten/Schweiz

Weitere Informationen:
Leitung Organisation: Monika Amann, T +41 62 957 20 13, monika.amann@fhnw.ch
Anmeldung: Florinda Cucci, T +41 62 957 20 41, florinda.cucci@fhnw.ch

Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit
Institut Soziale Arbeit und Gesundheit, Riggenbachstrasse 16, CH-4600 Olten

www.klinischesozialarbeit.ch

Anzeige

Fotoserie «Elsässerstrasse»

Christian Jaeggi
(Jg. ???), lebt und arbeitet in Basel.

Weiterdenken? Weiterbilden!

Inspiration aus unserem aktuellen Weiterbildungsprogramm:

MASTER OF ADVANCED STUDIES/MAS

MAS in Sozialinformatik

Der MAS besteht aus drei Zertifikatslehrgängen (CAS), die auch einzeln besucht werden können. Die Modularisierung der CAS in Seminare bietet zusätzliche Wahlmöglichkeiten.

- CAS Informatik-Projektleitung, August 2013
- CAS Medienpädagogik, Mai 2014
- CAS Online Services, April 2015

MAS in Management of Social Services

Der MAS besteht aus drei Zertifikatslehrgängen (CAS), die auch einzeln besucht werden können:

- CAS Sozialmanagement, April 2013
- CAS Führung im Kontext des psychosozialen Bereichs, Oktober 2013
- CAS Sozialpolitik, April 2014

WEITERE ANGEBOTE

- CAS Schulsozialarbeit, Mai 2013
- CAS Systemorientierte Sozialpädagogik, April 2013
- CAS Mediation, Juni 2013
- CAS Leiten von Teams, August 2013
- CAS Coaching, September 2013
- CAS Brennpunkt Kindesschutz, Oktober 2013
- CAS Soziale Arbeit mit gesetzlichem Auftrag, April 2014
- Seminar Focusing, März 2013
- Seminar Personalselektion und Kompetenzmanagement, März 2013
- Seminar Einführung in das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, Februar 2013
- Seminar Social Media, Mai 2013
- Seminar Selbstsorge im beruflichen Alltag, Juni 2013

Weitere Angaben zu unseren MAS, CAS und Seminaren finden Sie unter **www.fhsg.ch/wbsa**.

FHS St.Gallen, Weiterbildungszentrum Soziale Arbeit IFSA-FHS, Industriestrasse 35, CH-9401 Rorschach, Tel. +41 71 844 48 88, wbsa@fhsg.ch

FHS St.Gallen
Hochschule für Angewandte Wissenschaften

FHO Fachhochschule Ostschweiz www.fhsg.ch

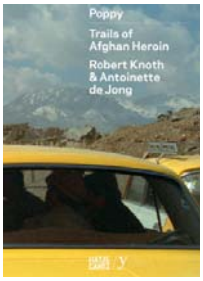
Anzeige

Artikelverzeichnis 38. Jahrgang (2012)

Titel	AutorInnen	S.
1|12 Angehörige		
Angehörige und Sucht: Zeit für einen Perspektivenwechsel	Charlotte Kläusler-Senn, Rudolf Stohler	5
Familiäre Einflüsse auf Entstehung und Verlauf von Suchterkrankungen	Rainer Thomasius, Sonja Bröning	11
Angehörigen-Selbsthilfe und Co-Abhängigkeit	Lea Ruckstuhl	16
Die Stigmatisierung Angehöriger von SuchtpatientInnen	Wim Nieuwenboom	19
«Meine Frau und ich erlebten die Hölle auf Erden»	Interview mit Josef Baumgartner	23
Professionalisierung der Angehörigen-Selbsthilfe	Denise Suhner, Thilo Beck	26
Das «Community Reinforcement and Family Training» CRAFT	Gallus Bischof	30
Angehörigenarbeit bei Glücksspielsucht	Olivier Simon, Neil Ewering, Maude Waelchli, Antonella Luongo, Inga Marmaïté, Marianne Tille, Coralie Zumwald	34
Angehörigenarbeit in der stationären Behandlung von Alkoholabhängigen	Sonja Stutz, Katrin Schläfli, Peter Eggli, Monika Ridinger	36
Angebote des Anton-Proksch-Instituts für Angehörige	Elisabeth D. Schmidt, Ingrid Trabe	40
Wie gehen Mütter mit der Drogenabhängigkeit ihrer Söhne um?	Lea Ruckstuhl, Romana Candrian	45
2|12 Suchtpolitik		
Herausforderung Sucht – Stand der Umsetzung in der Schweiz	Franziska Eckmann	4
Drogenpolitik als Gesellschaftspolitik: Rückblick und Ausblick	Sandro Cattacin	9
Drogen- und Suchtpolitik in der Europäischen Union	Frank Zobel	13
Einfluss der Schweizer Suchtpolitik im Ausland	Ambros A. Uchtenhagen	17
Herausforderung Sucht – Umsetzung im Kanton Basel-Stadt	Eveline Bohnenblust, Gabriela Fiedler, Natasa Milenkovic	20
Das Suchtpolitikkonzept Winterthur	Francoise Vogel, Daniela Tschudi, Toni Berthel	24
Schadensminderung – unverzichtbarer Teil einer kohärenten Suchtpolitik	Peter Menzi	27
Das Präventionsgesetz – über dem Abgrund oder auf der Zielgeraden?	Reto Wiesli	35
Meldebefugnis: «Zwischen strenger Disziplin und sanftem Verständnis»	Charlotte Kläusler-Senn, Richard Blättler	39
ZA: SKOLL: Training zur Selbstkontrolle bei riskantem Konsumverhalten	Sabine Bösing	44
3&4|12 Tabak		
Tabakprävention: Schutzbestimmungen im Aufwind	Verena El Fehri, Thomas Beutler	4
Tabakkonsum in der Schweiz: Entwicklung und Blick in die Zukunft	Roger Keller, Rainer Hornung	10
Slalom der Tabak-Massnahmen und die vergessene Schadensminderung	Robert Hämmig	15
Rauchverbote und Herzgesundheit	Reiner Hanewinkel, Helmut Gohlke	18
Fördern öffentliche Rauchverbote auch ein rauchfreies Zuhause?	Ute Mons	21
Rauchen in Filmen: Einfluss auf europäische Jugendliche	Matthis Morgenstern, Reiner Hanewinkel	23
Die Rolle sozialer Netzwerke beim Rauchstopp	Corina Salis Gross, Eva Soom Ammann, Verena El Fehri	26
Wirken, Wirkung, Wirklichkeit bei Massnahmen im Tabakbereich	Holger Schmid	30
Tabakinterventionen in Suchtfachstellen	Richard Blättler, Frédéric Richter, Raphaela Dux, Jann Schumacher	34
Förderung des Rauchstopps an Berufsfachschulen via SMS	Severin Haug, Vigeli Venzin, Christian Meyer	38
Schulische Tabakprävention in den Kantonen Bern und Zürich	Ute Herrmann, Matthis Morgenstern, Maya Mezzera	43
abenteuerinsel.ch – das Rauchstopp-Angebot für die ganze Familie	Corinne Caspar, Sandra Lehmann	47
Frei von Tabak – Tabakentwöhnung in der Arztpraxis	Anne-Katharina Burkhalter	51
Rauchen in Gefängnissen: von der Forschung zu Lösungsstrategien	Catherine Ritter, Heino Stöver, Bernice S. Elger	55
I-cut – gleichzeitige Rauchentwöhnung von Tabak und Cannabis	Michael Schaub, Julia Becker, Oliver Berg, Adrian Kormann, Andreas Haubensack, Maciej Szamrowicz	58
Die Funktion des Rauchens – Essay zur Entdringlichung des Dringlichen	Peter Fuchs	61
5|12 Adoleszenz		
Adoleszenz, Sozialisationsinstanzen und Substanzkonsum	Emmanuel Kuntsche, Béat Windlin, Marina Delgrande Jordan	4
Das adoleszente Gehirn und Suchtentwicklung	Andrea G. Ludolph	11
Kinderrechte in der Suchtpolitik	Michael Marugg	16
Identitätsarbeit durch jugendkulturelles Rauschtrinken?	John Litau	20
Handy: Zwischen engagierter Nutzung und Verhaltenssucht	Gregor Waller	24
Jugendliches Suchtverhalten am Beispiel der Mediennutzung	Oliver Bilke-Hentsch, Olaf Reis	27
Grundsätze der Intervention bei Jugendlichen	François Gremaud	31
Die Wirksamkeit von MDFT aus der Sicht jugendlicher KlientInnen	Jessica Grützenbach, Peter Tossmann	34
Früherkennung und Frühintervention bei Adoleszenten	Jürg Steiger, Christian Jordi	38
Rausch- und Risikokompetenz in der Jugendarbeit	Sonja Preisig	42
6|12 Sozialraum		
Sozialräume: verstehen – gestalten – verteidigen	Tanja Klöti, Carlo Fabian, Matthias Drilling	4
Am Sozialraum arbeiten – Soziale Arbeit, Stadtentwicklung und Kontingenz	Patrick Oehler, Nicola Thomas, Patricia Frei	12
Topologie der drogenpolitischen Steuerung	Esteban Pineiro	15
Alkohol – Erhältlichkeit, Konsum, Probleme: Ein Modell	Emmanuel Kuntsche, Mariana Astudillo, Béat Windlin	19
Wie lebt es sich im Transitquartier?	Nadine Käser	27
Platzda?! in Wädenswil: Aneignung öffentlicher Räume durch Jugendliche	Raimund Kemper, Michael Bänninger	31
Jugendliche im öffentlichen Raum – eine Bestandesaufnahme	Manuel Fuchs, Elena Konstantinidis	36
Sozialräumliche Gassenarbeit – Anspruch oder Utopie?	Andreas Wyss, Tobias Hochstrasser	39
Sozialraumorientierung und Sicherheit im öffentlichen Raum	Silvio Flückiger	43
REGSAM – Regionale Netzwerke für Soziale Arbeit in München	Martina Hartmann	48
SuchtAkademie: Erfahrungen teilen, vernetzt handeln	Jakob Huber, Iwan Reinhard, Lukas Vögeli, Beispiel Winterthur: Toni Berthel, Françoise Vogel	51

Neue Bücher

Diversität und Soziale Ungleichheit. Analytische Zugänge und professionelles Handeln in der Sozialen Arbeit
Herbert Effinger/Stefan Borrmann/Silke Birgitta Gahleitner/Michaela Köttig/Björn Kraus/Sabine Stövesand (Hrsg.)
2012, Barbara Budrich, 280 S.
Kulturelle, soziale, politische oder geschlechtliche Differenzen im Fühlen, Denken und Handeln stellen ForscherInnen und AkteurInnen in der Sozialen Arbeit vor analytische, normative und praktische Herausforderungen. Dabei gibt es verschiedene Ebenen beim Erkennen, Verstehen, Erklären und Bearbeiten der mit Differenz verbundenen Phänomene und Probleme. Es geht um gerechte soziale Strukturen, um die Bedeutung von Normen und Grenzziehungen. Wie können auftretende Konflikte produktiv bearbeitet und emanzipatorische Potentiale der Diversität für professionelle Bearbeitungsstrategien nutzbar gemacht werden? Widersprüche und Paradoxien lassen sich dabei nicht vermeiden, so dass dem Umgang mit Ambivalenz und der Entwicklung von Ambiguitätstoleranz eine besondere Bedeutung zukommt. Die AutorInnen stellen Konzepte aus Wissenschaft und Praxis vor, welche die von Diversität und Sozialer Ungleichheit ausgelösten Probleme aus verschiedenen Perspektiven beleuchten.



Poppy. Trails of Afghan Heroin
Robert Knoth/Antoinette de Jong
2012, Hatje Cantz, 492 S., 208 farb. Abb., Text english
Poppy Trail – die ehemalige Seidenstrasse als heutige Drogenroute zwischen Ost und West im Porträt. Die Seidenstrasse war einst ein berühmter Handelsweg zwischen Ostasien und dem Westen, über den nicht nur Güter, sondern auch Religionen und Kulturen ausgetauscht wurden. Heute ist die Trasse über weite Strecken tot, in Elend verkommen und wird als Drogenroute genutzt. Die beiden FotografInnen haben diese über zwei Jahrzehnte dokumentiert. Die Aufnahmen zeigen die Schattenseiten der Globalisierung, die sich in den Gesichtern von Schmugglern, Gefangenen, Prostituierten, Grenzsoldaten und Polizisten spiegeln. Die Publikation zeichnet – ergänzt durch Fakten, Zitate und Geschichten – eine Reise nach, die von Afghanistan über Zentralasien, Russland und den Balkan nach Ostafrika, Dubai und Westeuropa führt und sich in den Strassen von London verliert. (Deutscher Fotobuchpreis 2013 in Gold)

Saufen mit Sinn? Harm Reduction beim Alkoholkonsum
Henning Schmidt-Semisch, Heino Stöver (Hrsg.)
2012, FH-Verlag, 282 S.
Anders als für KonsumentInnen illegaler Drogen sind lebensweltorientierte Angebote für Alkoholkonsumierende bisher unterentwickelt. Um nachhaltige, lebenswelt- und zielgruppenspezifische Unterstützungsangebote zu schaffen, müssen wir verstehen, über welche Ressourcen und Risikostrategien AlkoholkonsumentInnen selbst verfügen. Die Beiträge des Buches stellen einerseits Strategien des Verbraucherschutzes und andererseits der Schadensbegrenzung (harm reduction) vor. Die «gelassenen» Ansätze können dazu beitragen, folgenschwere Schäden des Alkoholkonsums zu vermeiden, ohne den Alkoholkonsum insgesamt zu verteufeln. Es geht also um glaubwürdige Botschaften eines angemessenen Umgangs mit Alkohol.

Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten – Legalisierung von Drogen
Ralf Gerlach, Heino Stöver (Hrsg.)
2012, FH Verlag, 308 S.
Drogensucht muss endlich als Herausforderung für die Gesundheits- und Sozialpolitik und nicht der Strafverfolgung gesehen werden. Die Prohibition richtet mehr gesellschaftlichen Schaden an (Kriminalität, Korruption, Menschenrechtsverletzung, Verbreitung ansteckender Krankheiten), als dass sie etwas zur Lösung der Drogenproblematik beiträgt. Das Buch zeigt die Grundlagen für die Forderungen nach Entkriminalisierung und Legalisierung auf und erläutert Legalisierungsmodelle und -bewegungen. Mit konkreten Beispielen und Adressen wird gezeigt, dass längst eine erfolgreiche weltweite Legalisierungsbewegung existiert.

Typisch für

Definiertes Trinken DT®

ist die Kombination der **Selbstbeobachtung** einer bestimmten Trinksituation, mit der **Unterschiedsbildung** zwischen ‚wichtigem' und ‚weniger wichtigem' Alkohol für diese Situation.

www.definiertestrinken.ch

Anzeige

18. Fachtagung Bubenarbeit
18. - 20. März 2013 Hasliberg BE

GAME OVER AND RESET

Jungs zwischen Erfolgsdurst und Beziehungshunger

Methoden der praktischen Bubenarbeit

Info unter
www.fachtagungbubenarbeit.ch
und IG Bubenarbeit
044 721 10 50, ron.halbright@ncbi.ch

„Winner? Loser? Chomm Hasliberg"

Anzeige

Veranstaltungen

Schweiz

14. Nationale Gesundheitsförderungs-Konferenz 2013

24. & 25. Januar 2013, Zürich

Die Gesellschaft ist im Wandel – das ist eine Tatsache. Aber welchen Einfluss haben diese Veränderungen auf die Gesundheitsförderung? Und wie ist die Gesundheitsförderung an diesem Wandel beteiligt? Die Konferenz wird sich mit diesen Fragen auseinandersetzen.
Infos: Gesundheitsförderung Schweiz, Dufourstrasse 30, Postfach 311, CH-3000 Bern 6, Tel. +41 (0)31 350 04 04, *www.tinyurl.com/803r4q9*

Nationale Tagung: Öffentlicher Raum, Suchthilfe, Polizei – eine Zusammenarbeit im Wandel

13. März 2013, Kongresshaus Biel

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Suchthilfe ist ein wichtiges Element der Viersäulenpolitik im Drogenbereich. An der Tagung werden die beiderseitigen Aufgaben und erfolgreiche Kooperationsmodelle vorgestellt und neue Herausforderungen diskutiert.
Infos: Infodrog, Eigerplatz 5, CH-3000 Bern 14, *office@infodrog.ch*, *www.infodrog.ch*

Familien im Fokus der Prävention: Potenziale und Herausforderungen – ein Blick über die Landesgrenzen

25. April 2013, Biel

Nationaler Kongress von Sucht Schweiz
Infos: Sucht Schweiz, Av. Louis-Ruchonnet 14, CH-1003 Lausanne, Jennifer Dieter, Sekretariat Prävention, Tel. +41 (0)21 321 29 76, *jdieter@suchtschweiz.ch*, *www.tinyurl.com/axfonar*

16th EASAR Conference

9. - 12. Mai 2013, Aeschi

Internationale Tagung des Netzwerkes European Association of Substance Abuse Research
Infos: *www.easar.com*

Dialogwoche Alkohol

18. - 26. Mai 2013, ganze Schweiz

Ankündigung: *www.tinyurl.com/9xyl7wv*

5. Fachtagung Klinische Sozialarbeit

13. & 14. Juni 2013, Olten

Workshop-Tagung: «Mit Zielen arbeiten trotz widriger Umstände»
Infos: Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, Hochschule für Soziale Arbeit, Prof. Dr. Günther Wüsten, Riggenbachstrasse 16, CH-4600 Olten, Tel. +41 (0)62 957 21 58, *guenther.wuesten@fhnw.ch*, *www.klinischesozialarbeit.ch*

Zukunft der Suchtforschung

9. - 10. September 2013, Zürich

Internationale Konferenz zum 20-Jahre Jubiläum des Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung ISGF
Infos: ISGF, Konradstrasse 32, CH-8031 Zürich, Tel. +41 (0)44 448 11 60, *isgfkongress@isgf.uzh.ch*, *www.isgf.ch*

Europa

Psychische Erkrankungen von Suchtkranken

25. & 26. Januar 2013, Wien

Infos: Anton Proksch Institut, Kongressbüro, Gräfin Zichy Str. 6, A-1230 Wien, *kongress@api.or.at*, *www.tinyurl.com/coc2wee*

Sucht und Spiritualität. Ein interkultureller Dialog

7. - 9. März 2013, Graz

Der Grüne Kreis, Verein zur Rehabilitation und Integration von suchtkranken Menschen feiert sein 30-jähriges Bestehen mit Symposium.
Infos: Sucht & Spiritualität, c/o Wiener Medizinische Akademie, Alser Strasse 4, A-1090 Wien, Tel. +43 (0)1 405 13 83-10, *suchtkongress2013@medacad.org*, *www.a-conference.at*

99. Wissenschaftliche Jahrestagung des Bundesverband für stationäre Suchtkrankenhilfe e.V. buss

13. & 14. März 2013, Berlin

Sucht im Generationenwechsel
Infos: buss, Wilhelmshöher Allee 273, D-34131 Kassel, Tel. +49 (0)561 77 93 51, *buss@suchthilfe.de*, *www.suchthilfe.de*

18. Tübinger Suchttherapietage

10-12. April 2013

Infos: Sektion Suchtmedizin und Suchtforschung, Calwerstrasse 14, D-72076 Tübingen, Tel. +49 (0)7071 298 36 66.
Ankündigung: *www.tinyurl.com/cxmk8rc*

36. BundesDrogenKongress

6. & 7. Mai 2013, Aschheim-Dornach bei München

Sucht und Gewalt. Fakten, Zusammenhänge und Best Practice
Infos: Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V., Odeonstrasse 14, D-30159 Hannover, Tel. +49 (0)511 1 83 33, *mail@fdr-online.info*, *www.tinyurl.com/b3frnux*

18. Suchttherapietage in Hamburg

21. - 24. Mai 2013, Hamburg

Aktuelle Herausforderungen für Suchtbehandlung und -prävention
Infos: Kongressbüro der Suchttherapietage, Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung der Universität Hamburg ZIS, Martinistr. 52, D-20246 Hamburg, Tel. +49 (0)40 7410 54203, *kontakt@suchttherapietage.de*, *www.tinyurl.com/bvxu56z*

Deutschland: Aktionswoche Alkohol 2013

25. Mai - 2. Juni 2013, ganz Deutschland

www.aktionswoche-alkohol.de

26. Kongress des Fachverbandes Sucht e.V

10. - 12. Juni 2013, Heidelberg

Der Mensch im Mittelpunkt – Was bedeutet dies für die Suchtbehandlung?
Infos: Fachverband Sucht e.V. Walramstrasse 3, 53175 Bonn, Tel. +49 (0)228 261555, *sucht@sucht.de*, *www.tinyurl.com/brdwmsw*

14. Interdisziplinärer Kongress für Suchtmedizin

4. - 6. Juli 2013, München

Fachintegrierendes Forum für Suchttherapie, Suchtfolgekrankheiten und Akutversorgung Suchtkranker.
Ankündigung: *www.tinyurl.com/ce2p5sf*

Anzeige

Subutex® (Buprenorphin) Kurzfachinformation. Wirkstoff: Buprenorphin (Hydrochlorid). **Indikation:** Substitutionsbehandlung bei Opioidabhängigkeit, im Rahmen einer medizinischen, sozialen und psychologischen Behandlung. **Dosierung:** Initialdosis: 0,8-4 mg/Tag. Dosisanpassung und -erhaltung: Die Subutex-Dosis sollte entsprechend dem Ansprechen und dem klinischen und psychologischen Status des Patienten individuell angepasst werden. **Kontraindikationen:** Überempfindlichkeit gegen Buprenorphin oder gegen einen anderen Bestandteil des Präparates. Kombinationsbehandlung mit μ-Rezeptor-Agonisten wie Methadon oder Heroin. Asthma oder respiratorische Insuffizienz (Fälle von Atemdepression unter Buprenorphin sind aufgetreten). Schwere hepatische Insuffizienz, akuter Alkoholabusus, Stillperiode, Kinder/Jugendliche unter 16 Jahren. **Vorsichtsmassnahmen:** Subutex Sublingualtabletten werden nur für die Behandlung von Opioidabhängigkeit empfohlen. Subutex sollte mit Vorsicht angewendet werden bei Patienten mit renaler oder hepatischer Insuffizienz. Bei Missbrauch, besonders bei i.v.-Injektion, sind schwerwiegende akute Leberschäden berichtet worden. Patienten, die Zeichen einer akuten Intoxikation mit Opiaten oder anderen psychotropen Substanzen aufweisen, sollen wegen einer möglichen Verstärkung des Intoxikationszustandes nicht mit Buprenorphin behandelt werden. **Unerwünschte Wirkungen:** sehr häufig: Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen; häufig: Ohnmacht, Schwindel, orthostatische Hypotension, Obstipation, Übelkeit, Erbrechen, Asthenie, Schwitzen und Benommenheit; selten: Halluzinationen, Atemdepression, Erhöhung der Transaminasen, Hepatitis mit Ikterus, im Falle von missbräuchlicher i.v. Anwendung potentiell schwere akute Hepatitis oder lokale Reaktionen, manchmal septisch; sehr selten: Überempfindlichkeitsreaktionen (wie Ausschlag, Urticaria, Bronchospasmus, angioneurotisches Ödem (Quincke Ödem), anaphylaktischer Schock. Patienten mit schwerer Drogenabhängigkeit können bei initialer Buprenorphinverabreichung Entzugserscheinungen zeigen, die ähnlich denen unter Naloxon sind. **Interaktionen:** Subutex sollte nicht zusammen mit alkoholhaltigen Getränken oder alkoholhaltigen Medikamenten eingenommen werden. Die Kombination mit Benzodiazepinen kann eine zentrale Atemdepression verstärken. Die Kombination von Subutex mit anderen ZNS-Hemmstoffen wie anderen Opioidderivaten (Analgetika und Antitussiva), bestimmten Antidepressiva, sedativen H1-Rezeptor-Antagonisten, Barbituraten, Anxiolytika, Neuroleptika, Clonidin und verwandten Substanzen, verstärkt die zentral hemmenden Effekte und kann beim Lenken von Fahrzeugen und Bedienen von Maschinen gefährlich werden. **Sonstige Hinweise:** Subutex untersteht dem Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe. Die behördlichen Bestimmungen sind zu beachten. Bei Raumtemperatur (15-25 °C) und trocken lagern. **Packungen:** Sublingualtabletten zu 0,4 mg, 2 mg oder 8 mg Buprenorphin, Packungen mit 7 Tabletten. Abgabekategorie A. Weitere Informationen vgl. www.documed.ch.
Reckitt Benckiser (Switzerland) AG, Richtistrasse 5, 8304 Wallisellen. 09-054

1 Brack J., Behrendt K., Erfahrungen mit dem Einsatz von Buprenorphin (Subutex®) in der qualifi zierten stationären Entzugsbehandlung Opiatabhängiger. Suchtmed (2004) 6 (3): 241 – 248
2 Ford Ch., Morton S. et al., Leitfaden für die Anwendung von Buprenorphin zur Therapie der Opioidabhängigkeit in der hausärztlichen Praxis, Royal College General Practitioners-Arbeitsgruppe Sex, Drogen und HIV, SMMGP. (2004)
3 Kagerer S., Soyka M., Substitution mit Buprenorphin und Fahrtauglichkeit – Ergebnisse einer experimentellen Untersuchung. Suchtmed (2002): 4 (1) 17 – 24
4 Pirastu R. et al., Impaired decision-making in opiate-dependent subjects: Effect of pharmacological therapies. Drug and Alcohol Dependence 83 (2006): 163 –168

Reckitt Benckiser Pharmaceuticals

Infoset finden Sie auch auf Facebook:
www.facebook.com/infosetde

SuchtMagazin im Abonnement

Kontakt: abo@suchtmagazin.ch oder +41(0)31 376 04 01

Jahresabonnement
Schweiz CHF 90.–, Ausland Euro 75.–

Unterstützungsabonnement
Schweiz CHF 120.–, Ausland Euro 80.–

Kollektivabonnement ab 5 Exemplaren
Schweiz CHF 70.–, Ausland Euro 48.–

Schnupperabonnement (3 Ausgaben)
Schweiz CHF 30.–, Ausland Euro 25.–

Ausblick auf die kommenden Schwerpunkte

Nr. 1|2013: **Substitution**
Inserateschluss: 25. Januar 2013
Erscheinungsdatum: ca. 25. Februar 2013

Nr. 2|2013: **Sucht im Alter**
Inserateschluss: 25. März 2013
Erscheinungsdatum: ca. 15. April 2013

Nr. 3|2013: **Stimulanzien**
Inserateschluss: 25. Mai 2013
Erscheinungsdatum: ca. 15. Juni 2013

Nr. 4|2013: **Selbsthilfe/Selbstheilung**
Inserateschluss: 25. Juli 2013
Erscheinungsdatum: ca. 25. August 2013

Nr. 5|2013: **n.n.**
Inserateschluss: 25. September 2013
Erscheinungsdatum: ca. 15. Oktober 2013

Nationale Fachtagung

Öffentlicher Raum, Suchthilfe, Polizei – eine Zusammenarbeit im Wandel

13. März 2013, Kongresshaus CTS, Biel

Information und Programm: www.infodrog.ch

info drog

Lieferbare Nummern des SuchtMagazin

Bestellungen direkt an abo@suchtmagazin.ch | Preis pro Einzelheft CHF 18.– | Euro 13.– (exkl. Porto)

2012	1	Angehörige
	2	Suchtpolitik
	3&4	Tabak
	5	Adoleszenz
	6	Sozialraum
2011	1	Alkoholpolitik
	2	Sucht am Arbeitsplatz
	3	Verhaltenssüchte
	4	Kinder stärken
	5	Früherkennung und Frühintervention
	6	Social Networks (Web 2.0)
2010	1	Evidenzbasierte Suchtprävention
	2	Neuro-Enhancer
	3	Sucht im Alter
	4	Frühe Förderung
	5	Club Health
	6	Drogenmärkte und Drogenhandel
2009	1	Suchtarbeit und Prävention in der Bodenseeregion
	2	Qualität in der Suchtarbeit
	3	Sucht im Alter – stationäre Kontexte und Wohnen
	4	Migration und Sucht
	5	Jugendgewalt und Sucht
	6	Medikamente – Heil- und Suchtmittel
2008	1	Schadensminderung
	2	Jugend heute
	3	Kontrollierter Konsum
	4	Gender Mainstreaming
	5	Cannabispolitik
	6	Alkohol und Jugendschutz
2007	1	Mobbing – Gefahren und Chancen
	2	Sozialraum
	3	Schule – Good Practice
	4	Suchtprävention, Jugend und Alkohol
	5	Fussball – Fankultur und Fanarbeit
	6	«Die Kette» – Drogenmagazin – Suchtmagazin
2006	1	Substitution: Methadon, Heroin, Nikotin
	2	Frau, Sucht, Gender
	3	Gesundheitsförderung in Stadtteil- und Jugendarbeit; Heroinabhängige Frauen, Femmestische
	4	Gesundheitsförderung im Betrieb
	5	Hungern – Schneiden – Essen
	6	Rasen, Rausch und Risiko
2005	1	Schnittstelle Schule – Beruf
	2	Gesundheit und Prävention in Haft
	3	Ritalinbehandlung – Pro und Contra
	4	QuaTheDA, Psychoaktiv.ch, Gender Mainstream, HIV-Therapie
	5	Prävention mit Peer Groups
	6	Gesundheitsförderung in der Gemeinde und im Quartier
2004	1	Surfen, Chatten, Spielen, Wetten
	2	Interkulturelle Vermittlung in Suchtprävention und Beratung
	3	Akzeptierende Suchtarbeit
	4	Stationäre Suchttherapie – Neue Ansprüche und Herausforderungen
	5	Gender berücksichtigen in Schule, Freizeit und Erwerbsleben
2003	1	Gemeinden Handeln, KlientInnenzufriedenheit, Präventionstheorie, Sozialraumpolitik
	2	Schule und Soziale Arbeit, Stationäre Alkoholismustherapie
	3	Partykultur und Pillentesting
	4	Sucht im Alter
	5	Suizid
	6	Stationäre Drogentherapie
2002	1	Prävention und Gesundheitsförderung
	2	Von «Schulen und Gesundheit» zum Netzwerk Bildung und Gesundheit
	3	Cannabis-Liberalisierung
	4	Fil Rouge – Prävention in Kinder und Jugendheimen
	5	Rauchstopp und Sozialraumprävention
	6	Gender und Gesundheit